



# **Antimuslimischer Rassismus in der österreichischen Politik**

Antimuslimische Abwertungs-, Ausgrenzungs-, Feindbild-,  
Generalisierungs- und Hetzkampagnen im Jahr 2021

Herausgegeben von SOS Mitmensch  
März 2022

## Inhaltsverzeichnis

Hintergrund .....	3
Definition von antimuslimischem Rassismus .....	6
Entwicklung und Fallbeispiele der vergangenen Jahre .....	8
Antimuslimischer Rassismus in der Politik – Chronologie 2021 .....	55
Resümee und Forderungen nach Gegenmaßnahmen .....	120

## Hintergrund

Dieser Bericht widmet sich dem Phänomen des antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik. Er beleuchtet antimuslimische Handlungen und antimuslimische Agitation von maßgeblichen politischen Akteur\*innen in Österreich. Ziel des Berichtes ist die Schärfung des öffentlichen Bewusstseins für das gefährliche antidemokratische Phänomen antimuslimischer Rassismus.

Durch den Fokus auf maßgebliche politische Akteur\*innen wird Licht auf das Verhalten von Personen und Organisationen geworfen, die mit politischer Macht ausgestattet sind. Diese Macht kann unterschiedliche Ausprägungen haben: sie kann von einer hohen öffentlichen Kommunikations-Reichweite bis hin zu konkreter Handlungsmacht betreffend den Beschluss von Gesetzen und Verordnungen reichen. Der Blick auf Akteur\*innen in hohen politischen Positionen zeigt zudem, wie sehr antimuslimische Handlungen und antimuslimische Agitation in Österreich nicht nur individuell, sondern auch strukturell verankert sind.

Die ersten drei Berichte von SOS Mitmensch zu antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik widmeten sich Vorkommnissen in den Jahren 2018, 2019 und 2020. Der vorliegende Bericht beleuchtet das Jahr 2021, das innenpolitisch von der Corona-Pandemie, den Korruptionsvorwürfen gegen Mitglieder Bundesregierung sowie der Landtagswahl in Oberösterreich im September geprägt war.

Der Bericht fokussiert sich auf eindeutige Fälle von antimuslimischem Rassismus sowie auf Aussagen und Handlungen mit einer deutlich erkennbaren antimuslimisch-rassistischen Tendenz. Nicht behandelt werden umstrittene und verfassungsrechtlich bedenkliche Maßnahmen, die von der Politik als Kampf gegen Fundamentalismus, Geschlechterungleichbehandlung und Geschlechtertrennung kommuniziert werden, die in den vergangenen Jahren aber nahezu ausschließlich einer einzigen Religion und ihren Angehörigen galten.<sup>1</sup> Des Weiteren nicht behandelt werden in diesem Bericht antimuslimisch-rassistische Handlungen und Übergriffe im Alltag. Diese werden sowohl im „Rassismus Report“ der Antirassismusstelle ZARA<sup>2</sup> als auch im Bericht der „Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus“<sup>3</sup> erfasst.

Die politische Agitation gegen Muslim\*innen hat in Österreich in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Das Abwerten von Menschen allein aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit sowie das Schüren von Angst, Hass, Neid und Missgunst ist kein politisches Randphänomen mehr, sondern rückt oftmals in das Zentrum der Politik. Auch Personen in hohen politischen Funktionen und mit viel politischer Macht beteiligten sich in den vergangenen Jahren an der Aufwiegelung und Aufhetzung gegen Muslim\*innen.

---

<sup>1</sup> Ein Beispiel für eine solche Maßnahme ist das „Verhüllungsverbot an Volksschulen“, das auf das Tragen von Kopftüchern durch muslimische Mädchen abzielte. Im Dezember 2020 hob der österreichische Verfassungsgerichtshof dieses Verhüllungsverbot als verfassungswidrig auf. Das so genannte „Kopftuchverbot“ verstoße gegen den Gleichheitsgrundsatz in Verbindung mit Recht auf Religionsfreiheit, so der Verfassungsgerichtshof. Siehe:

[https://www.vfgh.gv.at/medien/Verhuellungsverbot\\_an\\_Volksschulen\\_ist\\_verfassungswidrig.de.php](https://www.vfgh.gv.at/medien/Verhuellungsverbot_an_Volksschulen_ist_verfassungswidrig.de.php)

<sup>2</sup> ZARA Rassismus Report 2020: [https://assets.zara.or.at/media/rassismusreport/ZARA-Rassismus\\_Report\\_2020.pdf](https://assets.zara.or.at/media/rassismusreport/ZARA-Rassismus_Report_2020.pdf)

<sup>3</sup> Antimuslimischer Rassismus Report 2020 der „Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit & antimuslimischer Rassismus“: <https://dokustelle.at/antimuslimischer-rassismus-report-2020>

Zentrale Akteurin des offenen antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik war und ist die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ). In den vergangenen Jahren beteiligten sich allerdings auch namhafte Politiker\*innen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) an Abwertungs-, Ausgrenzungs- und Generalverdachtskampagnen gegen Muslim\*innen.

Antimuslimischer Rassismus ist sowohl eine Gefahr für die Betroffenen als auch für unsere Demokratie, weil er Menschen ausgrenzt und verletzt, das Zusammenleben torpediert, die Gesellschaft spaltet, den Nährboden für Diskriminierung und Gewalt schafft und radikale Gegenbewegungen befeuert.

Ermutigt werden antimuslimisch-rassistische Kampagnen durch die Tatsache, dass es in Österreich bislang keine breite politische Ächtung von antimuslimischem Rassismus gibt. Während der Kampf gegen Antisemitismus zurecht als wichtiges Thema kommuniziert wird, gibt es bis dato kein durchgehendes Bekenntnis der Spitzenpolitik zum Kampf gegen antimuslimischen Rassismus. Mitglieder vergangener Bundesregierungen waren sogar maßgebliche Akteur\*innen antimuslimischer Agitation – ohne dabei im Regelfall auf nennenswerten Widerspruch oder gar Protest von Seiten anderer Regierungsmitglieder zu stoßen.

Erst der im Jänner 2019 von SOS Mitmensch erstmalig veröffentlichte Bericht zu antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik hat – auf Nachfrage von SOS Mitmensch – zu Reaktionen von Teilen der österreichischen Spitzenpolitik geführt. Die Bundesparteivorsitzenden von SPÖ, NEOS, JETZT und Grünen reagierten mit schriftlichen Stellungnahmen, in denen sie antimuslimische Hetzkampagnen verurteilten. Auch alle neun Landeshauptleute und zahlreiche Landesparteivorsitzende verurteilten in schriftlichen Stellungnahmen jegliche Form von Rassismus. Demgegenüber wollten sich die Bundesparteivorsitzenden von ÖVP und FPÖ nicht gegen antimuslimischen Rassismus äußern.

Die politischen Hetzkampagnen der vergangenen Jahre gegen Muslim\*innen, sind nicht ohne Wirkung geblieben. Laut einer im Jahr 2019 von der Universität Salzburg ausgewerteten Umfrage des Sozialen Survey Österreich zu Einstellungen der österreichischen Bevölkerung zu Muslim\*innen gaben 35 Prozent der Befragten an, eine negative Einstellung zu haben – so viele wie bei keiner anderen durch Religion definierten Gruppe. Bei Christ\*innen macht dieser Wert 5 Prozent aus, bei Jüd\*innen 16 Prozent. Mehr als 40 Prozent der Befragten gaben an, „Muslime sollten nicht die gleichen Rechte wie alle in Österreich haben“.<sup>4</sup>

Angesichts dieser alarmierenden Daten ist es dringend geboten, jeglichen Anfängen in Richtung Abwertung, Ausschluss und Diskriminierung von Menschen allein aufgrund ihrer angenommenen oder tatsächlichen Religionszugehörigkeit entschlossen entgegenzutreten.

Als alarmierend ist auch die Tatsache zu bewerten, dass die seit Anfang 2020 grassierende Corona-Pandemie von Teilen der Politik immer wieder dazu missbraucht wurde, um Neid und Hass gegen Muslim\*innen zu schüren und antimuslimische Verschwörungstheorien zu verbreiten. In mehreren Wellen wurde in Presseaussendungen sowie in Einträgen in sozialen

---

<sup>4</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000109103695/mehrheit-der-oesterreicher-sehen-islam-kritisch>

Netzwerken von FPÖ-Politiker\*innen versucht, gegen Muslim\*innen aufzuwiegeln und Spaltung zu erzeugen bzw. zu vertiefen.

Dieser Bericht richtet sich an alle Menschen in Österreich, aber ganz besonders an die Spitzenpolitik. Er fordert einen konsequenten Kampf gegen antimuslimischen Rassismus wie auch gegen andere Formen des Rassismus und der Diskriminierung ein. Siehe dazu auch die Liste der konkreten Forderungen am Ende dieses Berichts.

## Definition von antimuslimischem Rassismus

Rassismus ist eine gruppenbezogene Unrechts-, Unterdrückungs-, Herrschafts- und Gewaltideologie, die Menschen aufgrund einzelner Merkmale – wie tatsächlicher oder zugeschriebener Herkunft, Hautfarbe oder Religionszugehörigkeit – herabwürdigt, in ihren Möglichkeiten und Freiheiten einschränkt, benachteiligt, ihrer Sicherheit beraubt und im Extremfall in Vertreibung, Verfolgung und Mord mündet. Rassismus ist unvereinbar mit Demokratie, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit.

Antimuslimischer Rassismus steht für den Angriff auf Menschen allein aufgrund ihrer angenommenen oder tatsächlichen muslimischen Religionszugehörigkeit. Antimuslimischer Rassismus raubt Menschen ihre Individualität und beurteilt sie nicht nach ihrem konkreten Handeln, sondern nach pauschalen Vorurteilen. Antimuslimischer Rassismus wertet Menschen kollektiv ab, macht sie zum Ziel von Generalverdachts- und Hasskampagnen, bedroht sie und bildet die Grundlage für Diskriminierung und Übergriffe.

Antimuslimischer Rassismus in der Politik umfasst das antimuslimisch-rassistische Handeln und die Agitation von politischen Akteur\*innen, seien es politische Organisationen, parteipolitische Funktionär\*innen oder politische Amtsträger\*innen.

Antimuslimischer Rassismus umfasst nicht die faktenbasierte kritische Auseinandersetzung mit Religion oder mit konkreten individuellen Handlungen von Personen oder Organisationen, sondern er umfasst den kollektiven und undifferenzierten Angriff auf Menschen und Institutionen allein aufgrund einer Vorurteils- und Hassideologie.

In den Berichten von SOS Mitmensch zu antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik wird dann (und nur dann) von antimuslimischem Rassismus gesprochen, wenn

- generalisierende Aussagen über Muslim\*innen bzw. als Muslim\*innen gelesene Menschen getätigt werden, die diese pauschal herabwürdigen bzw. negativ abstempeln.
- eine Bebilderung bzw. Bildsprache zur Anwendung kommt, die Muslim\*innen pauschal herabwürdigt und/oder pauschal negativ abstempelt.
- Muslim\*innen in entmenschlicher Weise dargestellt werden.
- das Vorhandensein von Muslim\*innen in Österreich per se als etwas pauschal Negatives oder Bedrohliches dargestellt wird.
- Muslim\*innen ohne sachlichen Zusammenhang in negativen Kontexten abgebildet werden.
- Muslim\*innen als homogenes problembehaftetes Kollektiv konstruiert und diskriminierende Maßnahmen gegen dieses „homogene Kollektiv“ gefordert werden.
- Muslim\*innen kollektiv als privilegierte bzw. überprivilegierte gesellschaftliche Gruppe dargestellt werden und Neid geschürt wird.
- Muslim\*innen als unwert dargestellt werden, die gleichen staatlichen Leistungen wie alle anderen im Land zu erhalten.
- Muslim\*innen zu Sündenböcken für unpopuläre politische Entscheidungen gemacht werden.
- gegen Muslim\*innen gerichtete Verschwörungstheorien verbreitet werden.
- als negativ wahrgenommene Themen und Phänomene ohne sachliche Begründung allein auf Muslim\*innen reduziert und damit antimuslimisch aufgeladen werden.

- kollektiv entrechtende und diskriminierende Forderungen gegen Muslim\*innen erhoben werden.
- Muslim\*innen die Möglichkeit, vollwertige Bürger\*innen Österreichs zu sein, pauschal abgesprochen wird.
- eine strikte und unauflösliche kollektive Trennlinie zwischen „den Österreichern“ und „den Muslimen“ gezogen wird bzw. Muslim\*innen kollektiv zu „Ausländer\*innen“ erklärt werden.
- Muslim\*innen kollektiv die Fähigkeit zur Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft abgesprochen und sie kollektiv zu einem gesellschaftlichen Fremdkörper erklärt werden
- Muslim\*innen durch die pauschale Abstempelung ihrer Religion als „ewig fremd“, selbst auch zu „ewigen Fremden“ erklärt und aus der Gesellschaft „für ewig“ ausgegrenzt werden.
- Rechte und Wünsche von Muslim\*innen, die bei Angehörigen anderer Religionen nicht kritisiert werden, ohne sachliche Begründung pauschal abgewertet und als Bedrohung gebrandmarkt werden.
- Kritik an muslimischen Einrichtungen und Organisationen mit unverhältnismäßig radikalen Forderungen, wie etwa der kompletten Auflösung der offiziellen Vertretung von Muslim\*innen verbunden wird.
- das Wort „Islamisierung“ zu einem Instrument der pauschalen rassistischen Ausgrenzung aller Muslim\*innen gemacht wird.
- wertschätzendes und respektvolles Verhalten gegenüber Muslim\*innen pauschal abgewertet und skandalisiert wird.
- rassistische Kommentare gegen Muslim\*innen in sozialen Netzwerken für Tage oder Wochen ungelöscht von Seitenbetreiber\*innen stehen gelassen werden.
- Muslim\*innen, während andere Religionsangehörige adressiert werden, durch gezielte Nichtadressierung ausgegrenzt werden.
- die Existenz von antimuslimischer Hetze pauschal geleugnet wird.

## Entwicklung und Fallbeispiele der vergangenen Jahre

Antimuslimischer Rassismus ist bereits seit einigen Jahren in der österreichischen Politik verankert. Trat er anfangs vorwiegend in Wahlkampfzeiten auf, so ist inzwischen in Teilen der Politik eine permanente antimuslimisch-rassistische Kampagne zu bemerken. Im Folgenden sollen chronologisch geordnet einige Fallbeispiele ab dem Jahr 2015 dargestellt werden, die stellvertretend für antimuslimisch-rassistische Tendenzen in der österreichischen Spitzenpolitik stehen:

Anfang 2015 forderte der oberösterreichische FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner einen „Stopp des Zuzugs“ von Muslim\*innen.<sup>5</sup>

*„Wer aber Teil unserer Gesellschaft werden will, ist willkommen.  
Außer den Muslimen, für deren Zuzug es einen Stopp geben soll.“*  
Manfred Haimbuchner im „Kurier“

In der Steiermark suggerierte 2015 eine Kampagne der FPÖ, dass „die Steirer“ und „der Islam“ zwei vollkommen getrennte Sachen seien, „die Steirer“ also keine (gläubigen) Muslim\*innen sein können und (gläubige) Musliminnen und Muslime keine Steirer\*innen sein können:



Während des Bundespräsidentenwahlkampfes 2016 versuchte FPÖ-Kandidat Norbert Hofer die Bevölkerung gegen Muslim\*innen aufzuwiegeln, indem er sagte: „Kennt ihr einen Moslem, der im Pflegebereich arbeitet, der bereit ist, unseren Senioren vielleicht die Windeln zu wechseln? Ich kenne das nicht“. Daraufhin erklärte der Sprecher der Caritas, Klaus Schwertner: „Allein bei der Caritas Wien sind 130 muslimische Pfleger und Pflegerinnen beschäftigt.“<sup>6</sup>

Der frühere FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache verwendete über einen Zeitraum von fast zehn Jahren in Wahlkämpfen immer wieder den folgenden Satz in unterschiedlichen Varianten, um gegen Musliminnen (und Muslime) aufzuwiegeln: „Willst du eine soziale Wohnung haben, musst du nur ein Kopftuch tragen.“<sup>7</sup> Zuletzt versuchte er im März 2017 mit diesem Satz eine Menschenmenge zum Kochen zu bringen.<sup>8</sup>

<sup>5</sup> Siehe: <https://kurier.at/chronik/oberoesterreich/manfred-haimbuchner-der-islam-bedroht-unsere-gesellschaft/119.450.446>

<sup>6</sup> Siehe: <https://kurier.at/einfache-sprache/norbert-hofer-kennt-keine-muslimischen-pfleger/231.333.227>

<sup>7</sup> Siehe: <https://www.youtube.com/watch?v=BlvhRhr9Bds>

<sup>8</sup> Siehe: <https://orf.at/v2/stories/2381529>



Im Juni 2017 beschwerte sich der oberösterreichische FPÖ-Vize-Landeshauptmann Manfred Haimbuchner über Ramadan-Wünsche des damaligen Außen- und Integrationsministers Sebastian Kurz. Haimbuchner sprach von „Anbiederung an die Muslime“:<sup>9</sup>



**Manfred Haimbuchner**

Diese Seite gefällt mir · 25. Juni · 🌐

ÖVP-Chef Sebastian Kurz beglückwünscht die Muslime zum Ende des Ramadan – Christi Himmelfahrt war ihm egal. Wie die Anbiederung an die Muslime mit seiner Forderung nach Schließung der islamischen Kindergärten zusammenpasst, ist mir ein Rätsel.

Im August 2017 bezeichnet der damalige ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus die Stadtregierung als „Verräter“, weil in Wien „soviel Staatsbürgerschaften wie noch nie verliehen werden“ (was laut Statistik Austria falsch ist, Anm.<sup>10</sup>) und weil diese Staatsbürgerschaften „vor allem an Bosnier, Türken und Kosovaren“ (Personen mit Staatsbürgerschaften aus diesen drei Ländern machten im Jahr 2017 knapp über 29 Prozent der österreichischen Staatsbürgerschaftsverleihungen aus) verliehen werden. Damit würde „die Islamisierung“ gefördert und „unsere Identität bewusst zerstört werden“, so Gudenus.<sup>11</sup>



**Johann Gudenus** 😡 verärgert.

21 Std. · 🌐

Die SPÖ verleiht in Wien soviel Staatsbürgerschaften wie noch nie. Vor allem an Bosnier, Türken und Kosovaren. Die SPÖ fördert damit die Islamisierung unserer Heimatstadt. Ein gezielter Bevölkerungs- und Wähler austausch! Eine bewusste Zerstörung unserer Identität. Nicht mit uns! Der 15.10. bietet die Gelegenheit für eine saftige Denkwahl gegen rot-grünen Verräter!!!

Im Sommer und Herbst 2017 wurde die niederösterreichische Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner von verschiedenen niederösterreichischen FPÖ-Politikern (darunter auch dem jetzigen

<sup>9</sup> Siehe:

<https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/photos/a.673561579371188/1504194109641260/?type=3&theater>

<sup>10</sup> Siehe:

[https://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/menschen\\_und\\_gesellschaft/bevoelkerung/einbuengerungen/022746.html](https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/bevoelkerung/einbuengerungen/022746.html)

<sup>11</sup> Siehe: [https://www.facebook.com/jgudenus/posts/1522920037761490?\\_tn=-R](https://www.facebook.com/jgudenus/posts/1522920037761490?_tn=-R)

Landesrat Gottfried Waldhäusl<sup>12</sup> und FPÖ-Klubobmann Udo Landbauer<sup>13</sup>) in Presseaussendungen als „Moslem-Mama“ bezeichnet:



Im November 2017 warnte die FPÖ auf ihrer offiziellen Facebook-Seite vor einem Anstieg der muslimischen Bevölkerung in Österreich. Sie postete dazu ein Bild mit einem Mädchen mit Kopftuch und einem Buben mit Kopfbedeckung:<sup>14</sup>



<sup>12</sup> Siehe: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20170915\\_OTS0053/fp-waldhaeusl-fpoe-initiative-zeigt-wirkung-oevp-noe-stoppt-landesfoerderung-fuer-dubiosen-asylverein](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20170915_OTS0053/fp-waldhaeusl-fpoe-initiative-zeigt-wirkung-oevp-noe-stoppt-landesfoerderung-fuer-dubiosen-asylverein)

<sup>13</sup> Siehe: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20171119\\_OTS0011/fp-landbauer-oevp-moslem-mama-mikl-gibt-offiziellen-islamisierungsauftrag-fuer-unsere-kleinsten](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171119_OTS0011/fp-landbauer-oevp-moslem-mama-mikl-gibt-offiziellen-islamisierungsauftrag-fuer-unsere-kleinsten)

<sup>14</sup> Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/984608975013705/?type=3&theater>

Im Jahr 2018 hielt der antimuslimische Rassismus erstmals Einzug in die österreichische Bundesregierung. Mit der Angelobung der Regierung aus ÖVP und FPÖ wurden einige der Hauptakteure des antimuslimischen Rassismus mit Regierungsmacht und Regierungsämtern ausgestattet. Kurz nach Regierungseintritt startete die FPÖ eine Kampagne gegen Muslim\*innen, die an die Häufigkeit des Namens „Muhammed“ anknüpfte. Den Startschuss machte der damalige FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky. Er postete auf Facebook ein Bild mit dem Text: „Muhammed ist dritthäufigster Vorname in Wien“. Vilimsky kommentiert das Bild mit den Worten: „Besorgniserregend! In Brüssel und London ist Mohammed schon der beliebteste Vorname für neugeborene Buben. Wien ist auch am Weg dorthin. Das will ich nicht!“<sup>15</sup>

# Muhammed ist dritthäufigster Vorname Wiens



Im März 2018 bezeichnete der oberösterreichische FPÖ-Vizepräsident Manfred Haimbuchner auf Facebook Muslim\*innen generalisierend als „schwer vermittelbar“ und brachte sie kollektiv in Zusammenhang mit „Arbeitsverweigerung“.<sup>16</sup>



Im Mai 2018 skandalisierte der damalige FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus die Verleihung von Staatsbürgerschaften an Muslim\*innen und sprach ihnen damit das Recht ab, vollwertige Bürger\*innen in Österreich zu sein: „Wien verleiht hunderten Muslimen in nur drei Monaten die Staatsbürgerschaft“, lautete der Schriftzug auf einem von ihm geposteten Bild auf

<sup>15</sup> Siehe:

<https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/photos/a.547636725355279/1532947133490895/?type=3&theater>

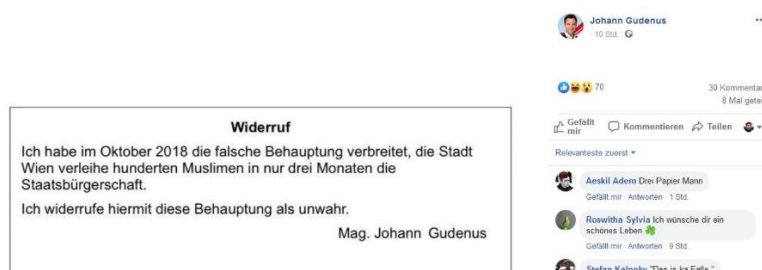
<sup>16</sup> Siehe:

<https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/photos/a.673561579371188/1763296980397637/?type=3&theater>

Facebook.<sup>17</sup> Um Staatsbürgerschaftsverleihungen an Muslim\*innen zu diskreditieren, bediente sich Gudenus einer perfiden Methode: Er postete ein Bild von zwei Musliminnen, die ihre Religion besonders radikal leben und einen Niqab tragen. Dieses Bild ist jedoch nicht repräsentativ für Muslim\*innen in Österreich. Das gleiche Bild und den gleichen Text wie Gudenus postete auch FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky.<sup>18</sup>



Im November 2019 musste Gudenus seine „unwahre Aussage“ nach einer Klage der Stadt Wien widerrufen (siehe Bild unten).



Im Juni 2018 bewarb die FPÖ auf ihrer offiziellen Facebook-Seite ein Bild des Rings Freiheitlicher Jugend auf dem sich im Hintergrund grau gezeichnete düster dreinschauende Gestalten mit Kopftuch bzw. mit Bart und Kopfbedeckung tummelten. Der Text auf dem Bild lautete „Tradition schlägt Migration“. Darunter stand „Steiermark, berufen für das Schöne, nicht für Asylantenströme“. Und daneben waren Schlagzeilen über die Zahl von Muslim\*innen in Österreich abgebildet.<sup>19</sup>

<sup>17</sup> Siehe: <https://www.facebook.com/jgudenus/photos/a.119589688094539/1775027029217455/?type=3&theater>

<sup>18</sup> Siehe: <https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/photos/a.547636725355279/1666293430156264/?type=3&theater>

<sup>19</sup> Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/1095840770557191/?type=3&theater>



Im August 2018 nahm die Facebook-Seite der FPÖ den Fall des mutmaßlichen E-Card-Betrugs durch eine 68-jährige Österreicherin und ihre aus der Türkei stammende 84-jährige Mutter zum Anlass, um eine E-Card mit einer Frau mit Kopftuch zu posten und darunter eine weitere junge Frau mit Kopftuch zu zeigen, der das Zitat „ECard mit Bild – das macht mich wild!!!“ in den Mund gelegt wurde.<sup>20</sup>



Im Oktober 2018 wurde die von der Regierung beschlossene Indexierung der Familienbeihilfe von einer rassistischen und antimuslimischen Kampagne der FPÖ begleitet, in deren Verlauf mehrere Sujets in Umlauf gebracht wurden, die kopftuchtragende Frauen in den Mittelpunkt stellten.<sup>21</sup> Die Sujets erweckten den irreführenden Eindruck, ein erheblicher Teil der indexierten Familienbeihilfe würde an Kinder in afrikanischen Ländern bzw. an muslimische Kinder gehen. Doch 90 Prozent der Zahlungen für im Ausland lebende Kinder betreffen die Länder Ungarn, Slowakei, Polen, Rumänien, Slowenien und Tschechien.<sup>22</sup> Für Kinder, die in Drittstaaten, also außerhalb des EU/EWR-Raums, leben, wird schon seit längerem überhaupt keine

<sup>20</sup> Siehe: <https://www.facebook.com/fpoe/photos/a.170548806419730/1154374314703836/?type=3&theater>

<sup>21</sup> Siehe: <https://www2.sosmitmensch.at/stoppen-sie-die-luegen-und-hetzkampagne-herr-vizekanzler>

<sup>22</sup> Siehe: [https://diepresse.com/home/innenpolitik/5463582/Familienbeihilfe-im-Ausland\\_Zahl-der-Kinder-fast-verhundertfacht](https://diepresse.com/home/innenpolitik/5463582/Familienbeihilfe-im-Ausland_Zahl-der-Kinder-fast-verhundertfacht)

Familienbeihilfe gezahlt.<sup>23</sup> Nach scharfer Kritik zog die FPÖ lediglich eines der Sujets aus dem Verkehr.



Ebenfalls im Oktober 2018 kritisierte der damalige FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus die Entfernung von Namen auf Türschildern, weil damit „verschleiert werde“, dass „immer mehr muslimische Ausländer Gemeindewohnungen bekommen“.



Im November 2018 brachte die FPÖ über ihre offizielle Facebook-Seite ein antitürkisches und antimuslimisches Video zur E-Card in Umlauf. Die damalige Sozialministerin Beate Hartinger-Klein trat in dem Video, in dem einem „Ali“ unterstellt wurde, er würde die E-Card von „Mustafa“ betrügerisch benutzen, auf.<sup>24</sup> Erst nach heftiger Kritik wurde das Video gelöscht.<sup>25</sup>

<sup>23</sup> Siehe: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20101117\\_OTS0223/bmwfj-keine-familienbeihilfe-fuer-tuerkische-kinder-in-der-tuerkei](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20101117_OTS0223/bmwfj-keine-familienbeihilfe-fuer-tuerkische-kinder-in-der-tuerkei)

<sup>24</sup> Siehe: <https://orf.at/stories/3100566/>

<sup>25</sup> Siehe: <https://www2.sosmitmensch.at/aktuelle-hasskampagne-fuehrt-gipfel-gegen-hass-ad-absurdum>



Ebenfalls im November 2018 forderten die FPÖ Wien und drei Wiener FPÖ-Politiker, darunter der jetzige Wiener FPÖ Obmann Dominik Nepp, in zwei Presseaussendungen den Ausschluss von Muslim\*innen vom weiteren Zugang zum Gemeindebau.<sup>26</sup>



## FP-Eischer/Resch: SPÖ steuert Zuwanderung gezielt nach Döbling!

FPÖ-Döbling fordert: **Keine weiteren muslimischen Migranten in Döblings Gemeindebauten!**



Freiheitlichen an erster Stelle. **Die Stadtregierung muss unverzüglich damit aufhören, muslimische Migranten mit Gemeindewohnungen zu versorgen**, in der Hoffnung, dass diese sich mit ihrer Wählerstimme bedanken, sobald sie in Wien dazu berechtigt sind", so Nepp abschließend. (Schluss) akra

Ende November 2018 bezeichnete die FPÖ Favoriten die Hütten eines Weihnachtsmarktes in Wien Favoriten, die mit Plastikschatz ausgestattet waren, als „muslimische Zeltstadt“ und stellte diese „muslimische Zeltstadt“ den „würdigen und traditionellen Holzhütten“ gegenüber.<sup>27</sup> Der damalige Vizekanzler Heinz-Christian Strache verbreitete das antimuslimisch konnotierte Bild auf Facebook.<sup>28</sup>

<sup>26</sup> Siehe: [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20181113\\_OTSO187/fp-eischerresch-spo-e-steuert-zuwanderung-gezielt-nach-doebling](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181113_OTSO187/fp-eischerresch-spo-e-steuert-zuwanderung-gezielt-nach-doebling)

<sup>27</sup> Siehe:

<https://www.facebook.com/FPOE.Favoriten/photos/a.472361979497879/2031514380249290/?type=3&theater>

<sup>28</sup> Siehe:

<https://www.facebook.com/HCStrache/photos/a.10151682670073591/10156376072673591/?type=3&theater>



**Weihnachten in Favoriten**  
**Jahr 2017: Muslimische Zeltstadt**

**Jahr 2018: Weihnachtliche Holzhütten**

**FPÖ-Protest zahlte sich aus: Heuer wieder würdige und traditionelle Holzhütten in Favoriten!**

**FPÖ**  
 DIE SOZIALE HEIMATPARTEI  
 BEZIRKSGRUPPE FAVORITEN

HC Strache  
 Diese Seite gefällt mir · 11 Std. · 4.021 Reaktionen · 183 Kommentare · 440 Mal geteilt

Die FPÖ-Proteste waren erfolgreich! 🙌  
 Nachdem es im Vorjahr auf der Favoritenstraße einfache Zelte aus Plastik gab... Wir haben uns dafür stark gemacht und durchgesetzt, dass die Favoritenstraße endlich wieder WEIHNACHTLICH gestaltet wird!

Melli: Wo bleibt das angekündigte Anti-Hetz-Controlling, Herr Vizekanzler von Österreich?  
 Gefällt mir · Antworten · 41 Min.

Bernd: wieviel müssen die standler jetzt mehr zahlen? für die hütten?  
 Gefällt mir · Antworten · 10 Std.

Gabriela: Du meine Güte! Diese Zelte haben doch nux mit Muslimen zu tun Herr Strache, sie müssen ihre Wähler für sehr dumm halten! Wer hat diese Zelte denn genehmigt und aufgestellt? Sie können diese Frage sicherlich beantworten!  
 Gefällt mir · Antworten · 54 Min.

Stefan: „Muslimische Zeltstadt“ eine Woche nach der Ali Geschichte... Pfi  
 Gefällt mir · Antworten · 3 Std.

Mario: Dinge die in "unserer" Kultur als normal gelten werden inzwischen als Erfolg verbucht. So weit isses schon...traurig  
 Gefällt mir · Antworten · 11 Std. · 243 Reaktionen

Weitere Fälle und Kampagnen für das Jahr 2018 finden sich im Bericht von SOS Mitmensch zum antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik 2018.<sup>29</sup>

Das Jahr 2019 war durch das Zerschlagen der Koalition zwischen ÖVP und FPÖ aufgrund der so genannten Ibiza-Affäre und Neuwahlen geprägt. Dadurch kam es zu mehreren Wechseln sowohl bei parteipolitischen Akteur\*innen als auch bei politischen Amtsträger\*innen, darunter auch von Personen, die maßgeblich für antimuslimisch-rassistische Vorfälle und Kampagnen in Österreich mitverantwortlich waren und sind.

Im Jänner 2019 startete der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp eine Serie an Aussendungen und Facebook-Einträgen, in denen er Themen wie „Gewalt an Schulen“ oder „Integrationsunwilligkeit an Schulen“ mit „Scharia-Eltern“ in Verbindung brachte. So sagte Nepp am 10. Jänner, dass „Scharia-Eltern“ für Gewalt an Schulen „mitverantwortlich“ seien. Nepp forderte neben „Erziehungscamps für gewalttätige Schüler“ auch „Sanktionen gegen Erziehungsberechtigte“ und er fordert, dass der Rechtsstaat „mit voller Härte beinhart“ gegen „Scharia-Eltern, die ihren Kindern nicht unsere Grundwerte und Regeln vermitteln, sondern zu Gewalt erziehen“ durchgreifen müsse.<sup>30</sup>

<sup>29</sup> Siehe:

[https://www2.sosmitmensch.at/dl/OMulJKJKNmKJqx4KJK/Bericht2018\\_Antimuslimischer\\_Rassismus\\_in\\_der\\_Politik\\_SOS\\_MITmensch.pdf](https://www2.sosmitmensch.at/dl/OMulJKJKNmKJqx4KJK/Bericht2018_Antimuslimischer_Rassismus_in_der_Politik_SOS_MITmensch.pdf)

<sup>30</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20190110\\_OTS0045/nepp-scharia-eltern-fuer-gewalt-an-schulen-mitverantwortlich](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190110_OTS0045/nepp-scharia-eltern-fuer-gewalt-an-schulen-mitverantwortlich) sowie <https://www.facebook.com/dominik.nepp/photos/a.141242412585080/2472474562795175/?type=3&theater>





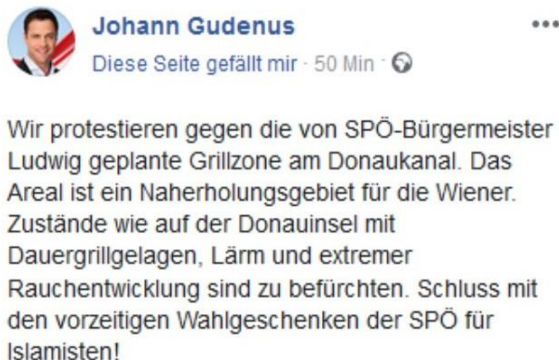
Kurz darauf forderte Nepp „härtere Strafen für Scharia-Eltern“. Laut Nepp sei der Grund für „Gewaltbereitschaft und Lernunwilligkeit von Kindern oft im Elternhaus zu finden“. Daher müsse es Konsequenzen haben, „wenn sich Eltern nicht für die Bildung und den Lernerfolg ihrer Kinder einsetzen und interessieren oder sie gar nach den Regeln der Scharia erziehen“. Nepp forderte „die Kürzung von Sozialleistungen für sogenannte Scharia-Eltern“. Darüber hinaus müssten diese „gemeinsam mit ihren Kindern in Erziehungscamps geschickt und dort entsprechend betreut werden.“<sup>31</sup>



Der von Nepp verwendete Begriff „Scharia-Eltern“ ist nicht im österreichischen Alltagssprachgebrauch verankert. Er soll offenbar für religiöse Personen muslimischen Glaubens stehen und kann als Ersatzbegriff für „gläubige Musliminnen und Muslime“ gedeutet werden. Der Begriff der „Scharia-Eltern“ bzw. des „Scharia-Muslims“ erinnert an den Begriff des „Talmud-Juden“, der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vielfach in antisemitischen Zusammenhängen verwendet wurde. Besonders auffallend in den Aussendungen und Einträgen von Nepp war, dass niemand außer „Scharia-Eltern“ konkret für Gewalt oder „Integrationsunwilligkeit“ an Schulen verantwortlich gemacht wurde. Eine konkrete und differenzierte Auseinandersetzung mit als problematisch erachteten Teilen der Scharia fand in den Aussendungen und Einträgen von Nepp nicht statt.

<sup>31</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20190215\\_OTS0087/nepp-fordert-haertere-strafen-fuer-scharia-eltern](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190215_OTS0087/nepp-fordert-haertere-strafen-fuer-scharia-eltern)

Im Winter/Frühjahr 2019 wurde in Wien über die Einrichtung einer Grillzone am Donaukanal debattiert. Einige Anrainerinnen und Anrainer sprachen sich dagegen aus. Im Zuge der Diskussion versuchte die FPÖ das Thema antimuslimisch zu besetzen. Während kritische Anrainerinnen und Anrainer Lärm, Geruchsbelästigung und Abfall befürchteten, sprach der damalige FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus in einer Aussendung von der Grillzone als „Wahlgeschenk an Islamisten“. Mit der Grillzone würde, so Gudenus, „die sich ausbreitende Islamisierung Wiens nur weiter befeuert“.<sup>32</sup>



Ende Februar 2019 wurde bekannt, dass die ÖVP-FPÖ-Regierung die Aberkennung des Karfreitags als gesetzlichen Feiertag für Protestantinnen und Protestanten beschlossen hatte. Der Beschluss löste breite Kritik aus. Daraufhin starteten die FPÖ und ihr damaliger Obmann, Vizkanzler Heinz-Christian Strache, eine Kampagne, die die Abschaffung des Feiertags für Protestantinnen und Protestanten mit der Ablehnung von Feiertagen für Muslim\*innen rechtfertigte. Die Entscheidung über den Karfreitag wurde zu einer Entscheidung über andere und insbesondere muslimische Feiertage reformuliert. Damit wurde nicht nur vom eigentlichen Entscheidungsgegenstand abgelenkt, sondern Muslim\*innen wurden als Sündenböcke der Streichung des protestantischen Feiertags markiert. Darüber hinaus wurden Musliminnen und Muslime auch als Personen, die keinen Feiertag in Österreich verdienen würden, abgewertet. Bei einer öffentlichen Ansprache sagte Vizkanzler Strache: „Und liebe Freunde, ich sage euch eines: Einen muslimischen Feiertag in Österreich will ich niemals haben (Gejohle im Publikum) und deshalb ist es auch wichtig, eine Lösung sicherzustellen, die das ausschließt.“<sup>33</sup>



<sup>32</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20190228\\_OTSS0114/gudenus-ad-ludwig-schluss-mit-wahlgeschenken-an-islamisten](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190228_OTSS0114/gudenus-ad-ludwig-schluss-mit-wahlgeschenken-an-islamisten)

<sup>33</sup> [https://www.facebook.com/pg/fpoe/posts/?ref=page\\_internal](https://www.facebook.com/pg/fpoe/posts/?ref=page_internal) sowie <https://www.facebook.com/fpoe/videos/vb.169051073236170/2237309062998664/?type=2&theater>

Im März 2019 behauptete FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus in einer Presseaussendung, dass „unter Rot-Grün Gesetze für Wiener Muslime nicht gelten“ würden. Gudenus bezog sich dabei auf die aus seiner Sicht ungenügende Umsetzung des Kopftuchverbots in Wiener Kindergärten. Dazu schrieb Gudenus: „Während Autofahrer in Wien beim kleinsten Vergehen rigoros abgestraft werden, schaut Rot-Grün bei den Muslimen grundsätzlich wohlwollend weg. Es kann nicht sein, dass Gesetze nur für die Wiener gelten.“<sup>34</sup> Gudenus zog eine Grenzlinie zwischen „den Muslimen“ und „den Wienern“. Darüber hinaus präsentierte er Muslim\*innen als „privilegierte“ Personen, die sich nicht an alle Gesetze halten müssten, weil bei ihnen „wohlwollend weggeschaut werde“. Gudenus zog auch eine absurd anmutende Trennlinie zwischen „Autofahrern“, die „rigoros abgestraft werden“, und „Muslimen“, bei denen das seiner Ansicht nach nicht der Fall sei. Gudenus tat dabei so, als gebe es unter den Autofahrerinnen und Autofahrern keine Musliminnen und Muslime.

Im März 2019 forderte die damalige ÖVP-Staatssekretärin im Innenministerium, Karoline Edtstadler: „Muslime sollten zu einem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen verpflichtet werden“. „Für mich ist vorstellbar, dass alle Muslime, die nach Österreich kommen, zu einem Besuch in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen verpflichtet werden. Denn wenn man selbst gesehen und gehört hat, welches Leid Antisemitismus erzeugt hat, wird man resistent gegen diese furchtbare Werthaltung“, so Edtstadler in einer Mitteilung des Innenministeriums.<sup>35</sup> Edtstadler reagierte damit auf eine Erhebung des IFES-Instituts im Auftrag des Nationalratspräsidenten zum Thema „Antisemitismus in Österreich“. In der Studie waren deutlich höhere Antisemitismuswerte bei türkisch und arabisch sprechenden Personen festgestellt worden als beim Durchschnitt der österreichischen Bevölkerung. Unterstützung erhielt Edtstadler für ihre Forderung von Bundeskanzler Sebastian Kurz. Er bezeichnet den Vorschlag von Edtstadler, laut Bericht der Kronenzeitung, als „richtige Maßnahme, die wir diskutieren sollten“. Mit ihrer Aussage konstruierte Edtstadler Muslim\*innen als homogenes Kollektiv und stellt dieses von ihr konstruierte Kollektiv unter den Generalverdacht des Antisemitismus.



<sup>34</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20190308\\_OT0108/gudenus-kopftuchverbot-unter-rot-gruen-gelten-gesetze-fuer-wiener-muslime-nicht](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190308_OT0108/gudenus-kopftuchverbot-unter-rot-gruen-gelten-gesetze-fuer-wiener-muslime-nicht)

<sup>35</sup> <https://www.bmi.gv.at/news.aspx?id=446B54332B4344637543413D>

Im April 2019 teilte der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp auf seiner Facebook-Fanseite ein Foto, auf dem mehrere Frauen und Kinder in einem Wiener Park zu sehen waren. Der Großteil der Frauen trug dabei ein Kopftuch. Nepp kommentierte das mit den Worten: „Kein Fernreise-Bild, sondern befremdliche Impressionen aus dem Türkenschanzpark. So schaut's in unseren "Wiener" Freizeitoasen aus ...“<sup>36</sup> Nepp deutete, indem er das Wort „Wiener“ unter Anführungszeichen schrieb, an, dass ein Park kein Wiener Park mehr sei, wenn sich dort religiös bekleidete muslimische Frauen mit ihren Kindern aufhalten.

Ende April 2019 starteten der damalige Vizekanzler und FPÖ-Obmann Heinz-Christian Strache sowie weitere Vertreter seiner Partei eine Kampagne, um die in rechtsextremen Kreisen kursierende Verwendung des Begriffes „Bevölkerungsaustausch“<sup>37</sup> zu rechtfertigen. Strache bezeichnete „Bevölkerungsaustausch“ als „Begriff der Realität“ und verteidigte ihn damit, dass „wir nicht zur Minderheit in der eigenen Heimat werden wollen“. FPÖ-Verkehrsminister Norbert Hofer unterstützte Strache in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „profil“, und brachte dort „seine Sorge“ zum Ausdruck, „dass sich Österreich durch übermäßige Zuwanderung zu einem Land mit muslimischer Mehrheit entwickelt.“<sup>38</sup> Kurz darauf sprach Strache in einem Facebook-Eintrag von einer „schrittweisen Islamisierung unserer Gesellschaft“. Er sagte: „In den Schulen Wiens und anderen Ballungszentren wurden bzw. werden österreichische Kinder bereits heute zur Minderheit. Und vor dieser Islamisierung und Zuwanderungspolitik aus der islamischen Welt nach Österreich und Europa warnen ich und die FPÖ bereits seit 1993. Und ja, wir wollen nicht zur Minderheit in der eigenen Heimat werden! [...] In den Schulen werden unsere Kinder bereits zur Minderheit in der eigenen Heimat und eine schleichende Islamisierung findet statt!“ Wenige Tage später teilte Strache in einem weiteren Facebook-Eintrag ein Namensranking, bei dem „Mohammed“ als beliebtester Vorname in Berlin genannt wurde. Strache schrieb dazu, dass das für „den real stattfindenden Bevölkerungsaustausch, die einhergehende Bevölkerungsverdrängung, den Bevölkerungswechsel durch eine falsche Zuwanderungspolitik und Islamisierung“ stehe. Strache und Hofer malten nicht nur ohne faktische Grundlage das Bild einer „muslimischen Bevölkerungsmehrheit“ in Österreich an die Wand, sondern sie bezeichneten dieses Bild ohne jegliche Erläuterung oder Differenzierung als etwas, was „Sorge“ bereiten sollte. Sie qualifizieren Musliminnen und Muslime damit per se als „Bedrohung“ ab und schüren pauschale Ängste gegenüber Muslim\*innen. Strache selbst zog zur Rechtfertigung der Verwendung des Begriffes „Bevölkerungsaustausch“ eine fixe Trennlinie zwischen „unseren Kindern“ und „muslimischen Kindern“. Damit grenzte er Kinder allein aufgrund ihrer angenommenen Religionszugehörigkeit aus der Gesellschaft aus und gab zu verstehen, dass diese Kinder für ihn keine österreichischen Kinder seien und nicht „zu uns“ gehörten. Zusätzlich zu dieser kollektiven Ausgrenzung brachte Strache die Geburt von Kindern, wenn sie einen muslimischen Namen tragen, mit „Austausch“, „Verdrängung“ und „Wechsel“ in Verbindung. Strache zeichnete ein Bild von Kindern mit muslimischem Namen als etwas kollektiv Negatives und Bedrohliches.

---

<sup>36</sup> <https://www.facebook.com/dominik.nepp/photos/a.723657044343611/2699464106762885/?type=3&theater>

<sup>37</sup> Die Tageszeitung „Presse“ schreibt zum Begriff „Bevölkerungsaustausch“: „Der Begriff bezeichnet eine Verschwörungstheorie und, dass die Bevölkerung Europas durch Zuwanderer ausgetauscht werden soll - auch der Begriff des „Großen Austauschs“ wird diesbezüglich verwendet. Auch der Attentäter von Christchurch verwendete den Terminus - sogar als Titel seines Manifests.“ <https://www.diepresse.com/5619506/strache-spricht-von-bevolkerungsaustausch>

<sup>38</sup> <https://www.diepresse.com/5619506/strache-spricht-von-bevolkerungsaustausch>

**Heinz-Christian Strache**  
2. Mai um 13:12 · 🌐

Abonnieren ...


Und meine politischen Mitbewerber wollen den real stattfindenden Bevölkerungsaustausch, die einhergehende Bevölkerungsverdrängung, den Bevölkerungswechsel durch eine falsche Zuwanderungspolitik und Islamisierung als sachlich falsch darstellen? Die realen Fakten sprechen in Deutschland, Österreich und Westeuropa eine andere Sprache!



OE24.AT  
**Ranking 2018: 'Mohammed' in Berlin beliebtester Vorname**

👍👎👏 238      42 Kommentare 91 geteilte Inhalte

Anfang Juni 2019 startete die FPÖ eine Kampagne gegen schulfreie Tage für muslimische Schülerinnen und Schüler. Die Kampagne nahm Bezug auf einen Erlass des Bildungsministeriums zu möglichen schulfreien Tagen für Angehörige unterschiedlicher Religionsgemeinschaften, darunter auch vier mögliche schulfreie Tage für muslimische Schülerinnen und Schüler. Die Kampagne der FPÖ richtete sich jedoch ausschließlich gegen Musliminnen und Muslime. Den Start machte ein Video von „FPÖ-TV“, in dem es unter anderem hieß: „Während unsere Kinder die Schulbank drücken, dürfen Muslime zu Hause bleiben, lassen es sich gut gehen und sich womöglich im Freibad die Sonne auf den Bauch scheinen.“ Dazu wurden Bilder von einer Frau in einem Schwimmbad eingeblendet.<sup>39</sup>



Dank ÖVP-Ministeriumserlass: Vier zusätzliche freie Tage für islamische Schüler!

5.680 Aufrufe · 05.06.2019      👍 368 👎 144 ➦ TEILEN 📌 SPEICHERN ...

**FPÖ TV**  
32.900 Abonnenten      **ABONNIEREN**

Was läuft mit dieser ÖVP falsch? Nach einem aktuellen ÖVP-Ministeriumserlass vom 2. Mai 2019 erhalten islamische Schüler insgesamt vier zusätzliche freie Schultage.

<sup>39</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=Bk3Xw2KY4xE>

Am gleichen Tag postete der niederösterreichische FPÖ-Klubobmann Udo Landbauer ein Bild, auf dem eine Frau mit verhülltem Gesicht zu sehen war. Landbauer sagte: „Was läuft mit dieser ÖVP falsch? In einem völligen Alleingang hat die ÖVP bereits am 2. Mai per Erlass die zusätzlichen freien Tage für islamische Schüler angeordnet. Während unsere Kinder die Schulbank drücken, dürfen Muslime zu Hause bleiben, lassen es sich gut gehen und sich womöglich im Freibad die Sonne auf den Bauch scheinen. Diese Bevorzugung islamischer Schüler ist untragbar und muss umgehend rückgängig gemacht werden!“<sup>40</sup>



Kurz darauf folgte ein gleichlautender Facebook-Eintrag des ehemaligen Vizekanzlers Heinz-Christian Strache. Danach skandalisierte auch der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp Feiertage für muslimische Schülerinnen und Schüler. Er schrieb: „Muslimische Feiertage haben an Wiener Schulen nichts verloren! Der Einführung von muslimischen Feiertagen an den Schulen muss unverzüglich ein Riegel vorgeschoben werden.“



Im September 2019 reduzierte der Wiener ÖVP-Obmann Gernot Blümel das Phänomen „Gewalt an Schulen“ alleine auf „arabisch- und türkischstämmige Familien“. In diesen Familien gebe es, so behauptet er, diesbezüglich „oft kein Problembewusstsein“. Medien interpretierten die Aussagen Blümelns dahingehend, dass er Muslim\*innen bezüglich Gewaltakte an Schulen an den Pranger stellen wollte.<sup>41</sup> Von Seiten der ÖVP wurde diese Absicht nicht dementiert. Blümel legte auf seiner Webseite darüber hinaus eine falsche

<sup>40</sup> [https://www.facebook.com/pg/udolandbauer/posts/?ref=page\\_internal](https://www.facebook.com/pg/udolandbauer/posts/?ref=page_internal)

<sup>41</sup> <https://kurier.at/politik/inland/oevp-schulpolitik-wer-sich-nicht-an-die-regeln-haelt-muss-haerter-bestaft-werden/400596035>

Quellenfährte, indem er sich auf einen Bericht des „Expertenrats für Integration“ berief. Doch in diesem Bericht fand sich keine derartige Aussage.<sup>42</sup>



Im September 2019 sagte FPÖ-Obmann Norbert Hofer bei einer Wahlkampfansprache im oberösterreichischen Pasching: „Der Islam ist eine anerkannte Glaubensgemeinschaft – die Zeugen Jehovas sind es auch. Aber der Islam ist kein Teil unserer Kultur, kein Teil unserer Geschichte und er wird es auch niemals sein.“ Dieser Satz wurde ab diesem Zeitpunkt immer wieder von Hofer und anderen FPÖ-Politiker\*innen verwendet. Hofer und die FPÖ schlossen damit gläubige Muslim\*innen trotz mehr als 100 Jahre Anerkennung als Religionsgemeinschaft in Österreich und trotz vieler Jahrzehnte der dauerhaften Anwesenheit in Österreich von der österreichischen Kultur und der österreichischen Geschichte aus. Diesen Ausschluss bezog Hofer nicht nur auf die Vergangenheit und die Gegenwart, sondern wurde von ihm auch in eine unendliche Zukunft projiziert – und Muslim\*innen damit als „ewig fremd“ klassifiziert.



<sup>42</sup> Siehe:

[https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user\\_upload/Zentrale/Integration/Integrationsbericht\\_2019/Integrationsbericht\\_2019.pdf](https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Integration/Integrationsbericht_2019/Integrationsbericht_2019.pdf)

In einem Interview mit dem FPÖ-nahen Magazin „Wochenblick“ stempelte FPÖ-Obmann Hofer im September 2019 Muslim\*innen pauschal als „Gefahr“ ab. Er bezeichnete die gestiegene Anzahl an Muslim\*innen in Österreich wörtlich als „sehr gefährlich“. Hofer sprach darüber hinaus davon, dass „wir einpacken können“, sollte „das Ausländerwahlrecht kommen“, denn das würde auch Muslim\*innen betreffen. Einige Tage später schrieb Hofer auf Facebook: „Land der Berge, Land am Strome, Land der Äcker, Land der Dome, Land der Hämmer, zukunftsreich! Unsere Bundeshymne rühmt unser wunderschönes Österreich als „Land der Dome“. Als ich Kind war, lebten ein paar Tausend Muslime in unserem Land. Heute sind es bereits über 800.000 und es werden mehr. Wir sind aber aufgrund unserer Geschichte ein christlich geprägtes Land mit abendländischer Kultur und werden das auch immer bleiben. Meine Lieben, ich werde alles dafür tun, damit unser wunderschönes Österreich ein „Land der Dome“ bleibt und nicht eines Tages für unsere Kinder zum „Land der Moscheen“ wird.“



Im Rahmen des Nationalratswahlkampfes fand im September 2019 ein „ORF-Wahlduell“ zwischen dem Obmann der Grünen, Werner Kogler, und dem Obmann der FPÖ, Norbert Hofer, statt. Thema war das österreichische Bundesheer. Hofer argumentierte die Notwendigkeit einer Stärkung des Bundesheers unter anderem mit „800.000 Muslime in Österreich“. Damit brachte Hofer das Bundesheer rhetorisch gegen die in Österreich lebenden Muslim\*innen in Stellung. Darüber hinaus schloss er einmal mehr die hier lebenden Muslim\*innen kollektiv aus dem österreichischen „Wir“ aus.

Im November 2019 starteten zahlreiche FPÖ-Politiker eine Kampagne, die auf eine Aussage des Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft Ümit Vural Bezug nahm. Vural hatte in einem Interview mit der „Presse“ den Wunsch geäußert, es solle in jedem Bundesland eine „würdige“ Moschee geben „mit dem Sitz der Religionsgemeinde, wo man einen Ansprechpartner hat“.<sup>43</sup> FPÖ-Obmann Norbert Hofer schrieb auf Facebook: „Das ist ein Wunsch, der einmal mehr aufzeigt, dass es in unserem Land eine schleichende Islamisierung gibt. Dieser Entwicklung müssen wir entschieden entgegentreten. Der Islam ist nicht Teil unserer Geschichte und unserer Kultur – und wird das auch nie werden.“<sup>44</sup>

<sup>43</sup> <https://www.diepresse.com/5723634/umit-vural-eine-grosse-moschee-pro-bundesland>

<sup>44</sup> Siehe: <https://www.facebook.com/norberthofer2019/posts/252165844811441>





Am gleichen Tag sprach sich der Kärntner FPÖ-Parteibmann Gernot Darmann in einer Presseaussendung mit dem Titel „FPÖ-Darmann: „Brauchen keine Kasernen und Soldaten des Islam in Österreich“ gegen „ein weiteres Vordringen des Islam in den öffentlichen Raum in Österreich“ aus.<sup>45</sup> Einen Tag später bezeichnete der oberösterreichische Vize-Landeshauptmann und FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner den Bau von „Großmoscheen in jedem Bundesland“ in einem Facebook-Eintrag als „Zeichen der muslimischen Landnahme“, die er „verhindern“ wolle.<sup>46</sup>



<sup>45</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20191117\\_OTS0023/fpoe-darmann-brauchen-keine-kasernen-und-soldaten-des-islam-in-oesterreich](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20191117_OTS0023/fpoe-darmann-brauchen-keine-kasernen-und-soldaten-des-islam-in-oesterreich) sowie <https://www.fpoe-ktn.at/reader-news/brauchen-keine-kasernen-und-soldaten-des-islam-in-oesterreich?fbclid=IwAR0uRczUGHDnf6YSdSB6JdtnsvRKvY1svnUlgXVVs0aKsAEXhJ8aiA65t1c>

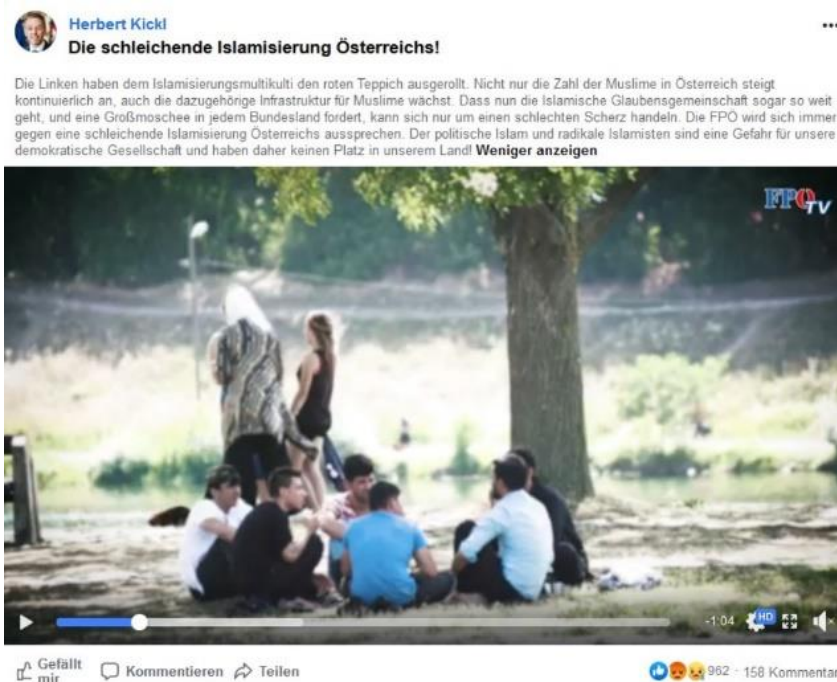
<sup>46</sup> <https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/posts/2678669815527011>

Kurz darauf sprachen sich der ressortlose Wiener Vizebürgermeister Dominik Nepp und die FPÖ in mehreren Medienbeiträgen und Facebook-Einträgen dafür aus, „die Auflösung der Islamischen Glaubensgemeinschaft zu prüfen“.<sup>47</sup> Der Islamischen Glaubensgemeinschaft solle „der Status als offizielle Vertretung für alle Muslime aberkannt werden“. Sie begründeten das mit dem Wunsch des Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft, es solle in jedem Bundesland eine „würdige“ Moschee geben.



Wenige Tage später teilte der FPÖ-Klubobmann und Ex-Innenminister Herbert Kickl auf Facebook ein Video von „FPÖ-TV“ mit dem Titel „Die schleichende Islamisierung Österreichs“. Darin nannte er den vom Präsidenten der Islamischen Glaubensgemeinschaft gewünschten Bau „würdiger“ Moscheen einen „schlechten Scherz“. Er deutete an, dass ein Vertreter von Muslim\*innen kein Recht habe, in Österreich einen solchen Wunsch zu äußern. Das von Kickl verbreitete Video setzt Muslim\*innen mit „Ausländern“ gleich und wiederholt den von FPÖ-Obmann Norbert Hofer mehrfach geäußerten Satz, der den Islam pauschal und „für immer“ aus der österreichischen Geschichte und Kultur ausschließt.

<sup>47</sup> <https://www.facebook.com/fpoe/posts/1498348290306435> sowie <https://www.derstandard.at/story/2000111225481/fpoe-wien-will-aufloesung-der-islamischen-glaubensgemeinschaft-pruefen>



Im Dezember 2019 warnte FPÖ-Parteibmann Norbert Hofer in einem Facebook-Eintrag davor, dass Österreich zu „einem muslimischen Staat“ werde, „in dem unsere Kinder eine bedrohte Minderheit sind“.<sup>48</sup> Er schloss damit erneut muslimische Kinder von „unseren Kindern“ aus und verweigerte muslimischen Kindern die Zugehörigkeit zu dem, was er unter der österreichischen Gesellschaft versteht. Darüber hinaus stellte er die muslimische Bevölkerung in Österreich pauschal als Bedrohung dar.

Weitere Fälle und Kampagnen für das Jahr 2019 finden sich im Bericht von SOS Mitmensch zum antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik 2019.<sup>49</sup>

Im Jänner 2020 startete die FPÖ eine großangelegte Kampagne gegen den Namen „Muhammed“. An dieser Kampagne beteiligten sich mehrere Spitzenvertreter der Partei, darunter auch Parteibmann Norbert Hofer, Generalsekretär Harald Vilimsky und der Wiener Parteibmann und ressortlose Vizebürgermeister Dominik Nepp. Die Kampagne zog sich bis in den Februar hinein. Den Anfang machten Nepp und die Wiener FPÖ. Nepp sprach in mehreren Facebook-Einträgen davon, dass er „keine Stadt Muhammeds im Herzen Europas“ wolle.<sup>50</sup>

<sup>48</sup> [https://www.facebook.com/norberthofer2019/posts/2536060176671268?\\_tn=-R](https://www.facebook.com/norberthofer2019/posts/2536060176671268?_tn=-R)

<sup>49</sup> Siehe:

[https://www.sosmitmensch.at/dl/qqOMJKJKOMnJqx4KJK/Bericht2019\\_AntimuslimischerRassismus\\_SOS\\_Mit\\_mensch\\_26Feb2020.pdf](https://www.sosmitmensch.at/dl/qqOMJKJKOMnJqx4KJK/Bericht2019_AntimuslimischerRassismus_SOS_Mit_mensch_26Feb2020.pdf)

<sup>50</sup> <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/3422190177823604>



In einer Presseaussendung der FPÖ Wien bezeichnete Nepp Kinder mit dem muslimischen Namen „Muhammed“ als „alarmierendes Symptom“. Darüber hinaus brachte er Menschen, die diesen Namen tragen, pauschal mit der „Bedrohung von Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie“ sowie mit einem „islamistischen Gottesstaat“ in Verbindung. Er stellte Menschen, die diesen Namen tragen, auch als Gegensatz zur „Wiener Kultur“ und als Gegensatz zu „Sicherheit“ dar.

Im Zuge der antimuslimisch-rassistischen „Muhammed-Kampagne“ der FPÖ bezeichnete der Landesparteisekretär der FPÖ-Wien, Michael Stumpf, eine Person, die Anzeige gegen seinen Parteiohmann Dominik Nepp wegen dessen Aussagen zum Namen „Muhammed“ eingebracht hatte,<sup>51</sup> als „SPÖ-Moslem“.<sup>52</sup> Er machte damit die Religionszugehörigkeit zum fixen politischen Wesensmerkmal der betreffenden Person. Durch diesen Religionsstempel wurde eine scheinbar unüberwindbare Trennlinie eingezogen, die das, was als „Eigenes“ (nicht religiös markiertes) konstruiert wird, von dem, was als „Fremdes“ (muslimisch religiös markiertes) konstruiert wird, separieren soll. Die Person, die Anzeige erstattete, wurde darüber hinaus ohne jeglichen Sachbezug mit „Scharia“ und „Islamisierung“ in Verbindung gebracht und die antimuslimisch-rassistischen Aussagen des ressortlosen Wiener Vizebürgermeisters als „Kritik“ und „nicht genehme Meinung“ verteidigt.

Auch beim Neujahrstreffen der FPÖ-Parteiführung am 11. Jänner 2020 war „der Name Muhammed“ ein zentrales Element von Redebeiträgen. FPÖ-Generalsekretär Harald Vilimsky sagte: „Ihr müsst euch vorstellen in Wien haben wir drei Bezirke, wo der beliebteste Vorname von männlichen Neugeborenen Mohammed ist. Und jetzt kämpfe ich dafür, dass in Wien nicht

<sup>51</sup> Die Anzeige wegen des Verdachts der Verhetzung hat von Seiten der Justiz „wegen fehlendem Anfangsverdacht“ zu keinem Ermittlungsverfahren geführt.

<sup>52</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20200109\\_OTSS0091/fp-stumpf-zu-muhammed-anzeige-gegen-nepp-noch-leben-wir-nicht-in-einem-islamischen-gottesstaat](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200109_OTSS0091/fp-stumpf-zu-muhammed-anzeige-gegen-nepp-noch-leben-wir-nicht-in-einem-islamischen-gottesstaat)

Mohammed an die erste Stelle kommt der männlichen Neugeborenen, wie es in Brüssel längst der Fall ist, nein wir kämpfen darum, dass die Seppis, die Peppis, die Walters, die Geraldts, wie sie alle heißen, damit der echte Wiener in Wien eine gute Zukunft hat.“

FPÖ-Obmann Norbert Hofer sagte: „Und Dominik Nepp hat das völlig richtig auch gesagt, dass Muhammed zu den beliebtesten Namen in Wien gehört, und Harald, du hast das auch betont, das ist ja ein Wahnsinn. Ja, was würde denn der Erdogan sagen, wenn plötzlich in der Türkei Christian der beliebteste Vorname im Land wäre? Ja der würde sich das niemals gefallen lassen und deswegen sage ich euch eines: es gibt nur eine Partei, die bereit ist Österreich tatsächlich zu verteidigen gegen die Islamisierung, gegen das Übertrennen von Menschen, die nicht Schutz suchen, den eigenen wirtschaftlichen Vorteil suchen und in das System der Mindestsicherung einwandern wollen. Das ist die Wahrheit meine lieben Freunde. (...) Natürlich werden uns kaum Türken unterstützen, wenige Muslime vielleicht, aber es gibt auch Gruppen, die massiv auf unserer Seite sind, aufrechte Menschen die nach Österreich gekommen sind, um hier etwas zu leisten und mit eigener Hände Arbeit etwas aufzubauen, Menschen aus Kroatien, aus Serbien, aus Ungarn und aus vielen, vielen anderen Ländern.“

Hofer machte muslimische Namen auch auf Facebook zum Thema. Er schrieb: „Der Name „Muhammed“ liegt in vielen Bezirken Wiens bei Neugeborenen an erster Stelle! Das ist NICHT erfreulich. Mit der FPÖ gilt es dafür zu sorgen, dass der echte Wiener nicht untergeht.“<sup>53</sup>



Anfang Februar 2020 startete die FPÖ eine Kampagne, deren Aufhänger das Nichtanbringen von Kreuzen in einem neu eröffneten Wiener Krankenhaus war. Hintergrund: Der Krankenanstaltenverbund (KAV) hatte beschlossen, im Krankenhaus „Klinik Floridsdorf“ (vormals Krankenhaus Nord) keine Kreuze an den Wänden der Spitalszimmer anzubringen. Laut dem Pflegedirektor des Spitals wollte man vermeiden, dass „sonst nur vielleicht ein religiöses Symbol in den Zimmern ist, und das auch andere Konfessionen diskriminieren könnte“. An der FPÖ-Kampagne beteiligten sich unter anderem FPÖ-Obmann Norbert Hofer,

<sup>53</sup> <https://www.facebook.com/1650580648552563/photos/pb.100044515746323.-2207520000../2576229982654287/?type=3>

FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl und der neue FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz. Kickl sprach sich in einem Facebook-Eintrag zur Nichtanbringung von Kreuzen in dem betreffenden Krankenhaus gegen „Geld für esoterischen Hokuspokus und muslimische Zuwanderer“ aus.<sup>54</sup> Kickl stellte damit staatliche Leistungen, die an Muslim\*innen fließen, auf eine Stufe mit Ausgaben für „esoterischen Hokuspokus“. Darüber hinaus schürte er Neid gegen „muslimische Zuwanderer“ und er stellte sie als Menschen zweiter bzw. dritter Klasse dar, die es nicht verdienen würden, staatliche Leistungen zu erhalten, noch weniger als andere (nicht-muslimische) Zuwanderer.



Wiens ressortloser FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp beteiligte sich ebenfalls an der Kampagne. Er sprach von einem „Kreuzverbot in Wiener Spitälern“ und von einer „völligen Unterwerfung SPÖ-Ludwigs vor dem Islam“. Weiters schrieb Nepp: „Muslime, die in unseren Spitälern kein Kreuz haben wollen, sollen sich in einem islamischen Land behandeln lassen. Das Abnehmen des Kreuzes ist eine kulturelle Selbstaufgabe.“<sup>55</sup> Nepp zog eine scharfe Trennlinie zwischen „unserer Heimatstadt“ und Muslim\*innen, denen er unterstellte, dass sie „kein Kreuz im Krankenhaus haben wollen“, obwohl es keinerlei diesbezügliche öffentliche Äußerung gegeben hatte.

Auch FPÖ-Obmann Norbert Hofer nahm zur Frage der Nichtanbringung von Kreuzen im Krankenhaus „Klinik Floridsdorf“ Stellung. Hofer sagte in einem Facebook-Eintrag: „Das Abnehmen unserer Kreuze ist die Selbstaufgabe unserer Kultur und bedeutet die Unterwerfung

<sup>54</sup> <https://www.facebook.com/herbertkickl/posts/2535305346747760>

<sup>55</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20200204\\_OTSO055/nepp-zu-kreuzverbot-in-wiener-spitaelern-voellige-unterwerfung-spoeludwigs-vor-dem-islam](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200204_OTSO055/nepp-zu-kreuzverbot-in-wiener-spitaelern-voellige-unterwerfung-spoeludwigs-vor-dem-islam)

vor dem Islam! Deshalb, liebe Freunde, stärkt bitte alle tatkräftig die FPÖ, denn die SPÖ rollt dem Islam den roten Teppich aus. Ich sage: Wer sich an unseren Kreuzen stört - egal ob in unseren Schulen, unseren Krankenhäusern oder in unseren Amtsstuben - der kann freiwillig unser Land verlassen und in seine Heimat zurückreisen!“<sup>56</sup> Hofer schloss damit an die antimuslimisch-rassistischen Aussagen anderer FPÖ-Politiker an. Und er unterstellte, dass sich ausschließlich Menschen „mit einer Heimat anderswo“ gegen „unsere Kreuze“ in Krankenzimmern aussprechen würden.



Auch FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz beteiligte sich an der FPÖ-Kampagne. In einer Presseaussendung schrieb er im Namen der FPÖ-Bundesparteileitung: „Wien ist Spitzenreiter bei Islam-Anbiederungen. Keine Kreuze im Krankenhaus Nord ist ein Skandal erster Güte. Ein Krankenhaus ist mit Sicherheit kein Ort, den man freiwillig aufsucht. Hier einen Kniefall vor fremden Kulturen zu zeigen, ist schon ein starkes Stück. Der einzige, der damit einer Diskriminierung ausgesetzt wird, ist wohl der Österreicher. [...] Das tagesaktuelle Bild zeigt ein Bild der Unsicherheit und Sonderbehandlungen für Fremde zum Nachteil unserer Bevölkerung.“<sup>57</sup>

Am 10. Februar 2020 brachte der oberösterreichische FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner in einem Facebook-Eintrag das unterdurchschnittliche Abschneiden von Wiener Schüler\*innen beim PISA-Lesetest unter anderem mit (fehlenden) „Kopftuchverboten“ in Verbindung. Dazu postete Haimbuchner ein Bild von zwei jungen Mädchen in einem Klassenzimmer, die einander anschauen, wobei im Zentrum des Bildes ein Mädchen mit Kopftuch ist.<sup>58</sup> Das Foto, das Haimbuchner verwendete, stammt von einer Bildagentur und trägt dort den Titel

<sup>56</sup> <https://www.facebook.com/1650580648552563/photos/pb.100044515746323.-2207520000../2597141800563105/?type=3>

<sup>57</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20200204\\_OT0064/fpoe-schnedlitz-wien-ist-spitzenreiter-bei-islam-anbiederungen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200204_OT0064/fpoe-schnedlitz-wien-ist-spitzenreiter-bei-islam-anbiederungen)

<sup>58</sup> <https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/posts/2859817430745581>

„Muslimisches Mädchen mit ihrer Klassenkameradin“.<sup>59</sup> Es liegt somit nahe, dass für das Posting gezielt nach einem Bild von einem muslimischen Mädchen gesucht wurde, um Leseprobleme zu bebildern. Das Posting reihte sich in eine Vielzahl an FPÖ-Postings ein, in denen versucht wird, negative Phänomene, wie zum Beispiel Leseprobleme, mit kopftuchtragenden Mädchen und Frauen in Verbindung zu bringen und letztere damit pauschal als problembehaftet abzustempeln.



In vielen antimuslimischen Kampagnen ist das Wort „Islamisierung“ ein zentraler Begriff. Am 13. Februar 2020 definierte der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp in einem Interview für den parteieigenen Videokanal „FPÖ-TV“, was er unter „Islamisierung“ versteht: „Es wird immer geredet, dass Wien schleichend islamisiert wird. Man muss ja leider schon feststellen, wenn man hier allein in Favoriten sich die Fußgängerzone anschaut, die Quellenstraße anschaut, dass es keine schleichende Islamisierung ist, sondern eine rasende Islamisierung. Früher gab’s Würstelstände, das sind heute Dönerbuden, früher gab’s einen Markt, das ist jetzt ein Bazar, oder früher gab’s einen Gemüsehändler und jetzt ist es ein türkischer Greißler. Und man sieht jetzt, diese Islamisierung findet statt.“<sup>60</sup> Nepps Definition von „Islamisierung“ bezieht sich nicht auf Religionsausübung oder auf fundamentalistische Religionsströmungen, sondern weist eine ethnisierend-rassistische Komponente auf. So steht ein „türkischer Greißler“ für Nepp sinnbildlich für „rasende Islamisierung“, unabhängig davon, welches Religionsbekenntnis der Greißler hat und wie er seine Religionszugehörigkeit oder Nichtreligionszugehörigkeit lebt. Gleiches gilt für „Dönerbuden“, die Nepp ebenfalls als Ausdruck einer „rasenden Islamisierung“ bezeichnete. Der Begriff „Islamisierung“ wird damit

<sup>59</sup> <https://www.istockphoto.com/de/foto/muslimische-m%C3%A4dchen-mit-ihrer-klassenkameradin-gm950609474-259470267>

<sup>60</sup> <https://www.facebook.com/watch/?v=509819186585087>



von Nepp in eine Richtung gelenkt, bei der alles, was irgendwie mit Ländern mit muslimischer Mehrheitsbevölkerung und potenziellen Muslim\*innen zu tun haben könnte, als Ausdruck von „rasender Islamisierung“ gesehen – und abgewertet und skandalisiert wird.

**FPO** FPÖ · Abonnieren  
14. Februar · 🌐

**Ein Ex-Dschihadist bei den Freiheitlichen: „Nur die FPÖ kann die Islamisierung noch stoppen!“**

Die Islamisierung Europas und damit auch Wiens findet nicht mehr heimlich und versteckt, sondern offen und für jeden, der nicht die Augen davor verschließt, sichtbar statt. Klar ist: Die Linken fördern die Islamisierung sogar noch maßgeblich aufgrund falsch verstandener Toleranz. Umso wichtiger war die Veranstaltung „Der politische Islam – Herausforderung für unsere Stadt“, welche am Donnerstag über den Dächern Wiens stattgefunden hat. Geladen war unter anderem Ex-Dschihadist Irfan Peci. Mit nur 17 Jahren leitete er das deutschsprachige Propaganda-Programm von Al-Qaida. Heute engagiert sich Irfan im Kampf gegen die Radikalisierung. 🙌 FPÖ-TV hat Peci zur Veranstaltung nach Wien-Favoriten begleitet. Weniger anzeigen



einen Gemüsehändler und jetzt ist es ein türkischer Greißler.  
Man sieht also diese Islamisierung

0:59 / 3:43

Ende Februar 2020 brachte FPÖ-Obmann Norbert Hofer bei der jährlichen FPÖ-Aschermittwochs-Rede die in Österreich lebenden Muslim\*innen mit „den falschen Menschen“ in Verbindung, die man ins Land geholt habe. In Österreich lebende Menschen aus Syrien und Afghanistan brachte Hofer kollektiv mit „Haftanstalten“ in Verbindung. Er suggerierte damit, dass ein Großteil der geflüchteten Menschen und ein Großteil der Muslim\*innen in Österreich kriminell seien. Er stellte die Muslim\*innen in Österreich in seiner Rede darüber hinaus als Gegenpol zu „unseren Kindern“ und als Bedrohung für sie dar. Und er brachte die muslimische Bevölkerung kollektiv mit dem „Nichtwiedererkennen unserer wunderbaren Heimat“ und „Brennpunktschulen“ in Verbindung.<sup>61</sup>

Ende März 2020 postete der Linzer FPÖ-Stadtrat Michael Raml einen Medienbericht, wonach „drei türkische Staatsbürgerinnen die Notausgangstür eines Krankenhauses aufspreizten, um ihre männlichen Besucher ins Krankenhaus zu lassen“.<sup>62</sup> Raml postete dazu ein Bild von einer Frau mit Kopftuch. Auf dem Bild wird hervorgehoben, dass das Besuchsverbot von „Türken“ ignoriert worden sei.<sup>63</sup> Drei Tage später teilte der steirische Landtagsabgeordnete Stefan

<sup>61</sup> [https://www.facebook.com/watch/live/?v=2676930519090870&ref=watch\\_permalink](https://www.facebook.com/watch/live/?v=2676930519090870&ref=watch_permalink)

<sup>62</sup>

<https://www.krone.at/2125054?fbclid=IwAR3wGto2pRh3W7GpYn0MCsM1E6TO55YVod75rxplzDmPHX1eBWXwm7JXWDM>

<sup>63</sup> <https://www.facebook.com/michael.raml.fp/posts/2262750110687930>

Hermann das Posting von Raml. Er schrieb dazu: „Unfassbar! Nicht einmal während der [#Corona](#)-Pandemie halten sich diese [#Türken](#) an die Regeln! 🤦 Drei türkische Frauen wollten die Notausgangstür am Linzer Uniklinikum aufspreizen, um ihre [#männlichen](#) Besucher hereinzulassen... 😬 [#TEILT](#) den Beitrag, wenn ihr harte Strafen fordert!“<sup>64</sup> Raml und Hermann machten einen einzelnen Fall einer Missachtung einer Corona-Verordnung zum Thema. Sie strichen hervor, dass es um „Türken“ geht. Sie bildeten eine Frau mit Kopftuch ab, obwohl im Medienbericht nicht erwähnt wurde, ob die Frauen Kopftuch trugen. Hermann sprach darüber hinaus generalisierend von „diesen Türken“, die sich „nicht einmal in der Corona-Pandemie an Regeln halten“ würden. Hermann forderte „harte Strafen“. Das ist umso bemerkenswerter als die FPÖ in den Wochen davor (und danach) viele Corona-Regeln und insbesondere Strafen für Corona-Sünder\*innen mehrfach in Frage gestellt hat.



**Stefan Hermann** 😬 stinksauer. 15 Std. · 🌐

Unfassbar! Nicht einmal während der [#Corona](#)-Pandemie halten sich diese [#Türken](#) an die Regeln! 🤦  
 Drei türkische Frauen wollten die Notausgangstür am Linzer Uniklinikum aufspreizen, um ihre [#männlichen](#) Besucher hereinzulassen... 😬  
[#TEILT](#) den Beitrag, wenn ihr harte Strafen fordert!  
<https://www.krone.at/2125054>

**Linzer Kepler Uniklinikum: Türken ignorierten Besuchsverbot!**

**Michael Raml** 27. März um 18:07 · 🌐

Drei türkische Frauen wollten die Notausgangstür am Linzer Uniklinikum aufspreizen, um ihre männlichen Besucher hereinzulassen. Eine aufmerksame Krankenschwester verhinderte Schlimmeres.

Es sollte sich schon herumgesprochen haben, dass seit nunmehr zwei Wochen ein absolutes Besuchsverbot in Krankenhäusern herrscht.

<https://www.krone.at/2125054>

476 226 Kommentare 259 Mal geteilt

Anfang April 2020 startete die FPÖ eine großangelegte Kampagne, in der die Corona-Maßnahmen der Bundesregierung in Verbindung mit dem islamischen Fastenmonat Ramadan

<sup>64</sup> <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/556015335027706>

gebracht wurden. Als Bezugspunkt für ihre Kampagne benutzte die FPÖ einen später zurückgenommenen Erlass des Gesundheitsministeriums, der größere Zusammenkünfte rund um die Osterfeiertage verhindern sollte.<sup>65</sup> Den Start der Kampagne machte die FPÖ-Linz, die einen Corona-Erlass für die Ramadan-Feiertage forderte.<sup>66</sup>



Zwei Tage später äußerte sich der oberösterreichische FPÖ-Obmann und Vizelandeshauptmann Manfred Haimbuchner zu den bevorstehenden Ramadan-Feiertagen.<sup>67</sup> Haimbuchner wies „vorbeugend“ auf mögliche Regelbrüche durch Muslim\*innen während des Ramadan hin. Er suggerierte, dass die Bundesregierung dazu neigen würde, Muslim\*innen gegenüber Christ\*innen privilegiert zu behandeln und an sie „Kulturboni“ zu verteilen.

Weitere zwei Tage später legte der steirische Vize-FPÖ-Obmann Stefan Hermann nach. Er schrieb auf Facebook: „Es wäre völlig unverständlich, wenn einmal mehr aus falsch verstandener [#Toleranz](#) oder gar aus Angst vor einer linken Empörungswelle Ausnahmen geschaffen oder, noch schlimmer, Regelbrüche akzeptiert werden würden... 🙌 ÖVP und Grüne sind aufgefordert, auch [#Moslems](#) gegenüber mit aller Deutlichkeit aufzutreten, eine klare Sprache zu finden und allfällige "[#Kulturboni](#)" auszuschließen! 🙏🚫“<sup>68</sup> Dazu postete Hermann ein Bild, auf dem zu lesen war: „Gleiches Recht für alle? Kein gemeinsames Osterfest für Österreicher, aber gemeinsames Fastenbrechen für Moslems im Ramadan? Unfassbar, auch

<sup>65</sup> <https://www.diepresse.com/5826939/wie-es-zum-mysteriosen-oster-erlass-der-regierung-kam>

<sup>66</sup> <https://www.facebook.com/fplinz/posts/1582330185266031>

<sup>67</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20200407\\_OTSO003/haimbuchner-zu-bevorstehendem-ramadan-das-heiligste-buch-ist-die-bundesverfassung](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200407_OTSO003/haimbuchner-zu-bevorstehendem-ramadan-das-heiligste-buch-ist-die-bundesverfassung)

<sup>68</sup> <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/561605261135380>

Moslems haben sich beim Fastenbrechen einzuschränken! Traurig, unsere Bräuche werden ersetzt...“

**GLEICHES RECHT FÜR ALLE?**  
Kein gemeinsames Osterfest für Österreicher, aber gemeinsames Fastenbrechen für Moslems im Ramadan?

Unfassbar, auch Moslems haben sich beim Fastenbrechen einzuschränken!

Traurig, unsere Bräuche werden ersetzt...

Stefan Hermann  
9. April

Es wäre völlig unverständlich, wenn einmal mehr aus falsch verstandener #Toleranz oder gar aus Angst vor einer linken Empörungswelle Ausnahmen geschaffen oder, noch schlimmer, Regelbrüche akzeptiert werden würden. OVP und Grüne sind aufgefordert, auch #Moslems gegenüber mit aller Deutlichkeit aufzutreten, eine klare Sprache zu finden und allfällige "Wkulturboni" auszuschließen!

462 Kommentare  
479 Mal geteilt

Das Posting von Hermann wurde auch vom steirischen FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek auf Facebook geteilt.<sup>69</sup> Kunasek und Hermann machten klar, dass sie Muslim\*innen generell nicht für Österreicher\*innen halten. Sie zogen eine scharfe Trennlinie zwischen dem Osterfest als Fest „für Österreicher“ und Ramadan als Fest „für Moslems“, so als ob die Muslim\*innen in Österreich keine Österreicher\*innen wären und sein könnten. Darüber hinaus suggerierten sie, dass die Regierung dazu neigen würde, Muslim\*innen privilegiert zu behandeln und an sie „Kulturboni“ zu verteilen. Weiters wurde suggeriert, dass „unsere Bräuche“ durch muslimische Bräuche ersetzt würden. Auch hier wurde wiederum eine klare Trennmauer zwischen „uns“ und „den Muslim\*innen“ aufgebaut. Darüber hinaus brachte Hermann den Fastenmonat Ramadan in einer Aussendung mit Kriminalität „von Nichtösterreichern“ in Verbindung.<sup>70</sup>

Mitte April 2020 postete Wiens ressortloser FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp ein Video von einer Moschee in Deutschland, vor der gebetet wird und aus der ein Muezzin ruft. Nepp forderte einen „Stopp der Zuwanderung aus muslimischen Ländern“. Er setzte Zuwanderung von Muslim\*innen mit „Islamisierung“ gleich und stempelte Muslim\*innen kollektiv als

<sup>69</sup> <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/10157313259398282>

<sup>70</sup> <https://www.fpoe-stmk.at/presse/archiv/detail/fpoe-hermann-kein-freibrief-fuer-muslimische-bei-bevorstehendem-ramadan>

Bedrohung ab. Darüber hinaus schloss er religiöse Praktiken von gläubigen Muslim\*innen von „unserer Identität“ aus.<sup>71</sup>



Wenige Tage später schrieb Nepp auf Twitter: „Bleiben unsere christlichen Kirchen nur deshalb geschlossen, weil Imame in ihren Moscheen die nötigen Schutzmaßnahmen nicht durchsetzen können?“ Nepp reformulierte damit die Frage des Schließens von Kirchen aufgrund der Corona-Pandemie zu einer Frage der „Durchsetzungsfähigkeit von Imamen in ihren Moscheen“. Er rückte Muslim\*innen als mögliche Verantwortliche für das Schließen von Kirchen in den Fokus. Und er deutete an, die Regierung hätte Christ\*innen wegen Muslim\*innen büßen lassen.<sup>72</sup>





Kurz darauf vertrat FPÖ-Nationalratsabgeordnete Edith Mühlberghuber in einer Presseaussendung die Ansicht, dass Kirchen lediglich aufgrund des islamischen Ramadan wieder geöffnet würden. Mühlberghuber ging nicht auf den eigentlichen Grund der Lockerungen, nämlich die sinkenden Infektionszahlen, ein, sondern fand es „interessant“, dass die Öffnung der Gebetshäuser „erst mit dem Beginn des muslimischen Ramadans“ möglich

<sup>71</sup> <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/3725607480815204>

<sup>72</sup> <https://twitter.com/DominikNepp/status/1252226763070947338>

gewesen sei. Die Nationalratsabgeordnete unterstellte der Bundesregierung, dass diese Muslim\*innen bevorzugt behandeln würde. Mühlberghuber verschwieg nicht nur die sinkenden Infektionszahlen, sie verschwieg auch, dass die Lockerung der Corona-Maßnahmen nicht mit Beginn des Ramadans angesetzt wurde, sondern erst später. Sie verschwieg darüber hinaus, dass auch bevorstehende christliche Feiertage von den angekündigten Lockerungen betroffen waren.<sup>73</sup>

Ähnliche Äußerungen wie Mühlberghuber tätigte auch der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Leo Kohlbauer. Er schrieb auf Facebook und auf Twitter: „Rechtzeitig zum Ramadan werden Gottesdienste von der Bundesregierung erlaubt.  Praktisch für Fundamentalisten, auch Frauen werden per Verordnung verummumt. Danke Basti! “<sup>74</sup>

In dasselbe Horn stießen der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann und der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek. Hermann schrieb Ende April 2020 auf Facebook: „Unfassbar, ab 15. Mai sollen Corona-Beschränkungen wegfallen, obwohl der [#Ramadan](#) bis 23. Mai dauert! 🗨️ ÖVP und Grüne haben zwar den Österreichern das gemeinsame [#Osterfest](#) vorenthalten, bei [#Moslems](#) aber machen sie anscheinend gerne eine [#Ausnahme...](#) 🙄“<sup>75</sup> Dazu postete Hermann ein Bild mit betenden Muslimen auf dem stand: „Österreicher mussten „Ostern“ anders feiern: „Auch Moslems haben sich an Ramadan gefälligst an die Regeln zu halten!““ Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek teilte das Posting seines Vizeklubobmanns und schrieb: „Die Christen in unserem Land dürfen nicht benachteiligt werden, die Corona-Regeln müssen für alle gelten!“<sup>76</sup>



Österreicher mussten  
„Ostern“ anders feiern:

„Auch Moslems  
haben sich  
an Ramadan  
gefälligst an die  
Regeln zu halten!“

Mag. Stefan Hermann, MBL  
LandesparteiSekretär



<sup>73</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20200423\\_OTSS0187/fpoe-muehlberghuber-oeffnung-der-kirchen-ist-zu-begruessen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20200423_OTSS0187/fpoe-muehlberghuber-oeffnung-der-kirchen-ist-zu-begruessen)

<sup>74</sup> <https://www.facebook.com/leokohlbauer/posts/3743786332359739>

<sup>75</sup> <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/570786560217250>

<sup>76</sup> <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/10157365973463282>

Ab Ende April 2020 starteten mehrere FPÖ-Politiker eine Kampagne gegen Feiertagsgrüße an Muslim\*innen. In einem Facebook-Posting schrieb der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann zu Feiertagsgrüßen des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers: „Diese [#Anbiederung](#) der beiden Herren von ÖVP und Grünen ist zum [#Schämen!](#) 🙄“<sup>77</sup>



FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz kommentierte eine Klarstellung der Bundesregierung betreffend Ausgangsbeschränkungen: „Plötzlich jetzt mit Ramadan waren private Treffen **IMMER ERLAUBT?** Es reicht!!! 🙄 Stoppt den [www.coronawahnsinn.at](#) der Regierung!!! Hast auch du die Nase voll davon, belogen zu werden? [#jetztUNTERSCHREIBEN](#)“<sup>78</sup>



<sup>77</sup> <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/571588896803683>

<sup>78</sup> <https://www.facebook.com/schnedlitz/posts/3524513760899388>

Anfang Mai 2020 schrieb der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek: „Während rund um Ostern (12. April) ÖVP und Grüne den Österreichern sogar die Polizei ins Haus schicken wollten, wurden rechtzeitig zu Ramadan (23. April bis 23. Mai) die Regeln gelockert... Die FPÖ Steiermark sagt: Schluss mit dieser Diskriminierung von Österreichern!“<sup>79</sup> Dazu postete Kunasek ein Bild von betenden Muslimen auf dem folgender Text zu lesen ist: „Unfassbar: Rechtzeitig zu Ramadan werden Regeln gelockert, während man zu Ostern den Österreichern noch die Polizei in die Wohnung schicken wollte!“ Den gleichen Text und das gleiche Bild postete auch der steirische Vizeklubobmann Stefan Hermann.<sup>80</sup>



Am 9. Mai 2020 teilte FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl mit den Worten „Schon wieder so ein Missverständnis...“ einen Ramadan-Verschwörungs-Artikel eines FPÖ-nahen Magazins.<sup>81</sup>



<sup>79</sup> <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/10157405509578282>

<sup>80</sup> <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/577568876205685>

<sup>81</sup> <https://www.facebook.com/herbertkickl/posts/2616492638629030>



Am 22. Mai 2020 teilte Wiens ressortloser FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp auf Facebook ein Posting des ZDF zu den Ramadan-Grüßen des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier. Nepp kommentierte die Ramadan-Grüße mit den Worten „völlig daneben“.<sup>82</sup> Auf Twitter kommentierte Nepp die Ramadan-Grüße des deutschen Bundespräsidenten mit den Worten „völlig daneben und pervers“.<sup>83</sup>



Einen Tag später nahm der Tiroler FPÖ-Obmann Markus Abwerzger die Feiertagsgrüße des deutschen Bundespräsidenten zum Anlass für einen Kommentar auf Facebook. Er schrieb: „Warum immer nur Glückwünsche zum Ramadan? Bei christlichen Festen oder jenen anderer Religionen bleiben diese Herrschaften zumeist still.“<sup>84</sup> Abwerzger schürte damit Neid gegen Muslim\*innen. Die Behauptung von Abwerzger war nachweislich falsch. Der deutsche Bundespräsident Steinmeier richtete auch Feiertagsgrüße an andere Religionen.

Am 24. Mai sprach sich Wiens ressortloser FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp gegen Twitter-Ramadan-Grüße des österreichischen Bundeskanzlers aus. Nepp schrieb: „Ostern hat er uns verboten, aber den Ramadan macht Kurz mit diesen Wünschen salonfähig! Wir sagen: Österreich ist ein christliches Land mit abendländischen Traditionen. Der Islamisierung muss auf allen Ebenen Einhalt geboten werden!“<sup>85</sup> Nepp postete dazu ein Bild von sich, mit dem Ramadan-Tweet des Bundeskanzlers und den Worten: „Der Islam ist mit unseren Werten und unserem Glauben nicht kompatibel!“ Das Posting von Nepp attackierte zum einen Feiertagsgrüße an Muslim\*innen und zum anderen pauschal „den Islam“. Nepp zog eine radikale kollektive Trennlinie zwischen einer von ihm als „christlich“ definierten Wir-Gruppe und einer von ihm als „muslimisch“ und „inkompatibel“ definierten Sie-Gruppe.

<sup>82</sup> <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/3873044019404882>

<sup>83</sup> <https://twitter.com/DominikNepp/status/1263927315744120843>

<sup>84</sup> <https://www.facebook.com/AbwerzgerMarkus/photos/a.190526047767574/1621572694662895>

<sup>85</sup> <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/3878393622203255>



**FPÖ**  
Die Partei der Wiener



Sebastian Kurz  
@sebastiankurz  
Zum Ende des Ramadan wünsche ich allen Musliminnen und Muslimen ein friedvolles Fest! #EidMubarak 🌙

**„Der Islam ist mit unseren Werten und unserem Glauben nicht kompatibel!“**



Dominik Nepp  
Vizebürgermeister

Ende Mai 2020 kommentierte der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek Feiertagsgrüße von österreichischen Spitzenpolitiker\*innen an Muslim\*innen mit folgenden Worten: „Es macht nachdenklich, wie weit es in Österreich schon gekommen ist.“<sup>86</sup> Er postete dazu ein Bild mit Twitter-Feiertagsgrüßen und betenden Muslimen im Hintergrund. Davor ein Gesicht, das sich die Hand frontal auf den Kopf schlägt. Darunter stand: „Billige Anbiederung oder Wählerfang zum Ende des Ramadans? ÖVP, SPÖ und Grüne mit Glückwünschen an Moslems!“ Der gleiche Text und das gleiche Bild wurden auch vom steirischen Vizeklubobmann Stefan Hermann gepostet.<sup>87</sup>



Mitte Juni 2020 sagte der damalige FPÖ-Obmann Norbert Hofer in einer Rede auf einer FPÖ-Kundgebung am Viktor Adler Markt in Wien Favoriten: „Ich fürchte mich nicht vor Corona,

<sup>86</sup> <https://www.facebook.com/mkunasek/posts/10157476321343282>

<sup>87</sup> <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/591941514768421>

Corona ist nicht gefährlich, da ist der Koran gefährlicher, meine Lieben, als Corona.“<sup>88</sup> Hofer bezeichnete damit in einer öffentlichen Rede ein Virus, das zum Tod von mehreren Millionen Menschen weltweit beigetragen und allein in Österreich tausenden Menschen das Leben gekostet hat, als „nicht gefährlich“. Im gleichen Atemzug, ohne jeglichen sachlichen Zusammenhang, bezeichnete Hofer die Glaubenslehre einer in Österreich anerkannten Religionsgemeinschaft als „gefährlicher als Corona“. Die Einflechtung der pauschalen Abqualifizierung einer Glaubenslehre in eine Aussage über ein für viele tödliches Virus ist beispiellos in der jüngeren österreichischen Politik. Durch diese Aussage wurden gläubige Muslim\*innen pauschal abgewertet und ihr Glaube und damit auch sie selbst kollektiv als Bedrohung markiert. In Zusammenhang mit Hofers Aussage wurde von der Staatsanwaltschaft Wien, aufgrund von Anzeigen wegen Verhetzung und Herabwürdigung religiöser Lehren, ein Ersuchen an den Nationalrat gestellt, einer behördlichen Verfolgung zuzustimmen. Dieses Ersuchen wurde jedoch abgelehnt, wodurch eine juristische Aufarbeitung gehemmt ist.<sup>89</sup>

Am 23. Juni 2020 postete der Linzer FPÖ-Stadtrat Michael Raml ein Bild von zwei Frauen, die in einem Wartezimmer ein Kopftuch tragen. Auf dem Bild stand: „Besuche mit Maß & Ziel: Massenbesuche in Spitälern verbieten!“ Dazu schrieb Raml: „Vor Corona sind oft ganze Besucherhorden in den Spitälern eingefallen. Nicht nur die Aufenthaltsräume, sondern vor allem auch die Krankenzimmer selbst wurden belagert. Besuchszeiten spielten sowieso eine sehr nebensächliche Rolle. Auch wenn es in manchen Kulturkreisen üblich sein mag, dass jedes Mitglied aus der Familie und aus dem Freundeskreis einen Patienten persönlich besucht, kann das nicht auf Kosten des Wohls der anderen Patienten gehen.“<sup>90</sup> „Massenbesuche“ wurden im Bild, das Raml postete, nicht durch eine Masse an Menschen symbolisiert, sondern durch zwei Frauen, die ein Kopftuch tragen. Dabei handelte es sich offenkundig um eine Fotomontage.<sup>91</sup>



<sup>88</sup> <https://youtu.be/U4s-du3mEds>

<sup>89</sup> <https://www.diepresse.com/5882073/koran-schlimmer-als-corona-hofer-wird-nicht-ausgeliefert>

<sup>90</sup> <https://www.facebook.com/michael.raml.fp/posts/2326139017682372>

<sup>91</sup> <https://pixabay.com/de/photos/frau-einzelne-nur-landschaft-2685867/>

Mitte Juli 2020 postete der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Leo Kohlbauer einen Beitrag der Polizei Wien über Jugendliche, die in Favoriten eine mobile Toilette umgeworfen hatten, in der sich eine obdachlose Frau befand. Kohlbauer forderte sein Publikum dazu auf, darüber abzustimmen, welchen Namen die mutmaßlichen Täter gehabt haben könnten. Kohlbauer schrieb: „Wer glaubt ihr waren die Täter? ❤️ Klaus, Georg und Ferdinand. 😡 Mehmet, Abdul und Muhammed. Stimmt ab!“<sup>92</sup> Er bot drei Namen an, die üblicherweise nicht als muslimische Namen gelesen werden, und drei Namen, die von vielen als muslimische Namen gelesen werden. Für die drei nichtmuslimischen Namen konnte mit einem Herzen und für die drei muslimischen Namen mit einem wütenden Gesicht abgestimmt werden.



Anfang August 2020 stellte die Wiener FPÖ-Bezirksgruppe Favoriten in einem Facebook-Posting eine Feier zum islamischen Opferfest an den Pranger. Sie postete dazu ein Bild, auf dem von einem „Massenaufmarsch beim islamischen Opferfest“ die Rede war. Im Bild fanden sich einige unscharfe Fotos, die aus der Ferne aufgenommen wurden und eine Versammlung von Menschen zeigen. Die FPÖ-Bezirksgruppe schrieb dazu: „Die SPÖ hat in Wien im Integrationsbereich völlig versagt. Letzte Woche tauchten plötzlich in den frühen

<sup>92</sup> <https://www.facebook.com/leokohlbauer/posts/4118379194900449>

Morgenstunden hunderte Menschen im Zuge des „islamischen Opferfestes“ auf – und zwar mitten auf einem Sportplatz (!!!) in Wien-Favoriten. Die Bürger wurden durch „Allahu Akbar-Rufe“ geweckt. Wo bleiben den (sic!) hier eigentlich die ach so strengen ÖVP-Minister? Während viele Österreicher in den letzten Monaten wegen angeblichen Corona-Verstößen gestraft wurden und auch Fußballspiele ohne Zuschauer stattfinden finden müssen, wird in Favoriten dabei zugesehen, wie ein Sportplatz für einen solchen Massenauflauf ohne Konsequenzen verwendet werden darf...“<sup>93</sup>

**FPÖ Favoriten**  
1 Tag · 🌐

Die SPÖ hat in Wien im Integrationsbereich völlig versagt. Letzte Woche tauchten plötzlich in den frühen Morgenstunden hunderte Menschen im Zuge des „islamischen Opferfestes“ auf – und zwar mitten auf einem Sportplatz (!!!) in Wien-Favoriten. Die Bürger wurden durch „Allahu Akbar-Rufe“ geweckt. Wo bleiben den hier eigentlich die ach so strengen ÖVP-Minister? Während viele Österreicher in den letzten Monaten wegen angeblichen Corona-Verstößen gestraft wurden und auch Fußballspiele ohne Zuschauer stattfinden finden müssen, wird in Favoriten dabei zugesehen, wie ein Sportplatz für einen solchen Massenauflauf ohne Konsequenzen verwendet werden darf...

🔴 Diese Parteien gehören bei der Wien-Wahl ordentlich abgestraft! Solchen links-linken „Volksvertretern“ sollte man so wenig politischen Spielraum wie nur möglich gestatten.



Am gleichen Tag schrieb auch FPÖ-Obmann Norbert Hofer einen wortidenten Text wie die FPÖ-Bezirksgruppe.<sup>94</sup> Hofer postete dazu einen Artikel einer FPÖ-nahen Plattform. Der Artikel behauptete, dass „Moslems trotz Corona-Verboten zu Hunderten ihr Opferfest feiern dürfen“.<sup>95</sup> Im Artikel wurde der FPÖ-Obmann von Wien Favoriten, Stefan Berger, mit folgenden Worten zitiert: „Während die sportbegeisterten Wiener bei Sportveranstaltungen ausgesperrt werden, hat man bei den muslimischen Mitbürgern offenbar kein Problem, wenn sie unsere Sportstätten zweckentfremden!“. Auch die FPÖ-Steiermark nahm sich der Veranstaltung an und twitterte: „Dürfen sich Moslems alles erlauben?“. Zwei Tage später teilte der steirische FPÖ-

<sup>93</sup> <https://www.facebook.com/FPOE.Favoriten/posts/3235972159803500>

<sup>94</sup> <https://www.facebook.com/norberthofer2020/posts/2750424605234823>

<sup>95</sup> <https://www.unzensuriert.at/content/107717-fotos-beweisen-auch-moslems-duerfen-trotz-corona-verboden-zu-hundertem-islamisches-opferfest-feiern>

Vizeklubobmann Stefan Hermann das Facebook-Posting von FPÖ-Obmann Hofer. Er bezeichnete sich als „stinksauer“ und schrieb: „ÖVP und Grüne greifen offenbar nur bei Österreichern durch - [#Moslems](#) feiern dafür in Massen ihr "[#Opferfest](#)"... 🗣️“<sup>96</sup> Diverse FPÖ-Politiker, vom FPÖ-Bundesparteiohmann abwärts, skandalisierten damit eine legale Veranstaltung im Freien, nur weil es sich um eine mutmaßliche Versammlung von Muslim\*innen zu einem islamischen Feiertag handelte. Die Beiträge suggerierten, dass Muslim\*innen Privilegien genießen und bevorzugt behandelt würden und sich „alles erlauben dürfen“ bzw. dass sie es nicht verdienen würden, eine Veranstaltung abhalten zu können. Die betreffenden FPÖ-Politiker stellten ausschließlich Veranstaltungen mit Bezug zu Muslim\*innen an den Pranger, während die FPÖ gleichzeitig selbst im Freien diverse Veranstaltungen und Versammlungen abhielt. Zudem fand sich einmal mehr die strikte Trennung in eine Wir-Gruppe der „Österreicher“ und eine Sie-Gruppe der „Moslems“, so als ob es keine muslimischen Österreicher\*innen gebe.



**Norbert Hofer** ✓  
1 Tag · 🌐

Unglaublich, was im rot-grünen Wien alles möglich ist. Letzte Woche tauchten plötzlich in den frühen Morgenstunden hunderte Menschen im Zuge des „islamischen Opferfestes“ auf – und zwar mitten auf einem Sportplatz in Wien-Favoriten. Die Bürger wurden durch „Allahu Akbar-Rufe“ geweckt. Wo bleiben denn hier eigentlich die ach so strengen ÖVP-Minister? Während viele Österreicher in den letzten Monaten wegen angeblicher Corona-Verstöße gestraft wurden und auch Fußballspiele ohne Zuschauer stattfinden finden mussten, wird in Favoriten dabei zugesehen, wie ein Sportplatz für einen solchen Massenauflauf ohne Konsequenzen verwendet werden darf...

● Bei der kommenden Wien-Wahl gibt es die Möglichkeit, diese ROT-SCHWARZ-GRÜNE Politik ordentlich abzustrafen...

UNZENSURIERT.AT  
**Fotos beweisen: Auch Moslems dürfen trotz Corona-Verboten zu Hunderten ihr Opferfest feiern - Unzensuriert**

Anfang September 2020 startete FPÖ-Obmann Norbert Hofer eine weitere Welle der FPÖ-Ramadan-Verschwörungsgeschichte. Er schrieb: „Während die Lockerung der vielfach verfassungswidrigen Corona-Verordnungen der „ersten Welle“ rechtzeitig zum Ramadan erfolgte, wird nun in wenigen Monaten das Weihnachtsfest gefeiert. Dieses soll der Bevölkerung nun schon im September vermiest werden. [...]“<sup>97</sup> Hofer verlinkte in seinem

<sup>96</sup> <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/634159770546595>

<sup>97</sup> <https://www.facebook.com/1650580648552563/photos/pb.100044515746323.-2207520000../2777954165815200/?type=3>

Posting einen Artikel einer FPÖ-nahen Zeitschrift, wo eine Ramadan-Verschwörungsgeschichte in den Raum gestellt wurde: „Lockerung bei Ramadan, Verschärfung bei Weihnachten? Als besonders perfide bezeichnen viele Beobachter den Umstand, dass die ersten großen „Lockerungsmaßnahmen“ rechtzeitig zum moslemischen Ramadan-Fest verkündet wurden. Viele mutmaßen, dass sich die davon betroffene Bevölkerungsgruppe strengen Regeln vielleicht nicht ganz so unproblematisch unterworfen hätte wie der obrigkeitshörige Österreicher.“<sup>98</sup>



Norbert Hofer

2 Tage ·

Während die Lockerung der vielfach verfassungswidrigen Corona-Verordnungen der „ersten Welle“ rechtzeitig zum Ramadan erfolgte, wird nun in wenigen Monaten das Weihnachtsfest gefeiert. Dieses soll der Bevölkerung nun schon im September vermiesen werden. Der „gute Rat“ des Bundeskanzlers an die Bevölkerung: Private Feiern mögen – speziell mit Hinblick auf Weihnachtsfeiern – auf 25 Personen beschränkt werden. Dass diese Ansage das Todesurteil für viele Gastwirte besiegeln wird, dürfte in dieser schwarz-grünen Regierung niemand wesentlich interessieren.

Mehr dazu: <https://www.wochenblick.at/regierung-kurz-will-uns-weihnachtsfeiern-vermiesen/>



Auch der Tiroler FPÖ-Obmann Markus Abwerzger postete den von FPÖ-Obmann Hofer in Umlauf gebrachten Ramadan-Verschwörungstext.<sup>99</sup> Ebenso der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann.<sup>100</sup>

Am 6. September 2020 postete der ressortlose Wiener FPÖ-Stadtrat Maximilian Krauss ein Video über Grillplätze auf der Wiener Donauinsel. Im Video sagte Krauss, dass ihn „viele Beschwerden“ erreicht hätten, dass die Grillplätze „hauptsächlich von Migranten belegt

<sup>98</sup> <https://www.wochenblick.at/regierung-kurz-will-uns-weihnachtsfeiern-vermiesen/>

<sup>99</sup> <https://www.facebook.com/AbwerzgerMarkus/photos/a.190526047767574/1717393808414116>

<sup>100</sup> <https://www.facebook.com/hermann.fpoe/posts/658249908137581>

werden“ und „der echte Wiener kaum mehr eine Möglichkeit hat zu grillen“. Unterlegt war das Video mit orientalisches anmutender Musik. Das Video fokussierte immer wieder auf Frauen, die ein Kopftuch tragen. Sie wurden als Gegenstück zum „echten Wiener“ präsentiert. Am Ende wurde ein „Ösi-O-Meter“ eingeblendet, der „0%“ anzeigt. Krauss leitete sein rassistisches Video-Posting mit folgenden Worten ein: „Grillen auf der Donauinsel...oder doch in Anatolien? Aber seht selbst! Das ist das Ergebnis der verfehlten rot-grünen Zuwanderungspolitik. Wien muss wieder die Stadt der Wienerinnen und Wiener werden. [...]“<sup>101</sup>

Am 7. September 2020 attackierte der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Leo Kohlbauer auf Twitter eine Schülerin mit Kopftuch, die im Fernsehen als Schüler\*innenvertreterin ein Interview zu den geplanten Corona-Maßnahmen der Bundesregierung gegeben hatte.<sup>102</sup> Kohlbauer schrieb: „Ist diese Vertreterin der SPÖ-Vorfeldorganisation AKS die Zukunft der Sozialdemokratie? Abgeordnete, Landesrätinnen und Ministerinnen bald mit streng islamischen Kopftüchern? Die Ideologie der Muslimbrüder in unserem Parlamentarismus?“<sup>103</sup> Kohlbauer brachte die Schülerin mit „der Ideologie der Muslimbrüder“ in Verbindung, ohne jeglichen Bezug zu einer Aussage von ihr. Die Jugendliche wurde alleine, weil sie ein Kopftuch trägt, ideologisch abgestempelt, abgewertet und als mögliche Bedrohung markiert.<sup>104</sup>



Anfang Oktober 2020 postete der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp ein Video mit dem Titel „Holen wir uns UNSER Favoriten zurück!“. Das Video fokussierte

<sup>101</sup> <https://www.facebook.com/maximilian.krauss/posts/3040508829394644>

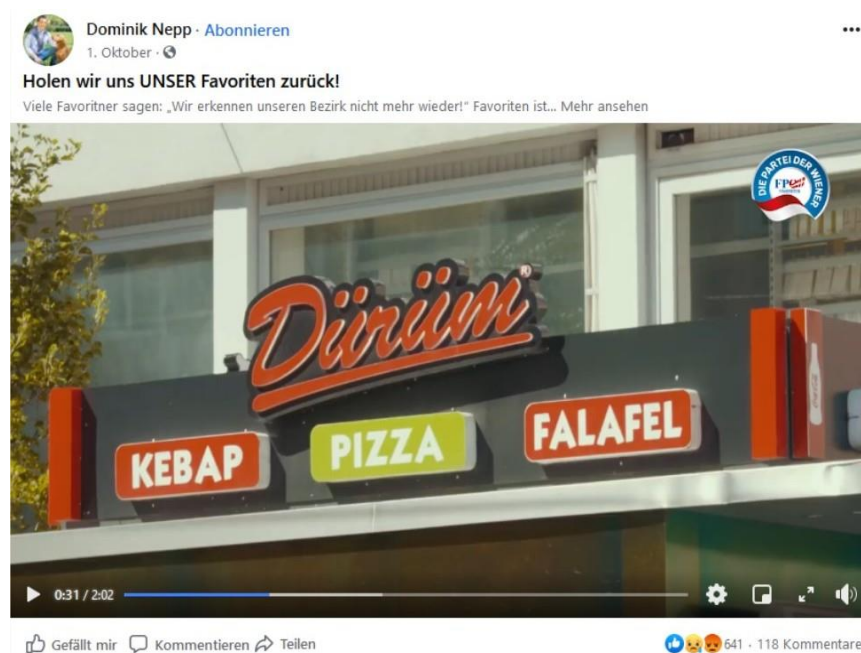
<sup>102</sup> <https://www.vice.com/de/article/m7jny/fpoe-gemeinderatswahlen-wien-sihaam-abdillahi>

<sup>103</sup> <https://twitter.com/LeoKohlbauer/status/1302928796576821248>

<sup>104</sup> Der österreichische Verfassungsgerichtshof hält in seinem Erkenntnis vom 11. Dezember 2020 zur Aufhebung des Verhüllungsverbots an Schulen fest: „Zunächst ist von Bedeutung, dass das Tragen des islamischen Kopftuches eine Praxis ist, die aus verschiedenen Gründen ausgeübt wird. Die Deutungsmöglichkeiten, die die Trägerinnen eines Kopftuches vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Religion oder Weltanschauung dieser Bekleidung und damit dem Tragen des Kopftuches geben, sind vielfältig. Mit dem Tragen eines Kopftuches kann schlicht die Zugehörigkeit zum Islam oder die Ausrichtung des eigenen Lebens an den religiösen Werten des Islam ausgedrückt werden. Ferner kann das Tragen des Kopftuches etwa auch als Zeichen für die Zugehörigkeit zur islamischen Kultur bzw. für ein Festhalten an Traditionen der Herkunftsgesellschaft gedeutet werden. Dem islamischen Kopftuch kommt daher keine eindeutige und unmissverständliche Bedeutung zu.“ [https://www.vfgh.gv.at/downloads/VfGH-Erkenntnis\\_G\\_4\\_2020\\_vom\\_11.12.2020.pdf](https://www.vfgh.gv.at/downloads/VfGH-Erkenntnis_G_4_2020_vom_11.12.2020.pdf)



immer wieder auf Frauen mit Kopftuch. Eine Sprecherstimme sagte: „Und wenn wir erinnertn zurückschweifen, dann tut es weh, an den alten Bäcker zu denken, der dastand, wo jetzt ein Kebapstandl steht. Es ist so beklemmend, sich an die Greißler und Wirtshäuser zu erinnern, die gewichen sind, weil die Überfremdung auch fremde Gebräuche und fremde Läden mit sich brachte. Wir erkennen heute unser Favoriten nicht mehr wieder. Ein fremder Ort mitten in Österreichs Hauptstadt. Wien – mehr als 500 Jahre Kaiserstadt, Stätte unvergleichlicher Hochkultur, Hauptstadt der Republik. Doch davon spürt man in Favoriten nichts mehr. Hier ist fremdes Territorium, mitten in der Bundeshauptstadt.“<sup>105</sup> Das Video spielte „Bäcker“ gegen „Kebapstandl“ aus und stempelte insbesondere Frauen mit Kopftuch zum Inbegriff des „Fremden“ und der „Nichtösterreicher“ ab. Diese „Fremden“ und „Nichtösterreicher“ wurden verantwortlich gemacht, dass „alles zusammenbricht“.



Ab Mitte Oktober 2020 verdichtete sich eine Kampagne der FPÖ, die einen „Stopp der Zuwanderung aus muslimischen/islamischen Ländern“ forderte. Der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete Leo Kohlbauer schrieb auf Facebook in Zusammenhang mit der Ermordung eines Lehrers in Frankreich durch einen islamistischen Fundamentalisten: „Dieser Vorfall zeigt, dass eine zusätzliche Migration aus muslimischen Ländern unsere Gesellschaft in eine gefährliche Richtung verändert. Ein Einwanderungsstopp aus muslimischen Ländern und ein Gesetz gegen den politischen Islam sind das Gebot der Stunde.“<sup>106</sup> Kohlbauer stempelte damit „Migration aus muslimischen Ländern“ pauschal als Bedrohung ab. Er machte deutlich, dass er Muslim\*innen und überhaupt alle Menschen aus „muslimischen Ländern“ von Österreich fernhalten wolle.

Ins selbe Horn stieß Ende Oktober 2020 der ressortlose Wiener FPÖ-Vizebürgermeister Dominik Nepp. Auch er forderte „einen Stopp der Zuwanderung aus muslimischen Ländern!“.<sup>107</sup> Ebenso der FPÖ-EU-Abgeordnete Harald Vilimsky, der als Reaktion auf das

<sup>105</sup> <https://www.facebook.com/135953609780627/videos/655252121635217/>

<sup>106</sup> <https://www.facebook.com/leokohlbauer/posts/4574969352574762>

<sup>107</sup> <https://www.facebook.com/dominik.nepp/posts/4611100895599187>

islamistisch-fundamentalistische Attentat in Nizza schrieb: „Es reicht! Keine Zuwanderung mehr aus islamischen Ländern!“<sup>108</sup>



Ähnlich der ressortlose Wiener FPÖ-Stadtrat Krauss, der auf Facebook ein Bild postete, auf dem stand: „Keinerlei Zuwanderung mehr aus islamischen Ländern!“<sup>109</sup>

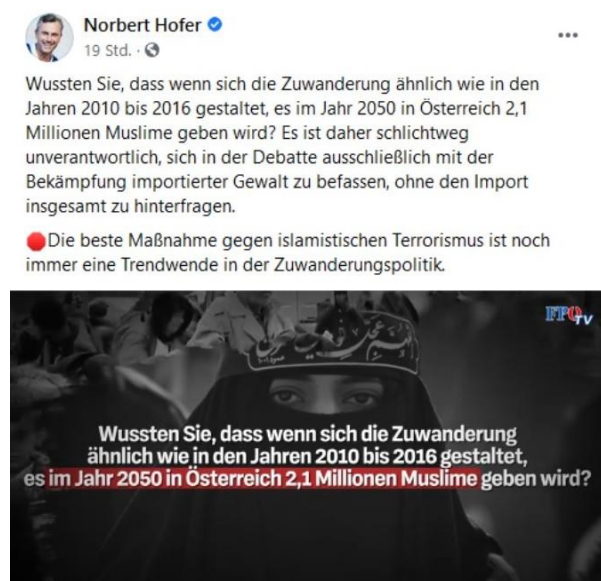


Am 17. November 2020 verknüpfte FPÖ-Obmann Norbert Hofer in einer Presseaussendung Muslim\*innen pauschal mit Terrorismus und nannte eine „Trendwende bei der Zuwanderungspolitik“ die „beste Maßnahme gegen islamistischen Terrorismus“. Hofer

<sup>108</sup> <https://www.facebook.com/Vilimsky.Harald/posts/3412252645560325>

<sup>109</sup> <https://www.facebook.com/maximilian.krauss/posts/3195851323860393>

verknüpfte Gewalt mit „Import“, und er verknüpfte „importierte Gewalt“ mit dem „Import“ von Muslim\*innen. Er stellte einen wachsenden Bevölkerungsteil mit muslimischer Religionszugehörigkeit bzw. muslimischer Herkunft per se als Bedrohung dar. Hofer setzte darüber hinaus Muslim\*innen mit „Ausländern“ gleich.<sup>110</sup> Einen Tag später sprach sich Hofer auch auf Facebook gegen „den Import“ von Muslim\*innen aus und postete ein antimuslimisches Angstvideo, das vor „Muslimen“ und „Ausländern“ warnte und von „galoppierender Islamisierung“ und „Gewalt“ sprach. Hofer stempelte Muslim\*innen einmal mehr kollektiv als „Importgut“ und Bedrohung ab. Er machte deutlich, dass er Muslim\*innen durch „eine Trendwende in der Zuwanderungspolitik“ von Österreich fernhalten wolle.<sup>111</sup>



Ende November 2020 nahm der oberösterreichische FPÖ-Obmann und Vize-Landeshauptmann Manfred Haimbuchner auf Facebook zum „Action Plan on Integration and Inclusion 2021-2027“ der EU-Kommission Stellung. Er postete dazu ein Bild von vier Personen, von denen drei ein Kopftuch trugen. Die Personen standen vor einem Haus mit einer türkischen Fahne am Fenster.<sup>112</sup>

<sup>110</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20201117\\_OT50137/fpoe-hofer-beste-massnahme-gegen-islamistischen-terrorismus-ist-trendwende-bei-zuwanderungspolitik](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20201117_OT50137/fpoe-hofer-beste-massnahme-gegen-islamistischen-terrorismus-ist-trendwende-bei-zuwanderungspolitik)

<sup>111</sup> <https://www.facebook.com/norberthofer2020/posts/284764835512447>

<sup>112</sup> <https://www.facebook.com/manfred.haimbuchner/posts/3623888587671791>

**Manfred Haimbuchner** · 27. November um 09:56 · 🌐

Der von der EU-Kommission vorgestellte „Action Plan on Integration and Inclusion“ soll Migranten aus aller Welt einfachen Zugang zum Wohnungsmarkt des jeweiligen Gastlandes gewähren. Diese blinde Migrationsromantik gefährdet den sozialen Frieden.

In Oberösterreich haben wir die Wohnungsvergabe an die Kenntnisse der deutschen Sprache geknüpft. Einfach gesagt: Ohne Deutsch keine Wohnung. Die gemeinsame Sprache ist der wichtigste Baustein für ein gesellschaftliches Miteinander.



Nahezu den gleichen Text wie Haimbuchner postete auch der Linzer FPÖ-Stadtrat Michael Raml. Er wählte jedoch ein anderes Bild, das allerdings ebenfalls eine Frau mit Kopftuch in den Mittelpunkt rückte. Haimbuchner und Raml stellten durch ihre Bildauswahl Frauen mit Kopftuch als repräsentativ für „Migranten aus aller Welt“ dar. Sie skandalisierten, dass die EU den Wohnbau für solche Personen öffnen wolle. Durch die Verknüpfung von Text und Bild werteten Haimbuchner und Raml Frauen mit Kopftuch als weitgehend unerwünscht im Wohnbau ab. Das Bild, das Haimbuchner verwendete, entstammt einer Fotomontage der FPÖ-nahen Plattform „unzensuriert.at“. Auch das von Raml verwendete Bild erweckt den Eindruck einer Fotomontage.

**Michael Raml** · 30. November um 10:23 · 🌐

Der von der EU-Kommission vorgestellte „Action Plan on Integration and Inclusion“ soll Migranten aus aller Welt einfachen Zugang zum Wohnungsmarkt des jeweiligen Gastlandes gewähren. Diese blinde Migrationsromantik gefährdet den sozialen Frieden.

In Oberösterreich hat Wohnbaulandesrat **Manfred Haimbuchner** die Wohnungsvergabe an die Kenntnisse der deutschen Sprache geknüpft. Einfach gesagt: Ohne Deutsch keine Wohnung. Die gemeinsame Sprache ist der wichtigste Baustein für ein gesellschaftliches Miteinander.



Ende November 2020 sagte FPÖ-Obmann Norbert Hofer in der ORF-Pressesendung: „Wollen wir wirklich, dass wir im Jahr 2030 in Österreich 2,1 Millionen Muslime haben? In Wien einen Schwerpunkt, wo der Islam die stärkste Glaubensgemeinschaft ist? Ich sag’s noch einmal, ich kenne viele Muslime, die tolle Österreicher sind, aber ich will diese Veränderung des Landes nicht. Und die meisten Politiker trauen sich nicht, das auszusprechen. Und ich sage, ich will nicht, dass Österreich ein muslimisches Land wird.“ Auf Facebook schrieb Hofer zu seinem Auftritt in der ORF-Pressesendung: „Wussten Sie, dass wenn sich die Zuwanderung ähnlich wie in den Jahren 2010 bis 2016 gestaltet, es im Jahr 2050 in Österreich 2,1 Millionen Muslime geben wird? Eine Entwicklung, die wir so nicht hinnehmen möchten. Es braucht eine rasche Trendwende in der Zuwanderungs- und Migrationspolitik.“<sup>113</sup> Dazu postete Hofer ein Bild von sich mit dem Text: „Ich will nicht, dass Österreich ein muslimisches Land wird!“ Hofer stellte ein Bevölkerungsszenario mit einer steigenden Anzahl an Muslim\*innen per se als Bedrohungsbild dar. Er stempelte damit die in Österreich lebenden Muslim\*innen kollektiv als Bedrohung und als Teil einer „Entwicklung, die ich nicht hinnehmen möchte“, ab.



Hofers Posting wurde zustimmend vom steirischen FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek, und dessen Vizeklubobmann Stefan Hermann geteilt. Kunasek ergänzte das Posting von Hofer um zwei Icons, eine Moschee „🕌“ und ein Zutrittsverbotsschild „🚫“.

<sup>113</sup> <https://www.facebook.com/norberthofer2020/posts/2856416087969007>

Ende Dezember 2020 postete der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp einen Zeitungsartikel über ein entferntes Kreuz an der Anatomie-Gedenkstätte am Wiener Zentralfriedhof.<sup>114</sup> Die Friedhöfe Wien verwiesen auf die „interkonnektionelle Gestaltung“ der Gedenkstätte für Menschen, die ihren Körper der Wissenschaft vermacht haben.<sup>115</sup> Im Zeitungsartikel wurde Nepp mit den Worten „Es handelt sich um den nächsten Kniefall vor dem Islam. Wir leben in einem christlichen Land und daher soll es auf einem solchen Friedhof auch ein sichtbares Zeichen darstellen“ zitiert.<sup>116</sup>



Weitere Fälle und Kampagnen, die im Jahr 2020 stattgefunden haben, finden sich im Bericht von SOS Mitmensch zum antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik 2020.<sup>117</sup>

Das Folgekapitel beinhaltet eine Chronologie antimuslimisch-rassistischer Vorfälle und Kampagnen in der österreichischen Politik im Jahr 2021. In dieser Chronologie erfasst sind ausschließlich Fälle, die Vertreter\*innen und Organisationen der Spitzenpolitik betreffen und bei denen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz erkennbar ist.

<sup>114</sup> <https://www.facebook.com/135953609780627/posts/4878827655493175/?d=n>

<sup>115</sup>

<https://www.friedhofewien.at/eportal3/ep/contentView.do/pageTypeId/75472/programId/87468/contentTypeId/1001/channelId/-54304/contentId/77802>

<sup>116</sup> <https://www.krone.at/2308765>

<sup>117</sup> Siehe:

[https://www.sosmitmensch.at/dl/qrrpJKJkKMMJqx4KJK/Bericht2020\\_AntimuslimischerRassismus\\_SOS\\_Mitmensch\\_Maerz2021\\_pdf](https://www.sosmitmensch.at/dl/qrrpJKJkKMMJqx4KJK/Bericht2020_AntimuslimischerRassismus_SOS_Mitmensch_Maerz2021_pdf)

## Antimuslimischer Rassismus in der Politik – Chronologie 2021

### 1. Jänner

Der damalige FPÖ-Obmann Norbert Hofer postet ein Bild von sich mit folgendem Bildtext: „Die an den Ausschreitungen in Wien-Favoriten beteiligten Ausländer sind samt Familien abzuschieben.“ In seinem Postingtext schreibt Hofer: „Es handelte sich bei den Tätern offenbar um junge Muslime, wie die auf Videos dokumentieren (sic!) „Allahu Akbar“-Rufe zeigen. Sofern es sich bei den Tätern um Ausländer handelt, sind sie nach der Bestrafung abzuschieben. Jene Krawallmacher mit österreichischer Staatsbürgerschaft sollen nicht nur streng bestraft werden, sondern sich auch selbst an der Reparatur der Schäden beteiligen. Außerdem ist festzustellen, welche Moscheen diese Herrschaften frequentieren und ob sie dort radikalisiert wurden.“<sup>118</sup>



**Klassifizierung:** FPÖ-Obmann Hofer bringt Sachbeschädigungen und einen versuchten Einbruch in Wien Favoriten mit der Religionszugehörigkeit der Tatverdächtigen in Verbindung. Er unterstellt den Tatverdächtigen (religiös) „radikalisiert“ zu sein und fordert die Überprüfung von Moscheen. Darüber hinaus fordert er die Abschiebungen von „beteiligten Ausländern samt Familie“. Hofer fordert somit die Einführung der Sippenhaft, bei der nicht nur Täter\*innen bestraft werden sollen, sondern auch die Familienangehörigen der Täter\*innen. Das Thematisieren und Herausstreichen der Religionszugehörigkeit der Tatverdächtigen, die

<sup>118</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=2887104154900200&id=1650580648552563](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=2887104154900200&id=1650580648552563)

Unterstellung einer religiösen „Radikalisierung“, die Forderung nach Überprüfung von Moscheen und die menschenrechtswidrige Forderung nach Sippenhaft für die (religiös markierten) Tatverdächtigen und ihre Familien lassen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz erkennen. Laut späteren Ermittlungsergebnissen der Polizei hatten die Silvester-Vorfälle rund um den Reumannplatz in Wien Favoriten „keinen religiösen oder politischen Hintergrund“.<sup>119</sup>

## 2. Jänner

Der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp schreibt auf Facebook: „Mich erreichen Nachrichten aus der Migrantengemeinschaft, in denen offen das Ziel mancher Zuwanderer ausgesprochen wird: Unsere Kultur und damit den echten Österreicher zu verdrängen! Lassen wir das nicht zu! Ein sofortiger Stopp der Zuwanderung aus muslimischen Ländern und eine konsequente Abschiebe-Politik sind das Gebot der Stunde!“ Dazu postet Nepp ein Bild von sich und von Nachrichten, die er erhalten haben soll. Im Bild steht: „Mehr abschieben statt noch mehr Migranten ins Land lassen!“<sup>120</sup>



<sup>119</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000123228553/polizei-und-politik-beraten-heute-ueber-konsequenzen-nach-silvester-landale>

<sup>120</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=4888463654529575&id=135953609780627](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=4888463654529575&id=135953609780627)



**Klassifizierung:** Wiens FPÖ-Obmann Nepp präsentiert Nachrichten, die er „der Migrant-Community“ zuordnet und aus denen er „das Ziel mancher Zuwanderer“ erkennen will „den echten Österreicher zu verdrängen“. Nepp konstruiert Migrant\*innen als *eine* Community. Und er baut ein Gegenbild zwischen dieser „Migrant-Community“ und „echten Österreichern“ auf. Als Konsequenz aus diesem von ihm postulierten Gegenverhältnis fordert Nepp „mehr Abschiebungen“ und den „sofortiger Stopp der Zuwanderung aus muslimischen Ländern“. Nepp ruft zum Kampf gegen die von ihm konstruierte „Migrant-Community“ auf und läßt seine Feindbildkonstruktion religiös auf, indem er sagt, dass er keine Menschen „aus muslimischen Ländern“ mehr ins Land lassen wolle. Die pauschale Erklärung von Migrant\*innen zu Bedrohungs- und Feindbildern, die, wenn sie aus „muslimischen Ländern kommen“ kollektiv vom weiteren Zugang nach Österreich ausgeschlossen werden sollen, ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

### 3. Jänner

Der oberösterreichische FPÖ-Obmann und Vize-Landeshauptmann Manfred Haimbuchner nimmt auf Facebook zu Sachbeschädigungen und einen Einbruchversuch zu Silvester in Wien Favoriten Stellung. Er postet ein Bild von einer beschädigten Auslagenscheibe. Auf dem Bild steht: „Silvester-Unruhen in Wien: Das Kind beim (orientalischen) Namen nennen!“ Dazu schreibt Haimbuchner: „Die Silvester-Unruhen in Wien-Favoriten fügen sich nahtlos in die jüngste Reihe von gewalttätigen Ausschreitungen der Migrantenszene bei Demonstrationen und Verwüstungen von Kirchen ein. Wenn von der Regierung auch nur halb so viel Energie in die Beseitigung von Migrationsproblemen gesteckt würde wie in ihre Verharmlosung, dann hätten wir viele dieser Probleme gar nicht. Teil einer ehrlichen Auseinandersetzung muss auch eine Ehrlichkeit der Begriffe sein. Bereits 2017 hat der oberösterreichische Polizeichef öffentlich bescheinigt: „Alle Auffälligen sind Muslime.“<sup>121</sup>



<sup>121</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=3721999577860691&id=655193467874666](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=3721999577860691&id=655193467874666)

**Klassifizierung:** Oberösterreichs FPÖ-Obmann Haimbuchner verknüpft die Silvester-Vorfälle in Wien mit „orientalischen Namen“. Er stempelt „orientalisch“ klingende Namen damit negativ ab. Er spricht pauschal und abwertend von einer „Migrantenszene“. Und er zitiert eine vor einigen Jahren in einem anderen Zusammenhang getätigte umstrittene Aussage des oberösterreichischen Landespolizeidirektors, wonach „alle Auffälligen Muslime sind“. Haimbuchner lädt die Silvester-Vorfälle damit (antimuslimisch) religiös auf. Die Aussagen von Haimbuchner weisen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf. Laut späteren Ermittlungsergebnissen der Polizei hatten die Silvester-Vorfälle rund um den Reumannplatz in Wien Favoriten „keinen religiösen oder politischen Hintergrund“.<sup>122</sup>

## 7. Jänner

Der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Markus Hein postet ein Bild von zwei Frauen mit Niqab. Im Bild steht: „Luftschloss Integration – Realität Parallelgesellschaft!“ Dazu schreibt er: „Der neue Integrationsbericht zeigt: Ausländer sind bei Zahlen zu Geburten, Arbeitslosigkeit und Kriminalität überrepräsentiert. Egal welchen Begriff man für diesen demographischen Wandel wählt: Es werden noch weitaus größere Probleme auf uns zukommen, als wir das bisher schon erlebt haben. Es ist deshalb höchste Zeit gegenzusteuern und in der Migrations- und Asylpolitik mit Vernunft und Weitblick, statt mit naiver Gefühlsduselei zu agieren.“<sup>123</sup>



**Klassifizierung:** Der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Hein verknüpft „Ausländer“ mit negativen Phänomenen wie „Arbeitslosigkeit“ und „Kriminalität“. Durch das Bild von zwei Niqab-Trägerinnen, das er postet, verknüpft er sowohl den Begriff „Ausländer“ als auch die von ihm angesprochenen negativen Phänomene mit Muslim\*innen, die er dadurch abwertet und negativ markiert. Darüber hinaus wählt er ein Bild von Muslim\*innen, das nicht repräsentativ

<sup>122</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000123228553/polizei-und-politik-beraten-heute-ueber-konsequenzen-nach-silvester-randale>

<sup>123</sup> <https://www.facebook.com/624525897689879/photos/pb.100044424279812.-2207520000../2043667689109019/?type=3>

für die Muslim\*innen, die in Österreich leben, ist. Das Posting von Hein weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.



## 8. Jänner

Der Linzer FPÖ-Stadtrat Michael Raml postet ein Bild von einem Mann und einer Frau. Die Frau trägt ein Kopftuch. Im Bild steht: „Integrationsbericht: Ausländer führen bei Geburten, Arbeitslosigkeit und Kriminalität!“ Raml schreibt: „Der neue Integrationsbericht zeigt: Ausländer bei Zahlen zu Geburten, Arbeitslosigkeit und Kriminalität überrepräsentiert. Weitere gesellschaftliche Spannungen werden also auf uns zukommen. Es ist daher höchste Zeit, endlich gegenzusteuern und in der Migrations- und Asylpolitik mit Vernunft und Weitblick zu agieren, statt mit naiver Gefühlsduselei.“<sup>124</sup>



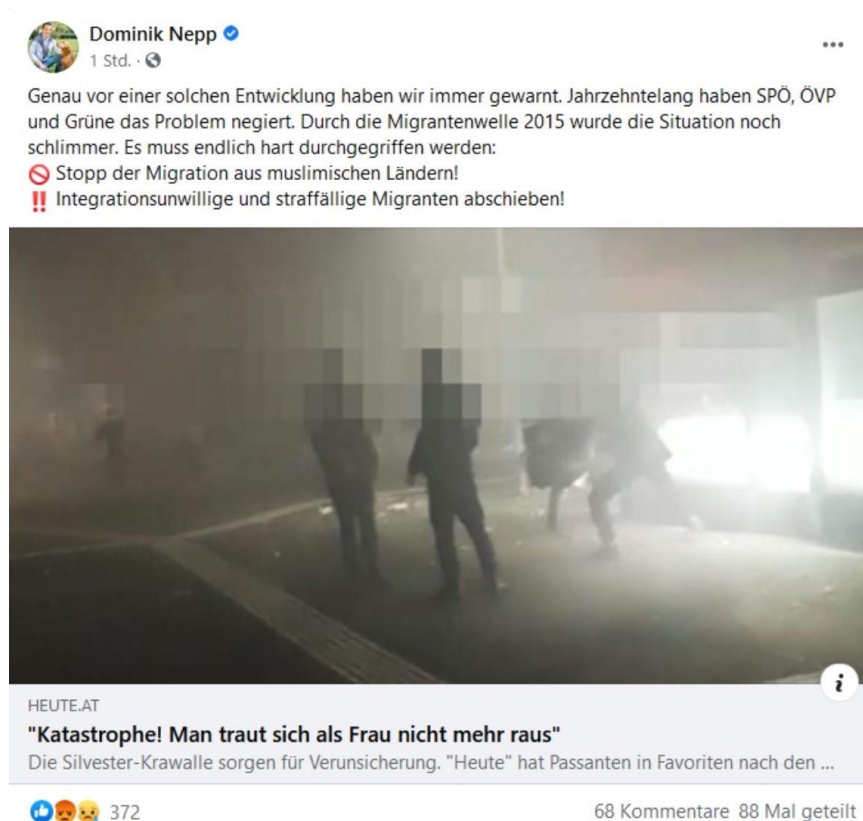
**Klassifizierung:** Der Linzer FPÖ-Stadtrat Raml markiert durch seine Bildwahl Menschen, die Kopftuch tragen, sprich: Musliminnen (und Muslime), als „Ausländer“ und als führend bei negativen Parametern wie Arbeitslosigkeit und Kriminalität. Durch die Kombination aus Text und der Bildwahl werden insbesondere Musliminnen (und Muslime) negativ markiert. Dadurch weist das Posting von Raml eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 9. Jänner

Der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp nimmt auf Facebook zu den Silvester-Vorfällen rund um den Wiener Reumannplatz Stellung. Er postet einen Medien-Artikel und schreibt dazu: „Genau vor einer solchen Entwicklung haben wir immer gewarnt. Jahrzehntlang haben SPÖ, ÖVP und Grüne das Problem negiert. Durch die Migrantenwelle 2015 wurde die Situation noch schlimmer. Es muss endlich hart durchgegriffen werden:  Stopp der Migration aus muslimischen Ländern!  Integrationsunwillige und straffällige Migranten abschieben!“<sup>125</sup>

<sup>124</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=2478663135763292&id=1499759610320321](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=2478663135763292&id=1499759610320321)

<sup>125</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=4916462351729705&id=135953609780627](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=4916462351729705&id=135953609780627)



**Klassifizierung:** Wiens FPÖ-Obmann Nepp läßt die Silvester-Vorfälle rund um den Reumannplatz (antimuslimisch) religiös auf. Die Erklärung von Migrant\*innen zu Bedrohungs- und Feindbildern, die, wenn sie aus „muslimischen Ländern kommen“, kollektiv vom weiteren Zugang nach Österreich ausgeschlossen werden sollen, ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

### 30. Jänner

Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek postet ein Bild mit einem Mann und einem Buben. Auf dem Bild steht: „Bedenkliche Entwicklung in Graz: Bereits 34 Prozent aller Volksschüler sind Moslems, gleich für 54 Prozent ist Deutsch eine Fremdsprache!“ Kunasek schreibt dazu: „Unsere heimische Kultur- und Werteordnung wird zusehends in den Hintergrund gedrängt. Diese Entwicklung ist das Ergebnis der jahrelangen verfehlten Migrations- und Zuwanderungspolitik von ÖVP, SPÖ und Grünen und wirkt sich zweifelsohne auch auf das Zusammenleben aus!“<sup>126</sup>

<sup>126</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=10158067738018282&id=66095458281](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10158067738018282&id=66095458281)



Kunasek verweist in seinem Facebook-Eintrag auf einen Webeintrag der FPÖ Steiermark. Dort ist zu lesen: „Mario Kunasek: Jeder dritte Volksschüler in Graz ist Muslim! Bereits 34 Prozent der Grazer Volksschüler, die den Religionsunterricht besuchen, sind islamischen Glaubens; römisch-katholischer Religionsunterricht ist weiter rückläufig. Steiermarkweit ist der Anteil muslimischer Schüler im Vergleich zum Vorjahr erneut leicht gestiegen, wie eine Anfrage der Freiheitlichen zur Religionszugehörigkeit steirischer Schüler an ÖVP-Bildungslandesrätin Juliane Bogner-Strauß ergab. Im aktuellen Schuljahr sind insgesamt 6.014 Kinder islamischen Glaubens, was einem Anteil von 8,33 Prozent entspricht. Die Anzahl der Schüler mit römisch-katholischem oder evangelischem Religionsbekenntnis ist hingegen weiter gesunken. In Graz zeichnet sich ein besonders prekäres Bild: Von insgesamt 8.445 Grazer Volksschülern nehmen im Schuljahr 2020/21 lediglich 3.822 und damit weniger als die Hälfte am römisch-katholischen Religionsunterricht teil. In der Landeshauptstadt sind bereits 34,3 Prozent aller Volksschüler, die den Religionsunterricht besuchen, Muslime. „Dass die Zahl muslimischer Kinder jährlich zunimmt, während der Anteil an Schülern mit römisch-katholischem Religionsbekenntnis immer weiter zurückgeht, ist erschreckend. Es steht außer Zweifel, dass die heimische Kultur- und Werteordnung damit zusehends in den Hintergrund gedrängt wird. Man kann sich vorstellen, dass wenn bereits jeder dritte Volksschüler in Graz Muslim ist, die österreichische Wertekultur einen kontinuierlich geringer werdenden Stellenwert einnimmt. Diese Entwicklung ist Ausfluss der jahrelangen verfehlten Migrations- und Zuwanderungspolitik rot-schwarz-grüner Verantwortungsträger und wirkt sich zweifelsohne auch auf das Zusammenleben aus“, so FPÖ-Landesparteioobmann Mario Kunasek, der in diesem Zusammenhang auch auf die außerordentlich hohe Zahl fremdsprachiger Kinder in steirischen Volksschulen verweist. Zuletzt zeigten aktuelle Daten des Bildungsressorts, dass im aktuellen Schuljahr für rund 22 Prozent aller Volksschüler in der Steiermark Deutsch nicht die Muttersprache, sondern eine Fremd- bzw. Zweitsprache ist. In manchen Grazer Volksschulen beträgt der Anteil an anderssprachigen Kindern sogar über 90 Prozent. Auch wenn das

Religionsbekenntnis nicht zwingend auf die Sprachkenntnis der Schüler schließen lässt, so ist es doch unbestritten, dass eine Vielzahl der muslimischen Kinder dem Regelunterricht nicht folgen kann. Im islamischen Religionsunterricht wird muslimischen Schülern darüber hinaus auch noch ein der christlich-abendländischen Wertekultur völlig konträres Weltbild und teils fundamentalistisches Gedankengut vermittelt. „Gegen den Verdacht, dass gewisse Islamlehrer muslimischen Schülern radikale Inhalte vermitteln, muss gerade angesichts der aktuellen Zahlen entschlossen vorgegangen werden“, verweist Kunasek auf die Ermittlungen gegen drei steirische Lehrkräfte im Zuge der jüngsten Razzien. „Der muslimische Glaube stellt zweifelsohne einen immer größeren Faktor in unserer Gesellschaft dar. Die heimische Wertevermittlung wird dadurch massiv gefährdet. Sollte es nicht gelingen, der voranschreitenden Islamisierung entgegenzuwirken, werden wir in Zukunft mit massiven Parallel- und Gegengesellschaften konfrontiert sein. Hier bedarf es jedenfalls wieder einer restriktiveren Zuwanderungspolitik, die unter der schwarz-grünen Koalition auf Bundesebene bedauerlicherweise nicht zu erwarten ist. Aber auch die schwarz-rote Landesregierung hat sich dieser gesellschaftlichen und bildungspolitischen Herausforderung bisher nicht angenommen. Eine zukunftsweisende Bildungs- und eine verantwortungsvolle Zuwanderungspolitik scheint der steirischen Koalition kein Anliegen zu sein“, so Kunasek abschließend.“<sup>127</sup>

27. Januar 2021

*Mario Kunasek:*

### Jeder dritte Volksschüler in Graz ist Muslim!



Bereits 34 Prozent der Grazer Volksschüler, die den Religionsunterricht besuchen, sind islamischen Glaubens; römisch-katholischer Religionsunterricht ist weiter rückläufig.

**Klassifizierung:** Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Kunasek skandalisiert die Anzahl der muslimischen Schüler\*innen an Volksschulen. Er bezeichnet die Zahl muslimischer Kinder als „erschreckend“ und erklärt muslimische Kinder kollektiv zu einer Bedrohung für „unsere heimische Kultur- und Werteordnung“. Kunasek wertet muslimische Kinder damit kollektiv ab und markiert sie kollektiv als „fremd“ und als Feindbild. Ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

<sup>127</sup> <https://www.fpoe-stmk.at/blog/detail/jeder-dritte-volksschueler-in-graz-ist-muslim?fbclid=IwAR1hldLI5MUmpL3kO0ztQBJ1i-wjuk7u-cR6Z1Yw4RR2seTc63b7KCF3C8U>

## 1. Februar 2021

Der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann postet ein Bild von einem Lehrer mit muslimischer Kopfbedeckung vor einer Schulklasse. Auf dem Bild steht: „Dubioses „interreligiöses Teamteaching“ trotz Verhaftung von fundamentalistischen Islamlehrern: ÖVP und Grüne machen steirische Schüler zu Versuchskaninchen und geben 400.000 Euro aus, um christlich-islamischen Unterricht zu ermöglichen!“ Dazu schreibt Hermann: „Wir brauchen hier keine weitere [#Ausbreitung](#) muslimischer Religionsansichten, sondern vielmehr eine strikte und konsequente [#Kontrolle](#) des stattfindenden Unterrichts! 🙌 Wir werden auch eine Anfrage an ÖVP-Bildungslandesrätin Bogner-Strauß einbringen, an welchen Schulen dieser gemeinsame Unterricht stattfinden soll und ob die Erziehungsberechtigten eingebunden sind oder heimische Schüler [#zwangsbeglückt](#) werden! 🙌🙌“<sup>128</sup>



Stefan Hermann 🙌 fühlt sich verwundert.  
17 Std. · 🌐

Wir brauchen hier keine weitere [#Ausbreitung](#) muslimischer Religionsansichten, sondern vielmehr eine strikte und konsequente [#Kontrolle](#) des stattfindenden Unterrichts! 🙌  
Wir werden auch eine Anfrage an ÖVP-Bildungslandesrätin Bogner-Strauß einbringen, an welchen Schulen dieser gemeinsame Unterricht stattfinden soll und ob die Erziehungsberechtigten eingebunden sind oder heimische Schüler [#zwangsbeglückt](#) werden! 🙌🙌

<https://www.fpoe-stmk.at/.../freiheitliche-sehen...>



### Dubioses „interreligiöses Teamteaching“ trotz Verhaftung von fundamentalistischen Islamlehrern:

ÖVP und Grüne machen steirische Schüler zu Versuchskaninchen und geben 400.000 Euro aus, um christlich-islamischen Unterricht zu ermöglichen!

 Stefan HERMANN

  /hermann.fpoe

Auch auf der Webseite der FPÖ Steiermark kritisiert Hermann das interreligiöse Unterrichtsprojekt: „Freiheitliche sehen christlich-islamisches Team-Teaching sehr kritisch! Freiheitliche kritisieren interreligiöses Unterrichtsprojekt – Anfrage an Bildungslandesrätin Bogner-Strauß angekündigt. Im Rahmen einer APA-Meldung wurde heute bekannt, dass in der Steiermark muslimische und katholische Kinder für einige Schulstunden von ihren jeweiligen Religionslehrern gemeinsam unterrichtet werden sollen. Dieses Vorhaben wird von der Uni Graz initiiert. Aus freiheitlicher Sicht ist dieser, von den Projektinitiatoren als interreligiöser

<sup>128</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=766311420664762&id=153398965289347](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=766311420664762&id=153398965289347)

Austausch bezeichnete Unterricht, kritisch zu sehen. In der Pressemitteilung wird auch nicht darauf eingegangen, ob die Eltern im Vorfeld der jeweiligen Unterrichtseinheiten entsprechend informiert werden und ob ihre Zustimmung eingeholt wird. „Die Vermittlung muslimisch-religiöser Ansichten an heimische Kinder sollte man sich genau ansehen. Die Eltern müssen vorab informiert werden. Die FPÖ steht diesem Projekt jedenfalls sehr kritisch gegenüber. Die Steuergelder in Höhe von 400.000 Euro für diese Aktion könnten in anderen Bereichen zweifelsohne wesentlich sinnvoller eingesetzt werden“, so FPÖ-Bildungssprecher LAbg. Stefan Hermann.<sup>129</sup>

Bei dem von Hermann angesprochenen interreligiösen Projekt der Universität Graz handelt es sich um das vom FWF-Fonds geförderte Projekt „Christlich-Islamischer Religionsunterricht im Teamteaching. Evidenzbasierte Entwicklung lokaler Theorien zu einer Didaktik religionskooperativer Lehr-/Lernprozesse“. Laut Projektbeschreibung wird im Rahmen des Projekts „ein Unterrichtsetting entwickelt, das den konfessionellen Religionsunterricht um interreligiöse Zusammenarbeit erweitert: Katholische und muslimische SchülerInnen werden für einige Unterrichtseinheiten von ihren jeweiligen ReligionslehrerInnen gemeinsam unterrichtet – in Form eines Christlich-Islamischen Teamteachings in geteilter Verantwortung“.<sup>130</sup>

Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek teilt das Facebook-Posting von Stefan Hermann zustimmend und schreibt: „Unser Bildungssprecher Stefan Hermann wird eine Anfrage an die zuständige ÖVP stellen, warum in Zeiten einer Massenarbeitslosigkeit 400.000 Euro für dieses Projekt ausgegeben werden!“<sup>131</sup>

**Klassifizierung:** Der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann skandalisiert ein interreligiöses christlich-muslimisches Teamteaching-Projekt der Universität Graz. Er bringt das Projekt mit „fundamentalistischen Islamlehrern“ in Verbindung und er kritisiert die „weitere Ausbreitung muslimischer Religionsansichten“. Er spricht darüber hinaus von einer möglichen „Zwangsbeglückung heimischer Schüler“. Durch die pauschale Abwertung „muslimischer Religionsansichten“, für die es laut Hermann „hier keine weitere Ausbreitung braucht“, weist das Posting von Hermann, das vom steirischen FPÖ-Obmann Kunasek zustimmend geteilt wird, eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 15. Februar

Der FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz schreibt in einer Presseaussendung: „Lockdown soll bis Ramadan dauern - bis dahin ist unsere Gastronomie am Ende. ÖVP und Grüne planen eine Verlängerung des Lockdowns bis Ramadan. Die Dauer des Lockdowns vom Ramadan abhängig zu machen, entbehrt jeglicher Grundlage und Evidenz. Ein Ende des Lockdowns muss nämlich alle zehn Tage geprüft und darf nicht vom Fastenbrechen beeinflusst werden. [...] Ähnlich zum Vorjahr knickt Kanzler Kurz vor dem Islam in die Knie. Bis dahin wird unser Land ruiniert. Die zusätzlichen Wochen werden der Tod vieler Betriebe – vor allem in der

<sup>129</sup> <https://www.fpoe-stmk.at/blog/detail/freiheitliche-sehen-christlich-islamisches-team-teaching-sehr-kritisch?fbclid=IwAR1305392PQD56NFK05DceikodGYHUepJJQtabJ47bqfmpLZQs3NGAU5DOM>

<sup>130</sup> <https://interreligioese-bildung.uni-graz.at/de/neuigkeiten/detail/article/fwf-projekt-christlich-islamischer-religionsunterricht-im-teamteaching-genehmigt/>

<sup>131</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=10158074047583282&id=66095458281](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10158074047583282&id=66095458281)



Gastronomie – sein. Aber anscheinend ist dem Kanzler das muslimische Fastenbrechen wichtiger, als unsere komplette Wirtschaft.“<sup>132</sup>

## **FPÖ – Schnedlitz: Lockdown soll bis Ramadan dauern - bis dahin ist unsere Gastronomie am Ende**

*Wien (OTS) - „ÖVP und Grüne planen eine Verlängerung des Lockdowns bis Ramadan. Die Dauer des Lockdowns vom Ramadan abhängig zu machen, entbehrt jeglicher Grundlage und Evidenz. Ein Ende des Lockdowns muss nämlich alle zehn Tage geprüft und darf nicht vom Fastenbrechen beeinflusst werden“, so der freiheitliche Generalsekretär NAbg. Michael Schnedlitz, der bereits jetzt keine Grundlage für einen weiteren Lockdown sieht.*

*„Ähnlich zum Vorjahr knickt Kanzler Kurz vor dem Islam in die Knie. Bis dahin wird unser Land ruiniert. Die zusätzlichen Wochen werden der Tod vieler Betriebe – vor allem in der Gastronomie – sein. Aber anscheinend ist dem Kanzler das muslimische Fastenbrechen wichtiger, als unsere komplette Wirtschaft“, so Schnedlitz, der die Bundesregierung zum sofortigen Ende des evidenzbefreiten Lockdowns aufforderte.*

*„Unsere Gastronomen haben schon seit letztem Jahr Maßnahmen und Konzepte auf dem Tisch, wie sie ihre Betriebe sicher, aber ohne zu große Schikanen, öffnen und weiterführen können. Damit sind unsere Unternehmer den Herren Kurz, Anschöber und Co. um Meilen voraus. Die Regierung hat außer ‚Zusperren und Schikanieren‘ bis heute noch nichts geliefert“, betonte der FPÖ-Generalsekretär.*

**Klassifizierung:** FPÖ-Generalsekretär Schnedlitz setzt die in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie von der FPÖ gestartete Ramadan-Verschwörungskampagne fort. Fakt ist jedoch: Es ist in Österreich kein Zusammenhang zwischen Lockdowns und islamischen Feiertagen feststellbar. Der Lockdown im Frühling 2021 endete nicht mit Beginn des Ramadan, sondern wurde im April sogar weiter verschärft. Die Verschärfungen wurden in Wien und Niederösterreich erst Anfang Mai gelockert. Weitreichende gesamtösterreichische Lockerungen gab es erst mit 19. Mai 2021.<sup>133</sup> Schnedlitz stellt, entgegen der Faktenlage, eine Verbindung zwischen den Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung und dem Beginn des Ramadan her. Und er schreibt, dass der Kanzler „vor dem Islam in die Knie geht“ und dass „dem Kanzler anscheinend das muslimische Fastenbrechen wichtiger ist, als unsere komplette Wirtschaft“. Schnedlitz schürt Neid gegen Muslim\*innen, indem er andeutet, diese würden privilegiert behandelt. Er schürt Hass gegen Muslim\*innen, wenn er schreibt, dass dem muslimischen Fastenbrechen „unsere komplette Wirtschaft“ geopfert, „unser Land ruiniert“ und Betriebe in den „Tod“ getrieben werden. Die Verschwörungsgeschichte, die ohne jegliche Faktengrundlage Neid und Hass gegen Muslim\*innen schürt, ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

---

<sup>132</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210215\\_OTS0130/fpoe-schnedlitz-lockdown-soll-bis-ramadan-dauern-bis-dahin-ist-unsere-gastronomie-am-ende](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210215_OTS0130/fpoe-schnedlitz-lockdown-soll-bis-ramadan-dauern-bis-dahin-ist-unsere-gastronomie-am-ende)

<sup>133</sup> [https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6056751/Lockdowns-und-Lockerungen\\_Chronologie-der-Pandemie](https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/6056751/Lockdowns-und-Lockerungen_Chronologie-der-Pandemie)

## 15. Februar

Der FPÖ-Bezirksparteiobmann in Wien Mariahilf, Leo Kohlbauer, postet einen Artikel über die Verlängerung des Lockdowns. Er schreibt dazu: „Rechtzeitig zum Ramadan sperrt dann alles wieder auf...“<sup>134</sup>



**Klassifizierung:** FPÖ-Bezirksparteiobmann Kohlbauer setzt die in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie von der FPÖ gestartete Ramadan-Verschwörungskampagne fort. Kohlbauer stellt, entgegen der Faktenlage, eine Verbindung zwischen den Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung und dem Beginn des Ramadan her. Die antimuslimische Verschwörungskampagne der FPÖ, die ohne jegliche Faktengrundlage Neid (und teilweise auch Hass) gegen Muslim\*innen schürt, ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

## 16. Februar

Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek kritisiert auf Facebook die „extrem hohe Anzahl fremdsprachiger Volksschüler“. Er schreibt: „Unsere heimische Kultur- und Werteordnung wird zusehends in den Hintergrund gedrängt. Diese Entwicklung ist das Ergebnis der jahrelangen verfehlten Migrations- und Zuwanderungspolitik von ÖVP, SPÖ und Grünen und wirkt sich zweifelsohne auch auf das Zusammenleben aus! 🇮🇲🇵🇸🇳🇵“<sup>135</sup> Dazu postet Kunasek einen Link zu einem Artikel auf der FPÖ Steiermark-Webseite mit dem Titel „Mario Kunasek: Jeder dritte Volksschüler in Graz ist Muslim!“

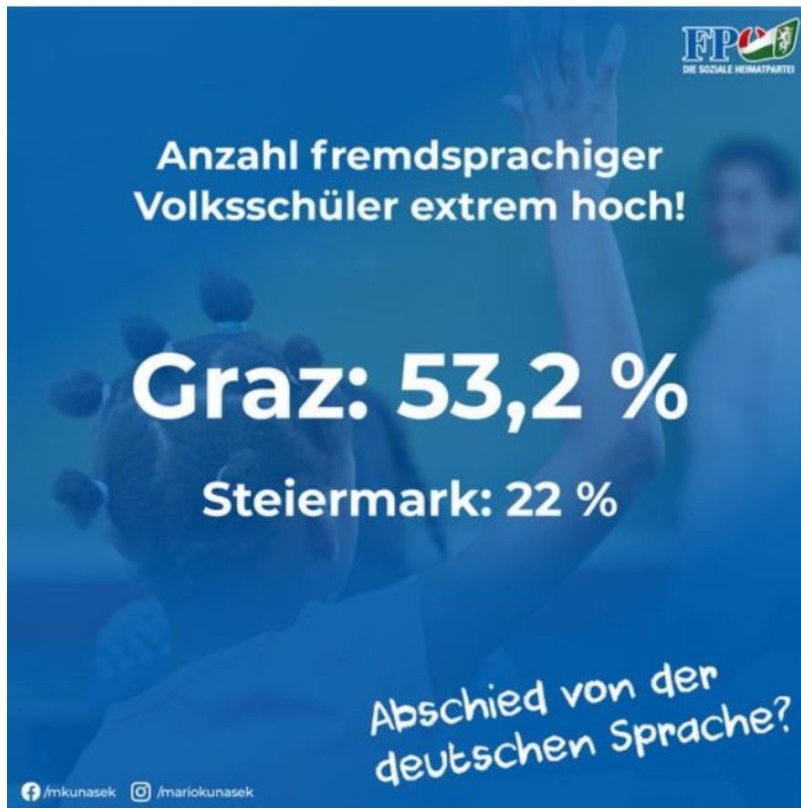
<sup>134</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=5094154510656241&id=2823810591023989](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=5094154510656241&id=2823810591023989)

<sup>135</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=10158110714563282&id=66095458281](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10158110714563282&id=66095458281)



Mario Kunasek 🤔 fühlt sich nachdenklich.  
2 Std. · 🌐

Unsere heimische Kultur- und Werteordnung wird zusehends in den Hintergrund gedrängt. Diese Entwicklung ist das Ergebnis der jahrelangen verfehlten Migrations- und Zuwanderungspolitik von ÖVP, SPÖ und Grünen und wirkt sich zweifelsohne auch auf das Zusammenleben aus! 🙄🙄  
📄 <https://www.fpoe-stmk.at/.../jeder-dritte-volksschueler...>



**Klassifizierung:** Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek erklärt die Anzahl von Volksschüler\*innen, die nicht Deutsch als Erstsprache haben, zur Bedrohung für „unsere heimische Kultur- und Werteordnung“. Dazu verlinkt Kunasek einen Artikel auf der FPÖ-Webseite, in welchem er skandalisiert, dass „jeder dritte Volksschüler in Graz Muslim ist“. Kunasek verknüpft damit das von ihm gezeichnete Bedrohungsbild direkt mit muslimischen Schüler\*innen. Er unterstreicht die antimuslimische Ausrichtung seines Kommentars, indem er am Ende seines Postingtextes einen Moschee-Icon eingeflochten hat, mit einem daran anschließenden „Daumen nach unten“-Icon. Die Reduktion und Fokussierung des Phänomens „nichtdeutsche Erstsprache“ auf Muslim\*innen und die pauschale Abstempelung muslimischer Schüler\*innen als „Fremde“ und als Bedrohung für die „Kultur- und Werteordnung“ ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

## 16. Februar

Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek postet auf Facebook ein Bild von betenden Muslim\*innen. Auf dem Bild steht „Pünktliches Ende des Lockdowns für Moslems dank ÖVP und Grünen? Kurz nach Ostern beginnt der Ramadan...“. Im Bild befindet sich ein Zeitungsausschnitt auf dem zu lesen ist, dass es „keine Lockerungen vor Ostern“ geben werde. Dazu schreibt Kunasek: „Das zweite Jahr hintereinander wird den Österreichern dank ÖVP und Grünen das gemeinsame Osterfest verboten! 🙄🚫🙄“<sup>136</sup>

<sup>136</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=10158111522338282&id=66095458281](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10158111522338282&id=66095458281)



Das Bild teilt auch der steirische Vizeklubobmann Stefan Hermann auf Facebook.

**Klassifizierung:** Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Kunasek und sein Vizeklubobmann Hermann bedienen einmal mehr die FPÖ-Verschwörungs- und Falschgeschichte, wonach sich die Lockdown-Maßnahmen der Bundesregierung an islamischen Feiertagen orientieren würden und wonach Muslim\*innen bevorzugt von der Politik behandelt würden. Kunasek und Hermann versuchen, Christ\*innen und Muslim\*innen gegeneinander auszuspielen und Neid gegen Muslim\*innen zu schüren. Ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

## 16. Februar

Der steirische Vizeklubobmann Stefan Hermann teilt auf Facebook einen Artikel eines FPÖ-nahen Mediums. Im Artikel geht es um Kindergeldzahlungen an Kinder, die nicht in Österreich leben. In den Artikel eingeflochten ist ein Bild von zwei Frauen, die Kopftuch tragen. Dieses Bild wird auch im Posting von Hermann angezeigt. Hermann schreibt dazu: „Unfassbar, obwohl wir jeden Cent für unsere arbeitslosen [#Steirer](#) benötigen würden, verschleuderten ÖVP und Grüne 187 Millionen Euro an [#Kindergeld](#) ins [#Ausland](#)... 🇺🇦🔥 132.000 ausländische

Kinder in Ungarn, Rumänien oder etwa Polen bekommen damit massenhaft österreichisches [#Steuergeld...](#) 🙄<sup>137</sup>



**Klassifizierung:** Der steirische Vizeklubobmann Hermann teilt einen Artikel, der durch die Bildwahl Kindergeldzahlungen an Eltern, die in Österreich arbeiten, aber deren Kinder nicht in Österreich leben, mit Muslim\*innen verknüpft. Hermann spricht davon, dass das Kindergeld „verschleudert“ würde. Er nennt Ungarn, Rumänien und Polen als Beispiel für Länder, in die Zahlungen fließen. Doch das sind allesamt Länder für die Frauen mit Kopftuch, wie sie am Bild des Postings abgebildet sind, nicht repräsentativ sind. Durch die irreführende Bildwahl des Artikels weist das Posting eine antimuslimisch-rassistische Tendenz auf, die Muslim\*innen zu Sündenböcken dafür macht, dass Geld „für unsere arbeitslosen Steirer“ fehlen würde. Erst nachträglich wurde das Bild dann von der Medienseite geändert.

## 18. Februar

Der steirische Vizeklubobmann Stefan Hermann teilt auf Facebook einen Artikel eines FPÖ-nahen Mediums. Der Artikel behauptet, entgegen der Tatsachen, dass Lockdowns „stets pünktlich zu Moslem-Feiertagen enden“ würden. Der Artikel stellt die Frage, ob es eine „Corona-Verschwörung gegen christliche Feiertage“ gebe.<sup>138</sup> Hermann kommentiert den von ihm geteilten antimuslimischen Verschwörungsartikel mit den Worten: „Sicher nur ein [#Zufall](#), oder was sagen ÖVP und Grüne dazu...? 🙄“<sup>139</sup>

<sup>137</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=775249256437645&id=153398965289347](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=775249256437645&id=153398965289347)

<sup>138</sup> [https://www.unzensuriert.at/content/123945-corona-verschwörung-gegen-christliche-feiertage/?fbclid=IwAR1xD8KBzQKV3Tp\\_mxBoi735190EMOu5KI-Z7R8FyRKRg-j0VHyFvMXFMOg](https://www.unzensuriert.at/content/123945-corona-verschwörung-gegen-christliche-feiertage/?fbclid=IwAR1xD8KBzQKV3Tp_mxBoi735190EMOu5KI-Z7R8FyRKRg-j0VHyFvMXFMOg)

<sup>139</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=776466836315887&id=153398965289347](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=776466836315887&id=153398965289347)



Im Artikel werden umstrittene Nachrichtenportale und die Presseaussendung von FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz vom 15. Februar zitiert: „Ähnlich zum Vorjahr knickt Kanzler Kurz vor dem Islam in die Knie. Bis dahin wird unser Land ruiniert. Die zusätzlichen Wochen werden der Tod vieler Betriebe – vor allem in der Gastronomie – sein. Aber anscheinend ist dem Kanzler das moslemische Fastenbrechen wichtiger als unsere komplette Wirtschaft. [...] ÖVP und Grüne planen eine Verlängerung des “Lockdown” bis Ramadan. Die Dauer des “Lockdown” vom Ramadan abhängig zu machen, entbehrt jeglicher Grundlage und Evidenz. Ein Ende des Zusperrens muss nämlich alle zehn Tage geprüft und darf nicht vom Fastenbrechen beeinflusst werden.“<sup>140</sup>

**Klassifizierung:** Der steirische Vizklubobmann Hermann beteiligt sich einmal mehr an antimuslimischen Verschwörungs- und Falschgeschichten der FPÖ. Er verbreitet einen Artikel, der, entgegen der Faktenlage, eine Verbindung zwischen den Maßnahmen zur Pandemie-Eindämmung und muslimischen Feiertagen herstellt – und damit Neid gegen Muslim\*innen schürt. Ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

## 21. Februar 2021

Der Linzer FPÖ-Stadtrat Michael Raml postet aus Anlass des internationalen Tages der Muttersprachen ein Bild mit zwei jungen Frauen mit Schulrucksack, die Kopftuch tragen. Auf dem Bild steht: „„Tag der Muttersprache“: Deutsch sprechen am Pausenhof!“ Das gleiche Foto einer Fotoagentur war von Raml bereits 2019 verwendet worden, als er skandalisierte, dass muslimische Schüler\*innen Anspruch auf bis zu vier zusätzliche Feiertage hätten.<sup>141</sup> Auf der Seite der Fotoagentur steht als Begleittext zum Foto: „Group of muslim women having a great time“.<sup>142</sup> Raml schreibt: „Heute ist der internationale Tag der Muttersprache. Mehr als ein

<sup>140</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210215\\_OTS0130/fpoe-schnedlitz-lockdown-soll-bis-ramadan-dauern-bis-dahin-ist-unsere-gastronomie-am-ende](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210215_OTS0130/fpoe-schnedlitz-lockdown-soll-bis-ramadan-dauern-bis-dahin-ist-unsere-gastronomie-am-ende)

<sup>141</sup> <https://www.facebook.com/1499759610320321/photos/pb.100044535815181.-2207520000../2051554808474129/?type=3>

<sup>142</sup> <https://www.istockphoto.com/de/foto/gruppe-von-muslimischen-frauen-die-eine-gro%C3%9Fartige-zeit-gm868871702-144952229>

Viertel der Schüler in Österreich sprechen eine andere Umgangssprache als Deutsch, in Wien sind es sogar mehr als die Hälfte. Der Integrationsbericht 2020 zeigt, dass zwei Drittel der Kinder mit Migrationshintergrund die Bildungsstandards im Lesen nicht erreichen. Deutsch muss als Schulsprache verpflichtend verankert werden. Für eine funktionierende Gesellschaft ist eine gemeinsame Sprache unverzichtbar.“<sup>143</sup>



**Klassifizierung:** Der Linzer FPÖ-Stadtrat Raml verknüpft durch die Auswahl eines Agenturfotos, das Musliminnen mit Kopftuch zeigt, das Tragen von Kopftüchern mit „anderen Umgangssprachen als Deutsch“ und dem „Nichterreichen von Bildungsstandards“. Das Foto und der Begleittext zum ausgewählten Agenturfoto legen nahe, dass gezielt ein Bild mit muslimischen Frauen gesucht wurde, um Schüler\*innen zu bebildern, deren Umgangssprache bzw. deren Leseleistung pauschal in ein negatives Licht gerückt werden. Durch das Zusammenspiel aus Text und ausgewähltem Bild ist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz erkennbar.

## 21. Februar 2021

Der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Markus Hein postet aus Anlass des internationalen Tages der Muttersprachen ein Bild mit zwei Frauen, die Kopftuch tragen. Auf dem Bild steht: „Tag der Muttersprachen“: Deutsch sprechen am Pausenhof!“ Hein schreibt: „Heute ist der internationale Tag der Muttersprache. Mehr als ein Viertel der Schüler in Österreich sprechen

<sup>143</sup> <https://www.facebook.com/1499759610320321/photos/pb.100044535815181.-2207520000../2504539649842307/?type=3>

eine andere Umgangssprache als Deutsch, in Wien sind es sogar mehr als die Hälfte. Linz steht auch nicht viel besser da. Der Integrationsbericht 2020 zeigt, dass zwei Drittel der Kinder mit Migrationshintergrund die Bildungsstandards im Lesen nicht erreichen. Deutsch muss als Schulsprache verpflichtend verankert werden. Für eine funktionierende Gesellschaft ist eine gemeinsame Sprache unverzichtbar.“<sup>144</sup>



**Klassifizierung:** Der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Hein verknüpft durch die Auswahl eines Fotos, das zwei Musliminnen mit Kopftuch zeigt, das Tragen von Kopftüchern mit „anderen Umgangssprachen als Deutsch“ und dem „Nichterreichen von Bildungsstandards“. Das ausgewählte Foto legt nahe, dass gezielt ein Bild mit muslimischen Frauen gesucht wurde, um Schüler\*innen zu bebildern, deren Umgangssprache bzw. deren Leseleistung pauschal in ein negatives Licht gerückt werden. Durch das Zusammenspiel aus Text und ausgewähltem Bild ist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz erkennbar.

### 11. März

Der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Markus Hein postet ein Agenturfoto, das ein Kind mit Kopftuch in Großaufnahme zeigt. Auf der Seite der Fotoagentur steht als Bildbeschreibung: „A Middle-eastern girl is sitting on the floor in her elementary school classroom. She is playing with blocks, and smiling at the camera while building towers.“<sup>145</sup> Im Bild, das Hein postet,

<sup>144</sup> <https://www.facebook.com/624525897689879/photos/pb.100044424279812.-2207520000../2078770855598702/?type=3>

<sup>145</sup> <https://www.istockphoto.com/de/foto/m%C3%A4dchen-spielen-mit-bl%C3%B6cken-gm1005839572-271513876>



steht: „Linzr Kindergärten: 2/3 der Kinder haben Deutsch nicht als Muttersprache!“ Dazu schreibt Hein: „Nur 36 Prozent aller Kindergartenkinder in Linz wachsen mit Deutsch als Muttersprache auf. Die Verfehlungen der türkis-grünen Zuwanderungspolitik der letzten Jahre haben zu massiven gesellschaftlichen und bildungspolitischen Problemen geführt. Auch die Millionen Euro Steuergelder, die für Bildung und Sprachenförderung eingesetzt wurden, zeigten keinen maßgeblichen Erfolg. Die Massenzuwanderung bringt unser Bildungssystem hart an seine Grenzen. Das Erlernen der deutschen Sprache muss für ein funktionierendes Gesellschaftsleben die oberste Priorität haben!“<sup>146</sup>



**Klassifizierung:** Der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Hein wählt ein Agenturfoto von einem Schulkind, das Kopftuch trägt, aus, um das Thema der „Muttersprache“ von Kindergartenkindern anzusprechen. Durch die Bildwahl werden „Zuwanderung“, „Kindergartenkinder mit Migrationshintergrund“, „massive gesellschaftliche und bildungspolitische Probleme“, „nichtdeutsche Muttersprache“ und „Millionen Euro Steuergelder, die keinen maßgeblichen Erfolg zeigten“ mit Kindern, die Kopftuch tragen, verbunden. Entgegen der Realität wird die winzige Minderheit an Kindergartenkindern, die in Österreich Kopftuch trägt, als stellvertretend für „Kindergartenkinder mit Migrationshintergrund“ präsentiert. Die Kombination aus Text und Bild weist bei Hein durch die alleinige Fokussierung auf ein Kind, das Kopftuch trägt, eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

<sup>146</sup> <https://www.facebook.com/624525897689879/photos/pb.100044424279812.-2207520000../2093251097484011/?type=3>

## 25. März 2021

Die niederösterreichische Landtagsabgeordnete Vesna Schuster postet auf Facebook folgenden Text: „Zutrittstests für den Handel bis 11. April. So ein Zufall aber auch! Was beginnt denn am 12. April??? Ich frage nur!“. In einem Kommentar unter ihrem Posting bestätigt Schuster dass sie mit ihrem Text darauf anspielen will, dass am 13. April der Ramadan anfängt.



**Klassifizierung:** Schuster bedient die von der FPÖ immer wieder ins Spiel gebrachte Ramadan-Verschwörungsgeschichte, wonach sich die österreichische Politik bei ihren Anti-Corona-Maßnahmen an muslimischen Feiertagen orientieren und Muslim\*innen bevorzugt behandeln würde. Diese Falschgeschichte ist ein klarer Fall von antimuslimisch-rassistischer Neid-, Ausgrenzungs- und Feindbildrhetorik.

## 28. März

Der steirische Vizeklubobmann Stefan Hermann postet einen Artikel über einen Polizeieinsatz bei einer Moschee, bei dem es um die Nichteinhaltung der Corona-Regeln gegangen sein soll. Dazu schreibt Hermann: „Den Österreichern wird zum zweiten Mal hintereinander das [#Osterfest](#) verboten, während andere es scheinbar nicht so genau nehmen mit den Regeln... 😡“<sup>147</sup>

<sup>147</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=799189357376968&id=153398965289347](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=799189357376968&id=153398965289347)



**Klassifizierung:** Mit seinem Posting markiert der steirische Vizeklubobmann Hermann Muslim\*innen kollektiv als „andere“ bzw. Nichtösterreicher\*innen. Er unterstellt Muslim\*innen, dass sie es „nicht so genau nehmen mit den Regeln“. Hermann interessieren in diversen Postings keine Corona-Regelverstöße von anderen Religionen, er thematisiert ausschließlich mutmaßliche Regelverstöße in Zusammenhang mit Corona und Religion, wenn es sich um Muslim\*innen handelt. Das Posting, das Muslim\*innen kollektiv zu „anderen“ erklärt, ist klar erkenntlich Teil der antimuslimisch-rassistischen Kampagne, die Hermann und andere in der steirischen FPÖ betreiben.

### 13. April

Der steirische Vizeklubobmann Stefan Hermann postet auf Facebook eine Bild von betenden Muslim\*innen und die auf Twitter veröffentlichten Ramadan-Feiertagsgrüße des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers, des Vizekanzlers und der Obfrau der größten Oppositionspartei. Im Bild steht der Text: „ÖVP, SPÖ und Grüne zeigen, was ihnen wirklich wichtig ist...“. Hermann schreibt dazu in seinem Posting: „Interessant, was ÖVP, SPÖ und Grünen in einer der größten Krisen der Zweiten Republik wichtig ist...“<sup>148</sup>

<sup>148</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=808433169785920&id=153398965289347](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=808433169785920&id=153398965289347)

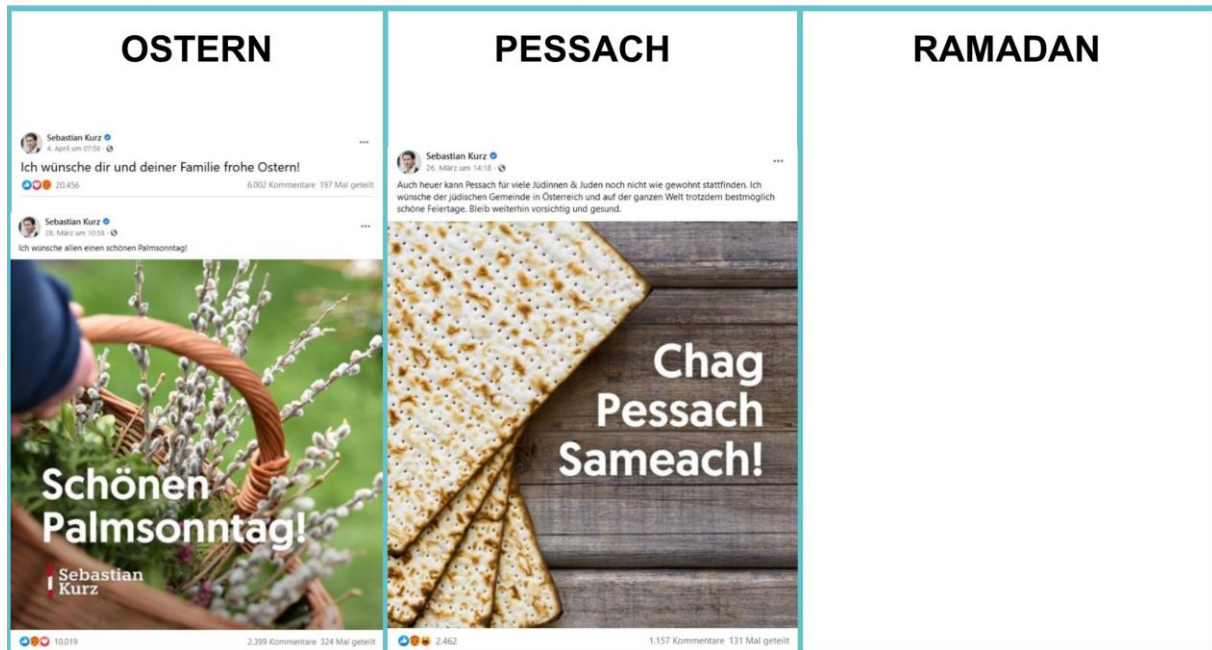


**Klassifizierung:** Der steirische Vizeklubobmann Hermann zeigt sich „verwundert“ darüber, dass die Spitzen der Republik und der Opposition Muslim\*innen auf Twitter Feiertagsgrüße ausrichten. Er bringt das in Zusammenhang mit der Corona-Krise und deutet an, dass sich Spitzenpolitiker\*innen für so etwas aus seiner Sicht Unwichtiges wie Feiertagsgrüße an Muslim\*innen nicht Zeit nehmen sollten. Hermann selbst postet immer wieder Feiertagsgrüße zu christlichen Feiertagen. Sein Posting wertet Muslim\*innen als unwichtigen Teil der Bevölkerung ab und weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

### 13. April

Während die Spitzen der Republik von der FPÖ dafür kritisiert werden, dass sie Muslim\*innen auf Twitter Feiertagsgrüße zukommen lassen, sind ebendiese politischen Spitzen teilweise sehr selektiv was Feiertagsgrüße betrifft. Der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz veröffentlicht Feiertagsgrüße an Muslim\*innen ausschließlich auf Twitter, nicht aber auf Facebook. Das ist insofern bemerkenswert als Facebook zu diesem Zeitpunkt der zentrale Social Media Kanal für die Kommunikation mit seiner Anhängerschaft ist, während er auf Twitter eine deutlich geringere Zahl an Follower\*innen hat. Was Feiertagsgrüße an andere Religionsgemeinschaften betrifft, so macht Kurz sonst keine signifikante Unterscheidung zwischen Twitter und Facebook. Lediglich bei Muslim\*innen wird auf dem Haupt-Social-Media-Kommunikationskanal auf Feiertagsgrüße verzichtet.

## Feiertagsgrüße des Bundeskanzlers auf Facebook



**Klassifizierung:** Der damalige Bundeskanzler Kurz richtet Muslim\*innen auf Facebook im Jahr 2021 keine Feiertagsgrüße aus, während er anderen Religionsgemeinschaften dort sehr wohl Feiertagsgrüße ausrichtet. Diese offenkundige Ungleichbehandlung von Religionen und die gezielte Nichtadressierung der muslimischen Bevölkerung Österreichs auf Facebook durch den Bundeskanzler weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

### 14. April

Der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp postet einen Medienartikel, in dem es um die Wiederöffnung einer unter Radikalismusverdacht stehenden Moschee durch die Islamische Glaubensgemeinschaft (IGGÖ) geht. Nach dem Attentat in Wien am 2. November 2020 hatte die IGGÖ dieser Moschee die Rechtspersönlichkeit entzogen, weil dort der Attentäter verkehrt hatte. Am 10. April 2021 wurde von der IGGÖ bekanntgegeben, dass ihr internes Schiedsgericht entschieden habe, dass die Moschee wieder öffnen könne, weil „für diese Vorwürfe [dass von der Moschee eine akute Gefahr ausgehe, Anm.] keine Beweise erbracht worden seien“.<sup>149</sup> Nepp schreibt dazu: „Es sieht ganz danach aus, dass sich die IGGÖ mit ihren Radikalisierungstendenzen nicht mehr auf dem Boden des Rechtsstaates befindet. Mit solchen Organisationen kooperiert man nicht, sondern man löst sie auf!“<sup>150</sup>

<sup>149</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210410\\_OTS0031/iggoe-ad-moscheeschliessung-schiedsgericht-ortet-mangelnde-begrueundung-durch-die-behoerden-rechtspersoenlichkeit-ist-wiederherzustellen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210410_OTS0031/iggoe-ad-moscheeschliessung-schiedsgericht-ortet-mangelnde-begrueundung-durch-die-behoerden-rechtspersoenlichkeit-ist-wiederherzustellen)

<sup>150</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=5361155720593697&id=135953609780627](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=5361155720593697&id=135953609780627)



Es sieht ganz danach aus, dass sich die IGGÖ mit ihren Radikalisierungstendenzen nicht mehr auf dem Boden des Rechtsstaates befindet. Mit solchen Organisationen kooperiert man nicht, sondern man löst sie auf!



EXXPRESS.AT

**Antisemitismus hat in Wien nichts verloren: Aufregung nach eXXpress-Enthüllung**  
 | Exxpress



13 Kommentare 43 Mal geteilt

**Klassifizierung:** Der Wiener FPÖ-Obmann Nepp nimmt eine von Teilen der Politik kritisierte Entscheidung der Islamischen Glaubensgemeinschaft zum Anlass, um die gänzliche Auflösung der offiziellen Vertretung der Muslim\*innen in Österreich zu fordern. Nepp spricht der IGGÖ ab, dass diese sich noch „auf dem Boden des Rechtsstaates befindet“. Nepp kündigt allerdings keine rechtsstaatlichen Mittel an, sondern fordert die politische Auflösung der Glaubensgemeinschaft. Dass ein Politiker aufgrund einer politisch umstrittenen Maßnahme einer offiziellen Glaubensgemeinschaft deren komplette Auflösung fordert, ist ein radikaler und ungewöhnlicher Schritt, den es von politischer Seite in Zusammenhang mit keiner anderen Glaubensgemeinschaft gibt oder gegeben hat. Die Forderung, den in Österreich lebenden Muslim\*innen ihre offizielle Vertretung durch Auflösung komplett zu entziehen, weist durch ihre beispiellose Radikalität eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

### 18. April

Die Wiener ÖVP-Landtagsabgeordnete und Integrationsprecherin der ÖVP Wien Caroline Hungerländer fordert in einer Presseaussendung: „Der Integrationsstadtrat sollte aus seiner Agonie erwachen und Maßnahmen gegen die Ausbreitung islamischer Infrastrukturen und des politischen Islam entwickeln.“<sup>151</sup>

**Klassifizierung:** Die Wiener ÖVP-Landtagsabgeordnete Hungerländer stellt mit ihrer pauschalen Forderung, „Maßnahmen gegen die Ausbreitung islamischer Infrastrukturen“ zu entwickeln, sämtliche „islamischen Infrastrukturen“ pauschal unter Bedrohungsverdacht und deutet darüber hinaus an, die Einschränkung der Religionsfreiheit für Muslim\*innen durch

<sup>151</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210418\\_OTS0032/schwarz hungerlaender-interview-von-frauenrechtlerin-ayaan-hirsi-ali-weckruf-fuer-stadtpolitik](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210418_OTS0032/schwarz hungerlaender-interview-von-frauenrechtlerin-ayaan-hirsi-ali-weckruf-fuer-stadtpolitik)

Verhinderung islamisch-religiöser Infrastrukturen zu befürworten. Ihre pauschale und undifferenzierte Aussage weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 25. April

Der Tiroler FPÖ-Obmann Markus Abwerzger teilt auf Facebook einen Medienartikel, in dem es um einen möglichen Zusammenhang zwischen Corona-Fällen und religiösen Festen geht, konkret den aktuellen Ramadan-Feierlichkeiten. Im Artikel ist davon die Rede, dass „viel spekuliert werde“, warum die Corona-Fälle jetzt ansteigen würden, und dass es „so gut wie keine handfesten Beweise gibt“. Aber einige Ärzt\*innen würden „hinter vorgehaltener Hand“ „den Ramadan“ als „einen der Hauptgründe für die steigenden Zahlen“ nennen.<sup>152</sup> Abwerzger schreibt als Begleittext zum Posting: „Im jetzigen Ramadan Monat der Muslime, haben die Tiroler Kliniken mit einem neuen Problem zu kämpfen.“<sup>153</sup>



**Klassifikation:** Der Tiroler FPÖ-Obmann Abwerzger bezeichnet Corona-Infektionen, die möglicherweise in Zusammenhang mit religiösen Festen stehen, als „neues Problem“. Den Ausgangspunkt dieses „neuen Problems“ ortet Abwerzger auf Basis eines Medienartikels „im jetzigen Ramadan Monat der Muslime“. Doch Fakt ist: Corona-Infektionen in Zusammenhang mit religiösen Festen und Veranstaltungen hat es zuvor vielfach in Österreich gegeben, bei unterschiedlichen Religionszugehörigkeiten. Dass Abwerzger das ausschließlich in Zusammenhang mit Muslim\*innen thematisiert und ausschließlich Muslim\*innen zum „neuen Problem“ für Kliniken erklärt, weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 25. April

In einer Presseaussendung der FPÖ Tirol fordert der Tiroler FPÖ-Obmanns Markus Abwerzger: „Die Polizei muss islamische Gebetstätten und Vereinslokale in Tirol rigoros überwachen, damit die Einhaltung der Pandemieregulungen garantiert werden kann.“ In der Aussendung ist weiters zu lesen: „Für den Tiroler FPÖ-Landesparteiobmann ist augenfällig, dass die Gesundheitsinformationen bzgl. dem Corona-Virus in Zuwanderkreisen wenig Beachtung

<sup>152</sup> <https://www.krone.at/2398252>

<sup>153</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=1923958771090951&id=190177211135791](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1923958771090951&id=190177211135791)

finden. Für den Tiroler FPÖ-Landesparteiohmann KO LAbg. Mag. Markus Abwerzger beweist die Meldung der Tiroler Kronenzeitung, dass die Zunahme der Infiziertenzahlen in Tirol mit dem Fastenmonat Ramadan in Zusammenhang steht, dass die Gesundheitsinformationen bzgl. dem Corona-Virus in Zuwanderkreisen wenig Beachtung finden. „Leider werden diese Fakten von amtlicher Seite gerne unter den Tisch gekehrt, aber mutige Mediziner trauen sich die Wahrheit zu sagen“, erläutert Mag. Abwerzger (sic!) in einer Aussendung. Er verweist auch darauf, dass die Muslime ja keine homogene Gruppe sind: „Andere halten sich sicherlich wohl an die Auflagen die anderen aber nicht“, konkretisiert Mag. Abwerzger, der auch die Tirol Kliniken in die Pflicht nimmt: „Man sollte immer das Religionsbekenntnis des Patienten in den Akt aufnehmen, das wäre sehr wichtig.“ Er fügt hinzu: „Die Polizei muss nun dringend islamische Gebetstätten und Vereinslokale in Tirol rigoros überwachen, damit die Einhaltung der Pandemieregulungen garantiert werden kann.“ Abschließend sieht er eine politische Ungleichbehandlung: „Warum werden diese Kreise immer mit Samthandschuhen angefasst. Ständig wird vor katholischen Feiertagen, wie beispielsweise Ostern, die Wichtigkeit der Einhaltung der Pandemiemaßnahmen betont, vom Bundespräsidenten über den Bundeskanzler bis hin zu LH Günther Platter. In der Zeit des Ramadans hört man kein Wort der Vorsicht. Das ist nicht verständlich.“<sup>154</sup>



## „Die Polizei muss islamische Gebetstätten und Vereinslokale in Tirol rigoros überwachen, damit die Einhaltung der Pandemieregulungen garantiert werden kann.“

25. April 2021 | FPÖ, Integration, Kunst & Kultur, Landespolitik, Migration, Presseaussendungen, Sport & Gesundheit, Tirol

**Für den Tiroler FPÖ-Landesparteiohmann ist augenfällig, dass die Gesundheitsinformationen bzgl. dem Corona-Virus in Zuwanderkreisen wenig Beachtung finden.**

Für den Tiroler FPÖ-Landesparteiohmann KO LAbg. Mag. Markus Abwerzger beweist die Meldung der Tiroler Kronenzeitung, dass die Zunahme der Infiziertenzahlen in Tirol mit dem Fastenmonat Ramadan in Zusammenhang steht, dass die Gesundheitsinformationen bzgl. dem Corona-Virus in Zuwanderkreisen wenig Beachtung finden. „Leider werden diese Fakten von amtlicher Seite gerne unter den Tisch gekehrt, aber mutige Mediziner trauen sich die Wahrheit zu sagen“, erläutert Mag. Abwerzger in einer Aussendung.

Er verweist auch darauf, dass die Muslime ja keine homogene Gruppe sind: „Andere halten sich sicherlich wohl an die Auflagen die anderen aber nicht“, konkretisiert Mag. Abwerzger, der auch die Tirol Kliniken in die Pflicht nimmt: „Man sollte immer das Religionsbekenntnis des Patienten in den Akt aufnehmen, das wäre sehr wichtig.“ Er fügt hinzu: „Die Polizei muss nun dringend islamische Gebetstätten und Vereinslokale in Tirol rigoros überwachen, damit die Einhaltung der Pandemieregulungen garantiert werden kann.“

Abschließend sieht er eine politische Ungleichbehandlung: „Warum werden diese Kreise immer mit Samthandschuhen angefasst. Ständig wird vor katholischen Feiertagen, wie beispielsweise Ostern, die Wichtigkeit der Einhaltung der Pandemiemaßnahmen betont, vom Bundespräsidenten über den Bundeskanzler bis hin zu LH Günther Platter. In der Zeit des Ramadans hört man kein Wort der Vorsicht. Das ist nicht verständlich.“

<sup>154</sup> <https://www.markus-abwerzger.at/2021/04/25/abwerzger-die-polizei-muss-islamische-gebetstaetten-und-vereinslokale-in-tirol-rigoros-ueberwachen-damit-die-einhaltung-der-pandemieregulungen-garantiert-werden-kann/>



**Klassifikation:** Der Tiroler FPÖ-Obmann Abwerzger fordert die „rigorose Überwachung“ ausschließlich „islamischer Gebetsstätten und Vereinslokale“ betreffend die Einhaltung von Pandemieregeln. Er fordert darüber hinaus, „immer das Religionsbekenntnis des Patienten in den Akt aufnehmen“. Weiters ortet Abwerzger eine „politische Ungleichbehandlung“ in dem Sinn, dass „diese [muslimischen, Anm.] Kreise immer mit Samthandschuhen angefasst“ würden, während vor katholischen Feiertagen „die Wichtigkeit der Einhaltung der Pandemiemaßnahmen betont“ würde. Weder davor noch danach hat Abwerzger Corona-Infektionen mit einer anderen Religionszugehörigkeit als der muslimischen verknüpft, obwohl jegliche religiösen Feste, bei denen Menschen zusammenkommen, eine potenzielle Risikoquelle darstellen und obwohl es Infektions-Cluster unterschiedlicher Religionszugehörigkeit gegeben hat. Abwerzger unterstellt Muslim\*innen darüber hinaus, sie würden „sanfter“ behandelt als Angehörige anderer Religionszugehörigkeiten. Die Aussagen von Abwerzger, die (ausschließlich) islamische Gebetsstätten und Vereinslokale zu Pandemie-Bedrohungen erklären und die Neid und Misstrauen gegen Muslim\*innen schüren und die Erhebung des Religionsbekenntnisses von Patient\*innen fordern, weisen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 26. April

Der Tiroler FPÖ-Obmann Markus Abwerzger postet einen Ausschnitt aus einer Zeitung mit einem Zitat von ihm. Das Zitat lautet: „Vor katholischen Feiertagen wird stets die Wichtigkeit der Einhaltung der Maßnahmen betont. Doch in der Zeit des Ramadans hört man kein einziges Wort der Vorsicht.“ Dazu schreibt Abwerzger in seinem Posting: „Das Messen mit zweierlei Maß ist unerträglich!“<sup>155</sup>



Markus Abwerzger  
26. April um 17:10 · 🌐

Das Messen mit zweierlei Maß ist unerträglich!

**„**

***Vor katholischen Feiertagen  
wird stets die Wichtigkeit  
der Einhaltung der  
Maßnahmen betont. Doch  
in der Zeit des Ramadans  
hört man kein  
einziges Wort  
der Vorsicht.***

Markus Abwerzger,  
Landesparteiobmann  
der Freiheitlichen

Foto: Christof Birbaumer

👍 1.606    💬 362 Kommentare    🔄 586 Mal geteilt

<sup>155</sup> <https://www.facebook.com/190177211135791/photos/pb.100044271377727.-2207520000../1924509037702591/?type=3>

**Klassifikation:** Der Tiroler FPÖ-Obmann Abwerzger behauptet, es gebe ein „Messen mit zweierlei Maß“ in Sachen Einhaltung von Corona Maßnahmen. Abwerzger stellt katholische und islamische Feiertage gegenüber und behauptet, es gebe zu islamischen Feiertagen „kein einziges Wort der Vorsicht“. Abwerzger versucht Christ\*innen und Muslim\*innen gegeneinander auszuspielen und erstere als benachteiligt darzustellen und sie damit gegen letztere aufzubringen. Abwerzger erwähnt nicht, dass die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) ihre Mitglieder im Rahmen der Pandemie mehrfach auf die Maßnahmen der Bundesregierung hingewiesen und Sicherheitskonzepte ausgearbeitet hat, so auch vor dem Beginn des Ramadan.<sup>156</sup> Abwerzger verschweigt darüber hinaus, dass Bundespräsident Alexander Van der Bellen in seiner Facebook-Ramadan-Grußbotschaft die Muslim\*innen in Österreich ausdrücklich darauf angesprochen hat, dass das Begehen der Feiertage „nur in sehr kleinem Rahmen“ möglich sei und es wichtig sei „physischen Abstand zu halten“.<sup>157</sup> Die Spaltungs- und Neidrhetorik von Abwerzger weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 26. April

Der Tiroler FPÖ-Obmann Markus Abwerzger postet ein Bild von betenden Muslim\*innen auf dem steht „Die Polizei muss islamische Gebetsstätten und Vereinslokale in Tirol rigoros überwachen, damit die Einhaltung der Pandemieregulungen garantiert werden kann.“ Dazu schreibt Abwerzger: „Wie die Kronenzeitung berichtete, beklagen Tiroler Mediziner, dass jetzt, in Zeiten des islamischen Fastenmonats Ramadan, auffällig viele Nicht-Österreicher als Corona-Patienten in die Krankenhäuser des Landes geliefert werden. Die Exekutive ist nun gefragt hier ebenfalls so rigoros vorzugehen, wie bei jeder Wohnzimmerparty der Einheimischen!“<sup>158</sup>



<sup>156</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210409\\_OTS0013/iggoe-ad-ramadan-neue-kraft-fuer-die-letzte-phase-der-coronapandemie-schoepfen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210409_OTS0013/iggoe-ad-ramadan-neue-kraft-fuer-die-letzte-phase-der-coronapandemie-schoepfen)

<sup>157</sup> <https://www.facebook.com/profile/100044378531307/search/?q=ramadan>

<sup>158</sup> <https://www.facebook.com/190177211135791/photos/pb.100044271377727.-2207520000../1924587821028046/?type=3>

**Klassifikation:** Der Tiroler FPÖ-Obmann Abwerzger fordert die „rigorose Überwachung“ ausschließlich „islamischer Gebetsstätten und Vereinslokale“ betreffend die Einhaltung von Pandemieregeln. Weder davor noch danach hat Abwerzger Corona-Infektionen mit einer anderen Religionszugehörigkeit als der muslimischen verknüpft, obwohl jegliche religiösen Feste, bei denen Menschen zusammenkommen, eine potenzielle Risikoquelle darstellen und obwohl es Infektions-Cluster unterschiedlicher Religionszugehörigkeit gegeben hat. Abwerzger stellt in den Raum, dass die Polizei gegen „Wohnzimmerpartys der Einheimischen“ rigoros vorgehen würde, aber nicht (ausreichend) gegen private Zusammenkünfte „in Zeiten des islamischen Fastenmonats Ramadan“. Beleg für diese Behauptung liefert Abwerzger nicht. Er spaltet darüber hinaus in von ihm kollektiv als nichtmuslimisch eingeordnete „Einheimische“ und von ihm als „Nicht-Österreicher“ wahrgenommene Muslim\*innen. Die Aussagen von Abwerzger, die (ausschließlich) islamische Gebetsstätten und Vereinslokale zu Pandemie-Bedrohungen erklären und Neid und Misstrauen gegen Muslim\*innen schüren, weisen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 26. April

Der Tiroler FPÖ-Obmann Markus Abwerzger postet einen Medienartikel, in welchem er unter anderem mit folgenden Worten zitiert wird: „Das beweist, dass die Gesundheitsinformationen bezüglich des Virus in [muslimischen, Anm.] Zuwanderkreisen zu wenig Beachtung finden, [auch wenn] nicht alle Muslime gegen die Maßnahmen verstoßen. [...] Warum werden diese Kreise stets mit Samthandschuhen angefasst?“<sup>159</sup> Dazu schreibt Abwerzger in seinem Posting: „Vor katholischen Feiertagen wird stets die Wichtigkeit der Einhaltung der Maßnahmen betont. Doch in Zeit des Ramadans hört man kein einziges Wort der Vorsicht.“<sup>160</sup>



**Markus Abwerzger** 26. April um 09:24 · 🌐

Vor katholischen Feiertagen wird stets die Wichtigkeit der Einhaltung der Maßnahmen betont. Doch in Zeit des Ramadans hört man kein einziges Wort der Vorsicht.

---

### „Viele offene Baustellen bei Pandemie-Regelungen“

▶ Reaktion der Tiroler FPÖ auf „Krone“-Berichte  
 ▶ Landesparteiobmann Abwerzger betont, dass Gesundheitsinfos zu wenig Beachtung finden

**D**ie lungentransplantierte Margit Kahr aus Innsbruck ist – wie berichtet – laut Attest von der Maskenpflicht befreit. Eine private Krankenanstalt erkennt diese Bescheinigung jedoch nicht an, „da wir laut Anwälten unsere eigenen Regeln aufstellen dürfen“.

„Das Schicksal von Frau Kahr erschüttert mich, zumal sie geimpft ist, sogar aus freien Stücken eine normale Maske trägt und sich regelmäßig testen lässt“, schildert FP-Landesparteiobmann Markus Abwerzger. Dieser Fall beweise, dass bei den Pandemie-Regelungen seit Monaten viele offene Baustellen vorhanden seien, die nicht angemessen sind. „Hier müssen die Gesundheitsbehörden tätig werden“, fordert Abwerzger.

**„Nicht alle sind gleich“**

Bezüglich der Aussagen von Medizinern, die der „Krone“ mitgeteilt haben, dass der Fastenmonat der muslimischen Bevölkerung einer der Gründe für den Anstieg der Coronazahlen in Tirol ist, sagt der Politiker: „Das beweist, dass die Gesundheitsinformationen bezüglich des Virus in Zuwanderkreisen zu wenig Beachtung finden.“ Er betont, dass nicht alle Muslime gegen die Maßnahmen verstoßen.

Und er ortet eine politische Ungleichbehandlung: „Warum werden diese Kreise stets mit Samthandschuhen angefasst?“ J. Steiner

**„Vor katholischen Feiertagen wird stets die Wichtigkeit der Einhaltung der Maßnahmen betont. Doch in der Zeit des Ramadans hört man kein einziges Wort der Vorsicht.“**

Markus Abwerzger, Landesparteiobmann der Freiheitlichen

302 22 Kommentare 47 Mal geteilt

<sup>159</sup> <https://www.krone.at/2399378>

<sup>160</sup> <https://www.facebook.com/190177211135791/photos/pb.100044271377727.-2207520000../1924507967702698/?type=3>

**Klassifikation:** Der Tiroler FPÖ-Obmann Abwerzger behauptet, dass „die Gesundheitsinformationen bezüglich des Virus in [muslimischen, Anm.] Zuwandererkreisen zu wenige Beachtung finden“ würden, auch wenn „nicht alle Muslime gegen Maßnahmen verstoßen“, wie Abwerzger hinzufügt. Und er behauptet, dass „diese Kreise stets mit Samthandschuhen angefasst werden“, im Gegensatz zu Christ\*innen, denen gegenüber „vor katholischen Feiertagen stets die Wichtigkeit der Einhaltung betont wird“. Abwerzger versucht Christ\*innen und Muslim\*innen gegeneinander auszuspielen und erstere als benachteiligt darzustellen und sie damit gegen letztere aufzubringen. Abwerzger erwähnt nicht, dass die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ) ihre Mitglieder im Rahmen der Pandemie mehrfach auf die Maßnahmen der Bundesregierung hingewiesen und Sicherheitskonzepte ausgearbeitet hat, so auch vor dem Beginn des Ramadan.<sup>161</sup> Abwerzger verschweigt darüber hinaus, dass Bundespräsident Alexander Van der Bellen in seiner Facebook-Ramadan-Grußbotschaft die Muslim\*innen in Österreich ausdrücklich darauf angesprochen hat, dass das Begehen der Feiertage „nur in sehr kleinem Rahmen“ möglich sei und es wichtig sei „physischen Abstand zu halten“.<sup>162</sup> Die Spaltungs- und Neidrhetorik von Abwerzger weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

### 30. April

Der FPÖ-EU-Abgeordnete Harald Vilimsky postet einen Artikel über die wachsende Zahl an Muslim\*innen in Deutschland. Der Artikel enthält das Bild einer Niqabträgerin vor einer deutschen Flagge. Vilimsky schreibt dazu: „Die Islamisierung Deutschlands schreitet voran - mit fast einer Million mehr Moslems seit Merkels Grenzöffnung von 2015.“<sup>163</sup>



Harald Vilimsky  
30. April um 18:03 · 🌐

Die Islamisierung Deutschlands schreitet voran - mit fast einer Million mehr Moslems seit Merkels Grenzöffnung von 2015:

JUNGEFREIHEIT.DE  
**Zahl der Moslems in Deutschland wächst um knapp eine Million**  
In Deutschland leben immer mehr Moslems. Seit 2015 ist ihre Zahl um rund 900.000 Personen ...

<sup>161</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210409\\_OT0013/iggoe-ad-ramadan-neue-kraft-fuer-die-letzte-phase-der-coronapandemie-schoepfen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210409_OT0013/iggoe-ad-ramadan-neue-kraft-fuer-die-letzte-phase-der-coronapandemie-schoepfen)

<sup>162</sup> <https://www.facebook.com/profile/100044378531307/search/?q=ramadan>

<sup>163</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=3910107309108187&id=547597092025909](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=3910107309108187&id=547597092025909)

**Klassifizierung:** Vilimsky postet einen Artikel, der irreführenderweise eine nichtrepräsentative Niqabträgerin als „Repräsentantin“ der Muslim\*innen in Deutschland ins Bild setzt. Vilimsky nutzt den Artikel und das Bild, um alleine schon die Zahl der Muslim\*innen pauschal mit „Islamisierung“ gleichzusetzen. Vilimsky zeichnet damit ein insgesamt irreführendes Bild, das Vertreter\*innen einer radikalen islamistischen Ideologie als stellvertretend für alle Muslim\*innen in Deutschland und jede\*n einzelne\*n Muslim\*in stellvertretend für „Islamisierung“ darstellt. Dieses irreführende Bild, das Vilimsky vermittelt, weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

### 3. Mai

Der FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz sagt in einer Presseaussendung: „Der nicht zuletzt durch den Dauerlockdown beschleunigte Gewaltanstieg in Familien und gegen Frauen ist eine schreckliche Tragödie. Wenn nun das Thema aber hochgespielt wird, als wäre es ein Problem österreichischer Männer, weil der letzte Täter ein augenscheinlich irrer Österreicher ist, hilft diese falsche Lagebeurteilung niemandem weiter. Nicht das Frauenbild österreichischer Männer ist das Problem, sondern es sind die sträfliche Nachlässigkeit im Umgang mit offensichtlich gefährlichen Tätern sowie das Frauenbild von Zuwanderern vor allem aus islamischen Ländern. [...] Der heutige Sicherheitsgipfel muss daher zwei Lösungen bringen: Minuszuwanderung und volle Härte gegen Täter, die oft Narrenfreiheit haben, bis es dann zu spät ist. [...] Zuwarten, bis es zu spät ist, und weitere Zuwanderung aus islamisch-patriarchalen Ländern werden das Problem nur noch verstärken, statt es zu lösen.“<sup>164</sup>

#### **FPÖ – Schnedlitz zu Frauenmorden: Falsche und eindimensionale Problembewertung hilft nicht weiter!**

**Nicht Frauenbild der österreichischen Männer, sondern irre Gewalttäter und Zuwanderung sind das Problem**

*Wien (OTS)* - „Der nicht zuletzt durch den Dauerlockdown beschleunigte Gewaltanstieg in Familien und gegen Frauen ist eine schreckliche Tragödie. Wenn nun das Thema aber hochgespielt wird, als wäre es ein Problem österreichischer Männer, weil der letzte Täter ein augenscheinlich irrer Österreicher ist, hilft diese falsche Lagebeurteilung niemandem weiter. Nicht das Frauenbild österreichischer Männer ist das Problem, sondern es sind die sträfliche Nachlässigkeit im Umgang mit offensichtlich gefährlichen Tätern sowie das Frauenbild von Zuwanderern vor allem aus islamischen Ländern“, sagte heute FPÖ-Generalsekretär NAbg. Michael Schnedlitz. „Nur, weil der letzte Frauenmörder ein Österreicher ist, darf man nun die Lage und das Problem nicht verkürzt und eindimensional beurteilen. Die ideologische Verblendung dieser Regierung hat die Analysefähigkeit anscheinend beeinträchtigt“, so Schnedlitz weiter.

„Der heutige Sicherheitsgipfel muss daher zwei Lösungen bringen: Minuszuwanderung und volle Härte gegen Täter, die oft Narrenfreiheit haben, bis es dann zu spät ist“, hielt der FPÖ-Generalsekretär zwei Maßnahmen fest, die keinen weiteren Aufschub dulden. „So war auch der ‚Bierwirt‘ längst amtsbekannt, aber auch der Mord an der 16-jährigen Manuela in Wiener Neustadt 2019 durch einen syrischen Asylanten hätte verhindert werden können und müssen, so wie viele weitere Frauenmorde, hätte man früher eingegriffen. Zuwarten, bis es zu spät ist, und weitere Zuwanderung aus islamisch-patriarchalen Ländern werden das Problem nur noch verstärken, statt es zu lösen. Wenn ÖVP-Innenminister Nehammer und diese türkisch-grüne Regierung nicht sofort klare Schritte und reale Maßnahmen setzen, anstatt nur zu reden, sind sie für jeden weiteren Frauenmord mitverantwortlich“, betonte Schnedlitz.

<sup>164</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210503\\_OTS0111/fpoe-schnedlitz-zu-frauenmorden-falsche-und-eindimensionale-problembewertung-hilft-nicht-weiter](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210503_OTS0111/fpoe-schnedlitz-zu-frauenmorden-falsche-und-eindimensionale-problembewertung-hilft-nicht-weiter)

In einer zweiten Presseaussendung am gleichen Tag schreibt Schnedlitz: „Nicht das Frauenbild der österreichischen Männer ist darüber hinaus das Problem, sondern das importierte Frauenbild aus dem Islam. [...] Daher gebe es konkret zwei Antworten: Ein totaler Zuwanderungsstopp als Sofortmaßnahme und eine Strafrechtsreform, damit nicht immer erst ein Mord passieren muss, bis etwas „passiert“.“<sup>165</sup>

## **FPÖ – Schnedlitz zu Sicherheitsgipfel: Das ist Verhöhnung der Hinterbliebenen!**

**Regierung präsentiert reine Placebos, griffige Lösungen fehlen**

*Wien (OTS)* - „Der heutige Sicherheitsgipfel geht am Problem vorbei. Die präsentierten ‚Placebos‘ sind eine Verhöhnung für alle Angehörigen der Opfer. Nicht nur, dass griffige Maßnahmen komplett fehlen, wird darüber hinaus nicht einmal das Problem offen angesprochen und erkannt“, stellte heute der freiheitliche Generalsekretär NAbg. Michael Schnedlitz fest.

„Innenminister Nehammer, Frauenministerin Raab und Justizministerin Zadic haben eines verabsäumt: Eine Problemanalyse und darauf aufbauend klare Schritte und reale Maßnahmen aktiv zu setzen. Die Zeit der bloßen Lippenbekenntnisse muss endlich vorbei sein. Sonst braucht es keine Politik mehr, wenn diese nicht handelt“, so Schnedlitz.

„Nicht das Frauenbild der österreichischen Männer ist darüber hinaus das Problem, sondern das importierte Frauenbild aus dem Islam“, erläuterte Schnedlitz. Daher gebe es konkret zwei Antworten: Ein totaler Zuwanderungsstopp als Sofortmaßnahme und eine Strafrechtsreform, damit nicht immer erst ein Mord passieren muss, bis etwas „passiert“, forderte Schnedlitz die türkis-grüne Regierung endlich zum Handeln auf.

**Klassifizierung:** FPÖ-Generalsekretär Schnedlitz verbindet das Thema Gewalt gegen Frauen bzw. Morde an Frauen mit dem „Frauenbild von Zuwanderern vor allem aus islamischen Ländern“ bzw. dem „importierten Frauenbild aus dem Islam“. Schnedlitz verneint ausdrücklich, dass Gewalt gegen Frauen (auch) etwas mit „dem Frauenbild österreichischer Männer“ zu tun haben könnte. Er spricht sich für „einen totalen Zuwanderungsstopp“ bzw. gegen „weitere Zuwanderung aus islamisch-patriarchalen Ländern“ aus. Schnedlitz versucht, das Thema Gewalt gegen Frauen auf „irre Gewalttäter“ und (nichtirre) Muslime zu reduzieren – und er fokussiert seine Maßnahmenvorschläge auf die Verhinderung von Einwanderung. Schnedlitz stempelt damit Männer, die aus mehrheitlich muslimischen Ländern kommen, kollektiv als Bedrohung ab. Er stempelt darüber hinaus „den Islam“ als einzige ideologische Quelle des Patriarchats ab, so als ob außerhalb dieser einen Religion kein Patriarchat und kein (gewalttätiger) Sexismus existieren würden. Die Aussagen von Schnedlitz, die Muslime kollektiv als Bedrohung und als (mit Ausnahme von „Irren“) einzige relevante Quelle von Gewalt gegen Frauen abstempeln, sind ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

## **4. Mai**

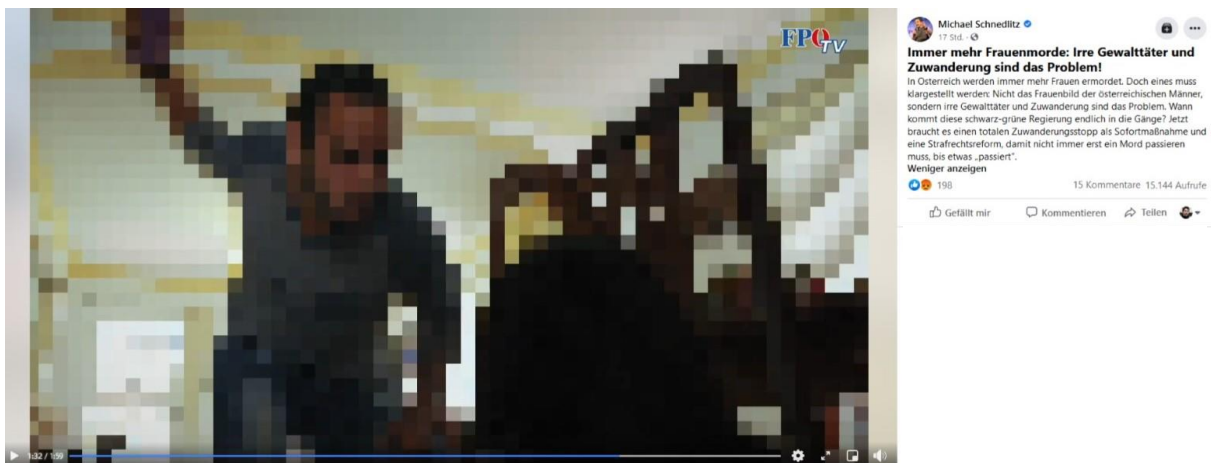
Der FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz postet auf Facebook ein Video mit dem Titel „immer mehr Frauenmorde: Irre Gewalttäter und Zuwanderung sind das Problem“. Er postet dazu folgenden Text: „In Österreich werden immer mehr Frauen ermordet. Doch eines muss klargestellt werden: Nicht das Frauenbild der österreichischen Männer, sondern irre Gewalttäter

---

<sup>165</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210503\\_OTS0192/fpoe-schnedlitz-zu-sicherheitsgipfel-das-ist-verhoehnung-der-hinterbliebenen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210503_OTS0192/fpoe-schnedlitz-zu-sicherheitsgipfel-das-ist-verhoehnung-der-hinterbliebenen)

und Zuwanderung sind das Problem. Wann kommt diese schwarz-grüne Regierung endlich in die Gänge? Jetzt braucht es einen totalen Zuwanderungsstopp als Sofortmaßnahme und eine Strafrechtsreform, damit nicht immer erst ein Mord passieren muss, bis etwas „passiert“.“ Im Video sagt der Sprecher: „Die Mehrheit der Mörder waren keine Österreicher [...] Manche der angeblichen Österreicher in der Statistik mögen wohl auch Eingebürgerte sein, geprägt durch Sozialisation uns fremder, vielleicht patriarchalischer Kulturen. [...] Und sind z. B. Ehrenmorde bekannterweise Teil der österreichischen Kultur? Wohl kaum.“ Schnedlitz sagt im Video: „Ja, wir sehen im Verhältnis zur autochthonen Bevölkerung, dass der Großteil der Morde sogar von Zuwanderern, vor allem aus dem islamischen Bereich, begangen wurde. [...] Verbrecher haben wir selbst genug, wir müssen nicht auch noch Frauenmörder aus dem islamischen Raum importieren.“<sup>166</sup>

Geteilt wird das Video auch von FPÖ-Klubobmann und Ex-Innenminister Herbert Kickl. Er schreibt dazu: „In Österreich werden immer mehr Frauen ermordet. Doch eines muss klargestellt werden: Nicht das Frauenbild der österreichischen Männer, sondern irre Gewalttäter und Zuwanderung sind das Problem. Wann kommt diese schwarz-grüne Regierung endlich in die Gänge? Jetzt braucht es einen totalen Zuwanderungsstopp als Sofortmaßnahme und eine Strafrechtsreform, damit nicht immer erst ein Mord passieren muss, bis etwas „passiert“.“<sup>167</sup>



**Klassifizierung:** FPÖ-Generalsekretär Schnedlitz und FPÖ-Klubobmann Herbert Kickl verbinden mit ihren Aussagen und dem von ihnen geteilten Video das Thema Gewalt gegen Frauen bzw. Morde an Frauen mit dem „Frauenbild von Zuwanderern“ und der Sozialisation in „uns fremden, vielleicht patriarchalischen Kulturen“. Als Täter genannt werden im Video „Zuwanderer aus dem islamischen Bereich“. Schnedlitz und Kickl verneinen ausdrücklich, dass Gewalt gegen Frauen (auch) etwas mit „dem Frauenbild österreichischer Männer“ zu tun haben könnte. Sie sprechen sich für „einen totalen Zuwanderungsstopp“ aus. Schnedlitz und Kickl versuchen, das Thema Gewalt gegen Frauen auf „irre Gewalttäter“ und (nichtirre) „Zuwanderer, vor allem aus dem islamischen Bereich“ zu reduzieren – und sie fokussieren ihre Maßnahmenvorschläge auf die Verhinderung von Einwanderung. Schnedlitz und Kickl stempeln damit Männer, die aus mehrheitlich muslimischen Ländern kommen, kollektiv als Bedrohung ab. Sie stempeln darüber hinaus „den Islam“ als einzige ideologische Quelle des Patriarchats ab, so als ob außerhalb dieser einen Religion kein Patriarchat und kein

<sup>166</sup> <https://www.facebook.com/watch/?v=807171443289151>

<sup>167</sup> <https://www.facebook.com/watch/?v=807168006622828>

(gewalttätiger) Sexismus existieren würden. Die von Schnedlitz und Kickl getätigten bzw. geteilten Aussagen, die Muslime kollektiv als Bedrohung und als (mit Ausnahme von „Irren“) einzige relevante Quelle von Gewalt gegen Frauen abstempeln, sind ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

#### 4. Mai

Der steirische Vizeklubobmann Stefan Hermann postet mit den Worten „Zur Info!“ einen Artikel eines FPÖ-nahen Mediums mit dem Titel „Islamische Zuwanderer feiern zu Ramadan ungestört Mega-Events.“<sup>168</sup> Im Artikel wird eine anonyme Frau mit den Worten: „Sie pfeifen auf den Lockdown und auf Österreich“ zitiert.<sup>169</sup>



**Klassifizierung:** Der steirische Vizeklubobmann Hermann teilt auf Facebook einen Artikel, der mutmaßliche Zusammenkünfte von Muslim\*innen in Parks und in Grünanlagen rund um eine Moschee während des Ramadans skandalisiert und in den Kontext von „Österreichfeindlichkeit“ stellt. Der Artikel schürt Neid und Missgunst gegen Muslim\*innen. Es gibt keine ähnlich gelagerten Postings von Hermann zu Feiertagen anderer Religionen. Das Auswählen und Teilen gerade dieses Artikels, ohne jegliche Kritik am antimuslimischen Inhalt des Artikels, sondern stattdessen mit den Worten „Zur Info!“, weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

#### 5. Mai

Der Wiener FPÖ-Klubobmann Maximilian Krauss postet auf Facebook ein Bild auf dem Menschen in Grünanlagen zu sehen sind, die teilweise Schutzmasken tragen. Auf dem Bild steht: „Österreicher werden eingesperrt – Doch islamische Zuwanderer feiern zu Ramadan ungestört Mega-Events“. Krauss schreibt dazu in seinem Posting: „Während die Österreicher nach wie vor unter Ausgangsverboten leiden, scheinen diese für islamische Zuwanderer nicht

<sup>168</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=820292295266674&id=153398965289347](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=820292295266674&id=153398965289347)

<sup>169</sup> <https://www.wochenblick.at/politik/islamische-zuwanderer-feiern-zu-ramadan-ungestoert-mega-events/>



zu gelten. In den letzten Tagen häufen sich Berichte über hunderte Migranten, die sich auf der Donau-Insel, in Parkanlagen oder in der Nähe der Floridsdorfer Moschee treffen, um gemeinsam zu essen und zu trinken. Masken und Abstandsregeln scheinen außer Kraft zu sein, von Kontrollen ist nichts zu hören.“<sup>170</sup>



**Klassifizierung:** Der Wiener FPÖ-Klubobmann Krauss stellt mutmaßliche Muslim\*innen an den Pranger und deutet an, dass die Corona-Maßnahmen nur für „Österreicher“, nicht jedoch für „islamische Zuwanderer“ gelten würden. Er markiert Muslim\*innen damit kollektiv als „Fremde“ und unterstellt darüber hinaus, dass diese „Fremden“ besondere Privilegien genießen würden. Postings, in denen Krauss Zusammenkünfte von Nichtmuslim\*innen im öffentlichen Raum kritisiert, existieren nicht. Es geht Krauss offensichtlich darum, Neid und Missgunst ausschließlich gegen Muslim\*innen zu schüren und diese darüber hinaus kollektiv als fremd zu markieren. Ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

## 9. Mai

FPÖ-Klubobmann und Ex-Innenminister Herbert Kickl und FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz teilen auf Facebook ein FPÖ-Video mit dem Titel „Von Corona-Krise überschattet: Überfremdung Europas schreitet weiter voran“. Im Video sagt Schnedlitz: „Während

<sup>170</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=3691134664332054&id=590930261019192](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=3691134664332054&id=590930261019192)

europaweit Mainstreammedien die Lage zu verschleiern versuchen, versuchen höchste Militärs in Frankreich, Europa aufzurütteln und wachzurütteln. Und die Lage ist mit zwei Worten zusammenzufassen: Zuwanderung tötet. Nachsatz: vor allem aus islamischen Ländern. Und genau diese Zuwanderung, die wollen wir bei uns in Österreich nicht haben. Mit brennenden Vorstädten, mit wöchentlichen islamistischen Attentaten. Wir wollen, dass unsere Bevölkerung sicher lebt. Und dazu brauchen wir einen sofortigen Zuwanderungsstopp, ja, sogar eine Minuszuwanderung.“<sup>171</sup> Kickl und Schnedlitz teilen das Video mit folgenden Worten: „Von der Corona-Krise überschattet schreitet die Überfremdung Europas weiter voran. Während uns die Regierung und ihre systemtreue Medienmaschinerie mit Verordnungen, Regeln und Strafandrohungen dauerbeschallt, geht die Massenmigration in unser Heimatland munter weiter. 🇸🇰 Wenn wir nicht handeln wird auch das Teil einer neuen Normalität in unserem Europa. Die FPÖ ist die einzige Partei, die sich konsequent und aufrichtig gegen die Massenmigration ausspricht, um unsere Heimat zu schützen!“<sup>172</sup>

**Herbert Kickl** ✓  
17 Std. · 🌐

Von der Corona-Krise überschattet schreitet die Überfremdung Europas weiter voran. Während uns die Regierung und ihre systemtreue Medienmaschinerie mit Verordnungen, Regeln und Strafandrohungen dauerbeschallt, geht die Massenmigration in unser Heimatland munter weiter.

🇸🇰 Wenn wir nicht handeln wird auch das Teil einer neuen Normalität in unserem Europa. Die FPÖ ist die einzige Partei, die sich konsequent und aufrichtig gegen die Massenmigration ausspricht, um unsere Heimat zu schützen!



👍👎👏 1.782      173 Kommentare 705 Mal geteilt

**Michael Schnedlitz** ✓  
17 Std. · 🌐

Von der Corona-Krise überschattet schreitet die Überfremdung Europas weiter voran. Während uns die Regierung und ihre systemtreue Medienmaschinerie mit Verordnungen, Regeln und Strafandrohungen dauerbeschallt, geht die Massenmigration in unser Heimatland munter weiter.

🇸🇰 Wenn wir nicht handeln wird auch das Teil einer neuen Normalität in unserem Europa. Die FPÖ ist die einzige Partei, die sich konsequent und aufrichtig gegen die Massenmigration ausspricht, um unsere Heimat zu schützen!



▶ 0:05 / 2:29

<sup>171</sup> <https://www.facebook.com/watch/?v=211137520562681>

<sup>172</sup> <https://www.facebook.com/profile/100044484187467/search/?q=%C3%9Cberfremdung>

**Klassifizierung:** FPÖ-Klubobmann und Ex-Innenminister Kickl und FPÖ-Generalsekretär Schnedlitz teilen ein FPÖ-Video, das von „Überfremdung“ spricht und „Überfremdung“ mit Islam bzw. Muslim\*innen in Verbindung bringt. Im Video sagt Schnedlitz: „Zuwanderung tötet. Nachsatz: vor allem aus islamischen Ländern“. Schnedlitz bringt damit Migration und Migrant\*innen pauschal mit „töten“ in Verbindung. Er stempelt Migrant\*innen als kollektive „tötende“ (mörderische) Bedrohung ab. Er fokussiert dieses kollektive Bedrohungsbild auf Muslim\*innen, indem er „vor allem aus islamischen Ländern“ hinzufügt. Die im Video enthaltene kollektive Abstempelung von Muslim\*innen als Fremde und als „tötende“ Bedrohung und das zustimmende Teilen des Videos durch Kickl und Schnedlitz sind ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

### 11. Mai 2021

Der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Markus Hein postet einen Artikel, in welchem er vor einem „Ramadan-Cluster“ warnt. Hein schreibt: „Morgen endet der muslimische Fastenmonat Ramadan mit dem ‚Fastenbrechen‘, das oftmals im großen Kreis mit üppigem Essen gefeiert wird. Unsere Heimatstadt ist mittlerweile auf einem sehr guten Weg, um die Corona-Einschränkungen endlich hinter sich zu lassen. Die Corona-Infektionszahlen sind niedrig, dringend notwendige Öffnungen stehen kurz bevor. Ausschweifende Feste von Muslimen dürfen die nötigen Öffnungen aber keinesfalls gefährden. Wir brauchen keinen Ramadan-Cluster in Linz.“<sup>173</sup>




**Klassifizierung:** Der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Hein markiert Muslim\*innen als mögliche „Gefährder“ niedriger Corona-Infektionszahlen. Er warnt vor „ausschweifenden Festen“ und sagt „wir brauchen keinen Ramadan-Cluster in Linz“. Es ist kein Posting bekannt,

<sup>173</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=2141768979298889&id=624525897689879](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=2141768979298889&id=624525897689879)

in dem Hein vor einem Cluster in Zusammenhang mit einem nichtmuslimischen Feiertag warnt. Die Warnung ausschließlich anlässlich von Feiertagen von Muslim\*innen und die fehlende direkte Ansprache von Muslim\*innen – Hein spricht nur über sie, nicht aber zu ihnen als Teil der von ihm vertretenen Bevölkerung – weisen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.



## 12. Mai

Der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann postet auf Facebook „zornig“ einen Artikel mit dem Titel „Urlaub für Muslim-Soldaten, 30km-Marsch für andere?“. In dem Artikel geht es um Soldaten in der Schweiz und die Frage, wer zu welchen religiösen Feiertagen Urlaub erhält. Hermann schreibt dazu: „Unfassbar, wie ÖVP und Grüne mit unseren Soldaten umgehen und es sich andere offenbar wieder richten können...“  <sup>174</sup>



**Klassifizierung:** FPÖ-Vizeklubobmann Hermann macht (skurrilerweise anhand eines Artikels, in dem es um die Schweiz geht) deutlich, dass er Muslim\*innen nicht zu „unseren Soldaten“ zählt, sondern sie „andere“ sind, die es sich „wieder richten können“. Das Wort „wieder“ macht klar, dass Hermann Muslim\*innen nicht nur kollektiv als „Andere“ sieht, sondern auch als privilegierte „Andere“, die es sich immer wieder „richten können“. Hermann schürt damit Neid und Missgunst gegen die von ihm kollektiv vom österreichischen „Wir“ ausgegrenzten Muslim\*innen. Ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

## 13. Mai

Der FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann zeigt sich auf Facebook „stinksauer“, weil der österreichische Bundespräsident zum Ende des Fastenmonats Ramadan „allen Musliminnen und Muslimen ein friedliches Fastenbrechen“ wünscht. Hermann schreibt dazu: „Herr [Alexander Van der Bellen](#) meldet sich nur zu den "wichtigen" Themen, [#Ramadan](#) ist ganz wichtig.  Zu den ÖVP-[#Skandalen](#) schweigt der [#Grüne](#) eisern! “ <sup>175</sup>

<sup>174</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=825043391458231&id=153398965289347](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=825043391458231&id=153398965289347)

<sup>175</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=825755451387025&id=153398965289347](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=825755451387025&id=153398965289347)



Stefan Hermann 🙄 fühlt sich stinksauer.  
22 Std. · 🌐

...

Herr Alexander Van der Bellen meldet sich nur zu den "wichtigen" Themen, #Ramadan ist ganz wichtig. 🙄

Zu den OVP-#Skandalen schweigt der #Grüne eisern! 🙄

„Zum Ende des Fastenmonats  
Ramadan wünsche ich allen  
Musliminnen und Muslimen  
ein friedliches Fastenbrechen.“

- Bundespräsident Alexander Van der Bellen

ZIB

**Klassifizierung:** FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann skandalisiert „stinksauer“ die Feiertagswünsche des österreichischen Bundespräsidenten an Muslim\*innen. Hermann hat weder davor noch danach jemals Feiertagswünsche, die sich an Nichtmuslim\*innen gerichtet haben, skandalisiert. Ein klarer Fall von antimuslimisch-rassistischer Abwertung von Muslim\*innen.

### 13. Mai

FPÖ-Obmann Norbert Hofer teilt auf Facebook die Twitter-Ramadan-Feiertagswünsche des österreichischen Bundespräsidenten und des österreichischen Bundeskanzlers. Hofer schreibt dazu: „Heute war übrigens auch Christi Himmelfahrt. Daran möchte ich die beiden Herren erinnern.“<sup>176</sup>

<sup>176</sup> <https://www.facebook.com/norberthofer2021/posts/328322301994959>

 **Norbert Hofer** ✓  
12 Std. · 🌐 ...  
Heute war übrigens auch Christi Himmelfahrt. Daran möchte ich die beiden Herren erinnern.

 **A. Van der Bellen** ✓  
@vanderbellen ...

Zum Ende des Fastenmonats Ramadan  
wünsche ich allen Musliminnen und  
Muslimen ein friedliches  
[#Fastenbrechen](#). (**vdb**)

 **Sebastian Kurz** ✓  
@sebastiankurz ...

Der Fastenmonat [#Ramadan](#) 🌙 ist zu  
Ende. Ich wünsche allen Musliminnen  
und Muslimen ein frohes, friedvolles  
und gesegnetes Fest! [#Eidalfitr](#) 🌙

👍👎👏 6.887

1.554 Kommentare 1.781 Mal geteilt

Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek teilt das Posting von FPÖ-Obmann Norbert Hofer, in welchem er die Twitter-Feiertagsgrüße des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers an Muslim\*innen anprangert. Kunasek schreibt dazu: „[Norbert Hofer](#) spricht aus, was sich viele Österreicher denken... "Heute war übrigens auch Christi Himmelfahrt. Daran möchte ich die beiden Herren erinnern."“<sup>177</sup>

**Klassifizierung:** Hofer versucht Muslim\*innen gegen Christ\*innen auszuspielen und letztere gegen erstere aufzuwiegeln, indem er impliziert, der Bundespräsident und der Bundeskanzler würden Muslim\*innen mehr Aufmerksamkeit widmen als Christ\*innen (bzw. Muslim\*innen zu viel Aufmerksamkeit widmen). Nicht nur dass dies nicht der Realität entspricht, wertet Hofer Muslim\*innen zudem kollektiv ab, indem er die Feiertagsgrüße der Spitzenrepräsentanten des Staates an Muslim\*innen zu deren höchste Feiertage aufs Korn nimmt. Das Posting weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf. Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Kunasek teilt das Posting von FPÖ-Obmann Hofer zustimmend.

## 18. Mai

Der FPÖ-EU-Abgeordnete Harald Vilimsky teilt einen von ihm verfassten FPÖ-Artikel mit der Überschrift „Antisemitismus: Durch Migration importiert“. Darin schreibt Vilimsky unter anderem: „Die Integration von Muslimen ist gescheitert; die „Lebenslüge der Gesinnungsrepublik“ ist geplatzt.“<sup>178</sup> Vilimsky schreibt auf Facebook folgenden Text zum von

<sup>177</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=10158304085683282&id=66095458281](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10158304085683282&id=66095458281)

<sup>178</sup> <https://www.fpo.eu/antisemitismus-durch-migration-importiert/>

ihm geposteten Artikel: „Die jüngsten antiisraelischen Demonstrationen zeigen klar: Die Integration von Muslimen ist gescheitert.“<sup>179</sup>



**Klassifizierung:** Der FPÖ-EU-Abgeordnete Vilimsky erklärt „die Integration von Muslimen“ kollektiv für „gescheitert“. Er erklärt Muslim\*innen damit zu einem einheitlichen Kollektiv und stempelt dieses von ihm konstruierte homogene Kollektiv pauschal als „nicht integrierbare“ ewige Fremde ab. Diese kollektive Ausgrenzungs- und Abwertungsrhetorik gegenüber Muslim\*innen ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

## 19. Mai

Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek teilt auf Facebook „stinksauer“ einen Artikel mit der Überschrift „Islamische Graffiti auf Landhaus und Mariensäule“. Laut Artikel geht es um „Allah-Akbar“-Schriftzüge. „Ob Extremismus oder eine politisch motivierte Tat vorliegt sei noch unklar“, so der Artikel.<sup>180</sup> Dazu schreibt Kunasek: „Unfassbar, islamistische Schmierereien auf repräsentativen Grazer Gebäuden und Denkmälern! 😡 Unser Grazer Bürgermeister-Stellvertreter Mario Eustacchio findet klare Worte: Graz hat seit langem den Ruf das Zentrum des österreichischen Islamismus zu sein. Die Hälfte aller Moscheen in Graz wird vom Verfassungsschutz als radikal eingestuft. Die Vandalenakte an zwei symbolischen Orten in der Grazer Innenstadt sind die Konsequenzen der jahrelangen Leugnung des Problems. Seit Jahren fordern wir Freiheitliche, das Problem endlich an der Wurzel anzupacken. Islamistische Strukturen sind in Österreich konsequent zu zerschlagen und die Zuwanderung von islamischen Ländern auf ein absolutes Minimum zu reduzieren! Die nach dem Terroranschlag in Wien angekündigte Schließung von Islamisten-Moscheen in Graz durch den Innenminister ist bis heute nicht geschehen. Die Warnungen der Sicherheitsbehörden müssen endlich ernstgenommen werden! Es muss Schluss damit sein, dass man die berechtigten Hilferufe der Behörden weiter ignoriert. Dem immer selbstbewussteren

<sup>179</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=3963915197060731&id=547597092025909](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=3963915197060731&id=547597092025909)

<sup>180</sup> <https://www.krone.at/2417691>

Auftreten von Islamisten im öffentlichen Raum muss endlich der Riegel vorgeschoben werden!“<sup>181</sup>

**Mario Kunasek** 🙄 fühlt sich stinksauer. 23 Std. · 🌐

Unfassbar, islamistische Schmierereien auf repräsentativen Grazer Gebäuden und Denkmälern! 🙄

Unser Grazer Bürgermeister-Stellvertreter [Mario Eustacchio](#) findet klare Worte:

Graz hat seit langem den Ruf das Zentrum des österreichischen Islamismus zu sein. Die Hälfte aller Moscheen in Graz wird vom Verfassungsschutz als radikal eingestuft. Die Vandalenakte an zwei symbolischen Orten in der Grazer Innenstadt sind die Konsequenzen der jahrelangen Leugnung des Problems. Seit Jahren fordern wir Freiheitliche, das Problem endlich an der Wurzel anzupacken. Islamistische Strukturen sind in Österreich konsequent zu zerschlagen und die Zuwanderung von islamischen Ländern auf ein absolutes Minimum zu reduzieren!

Die nach dem Terroranschlag in Wien angekündigte Schließung von Islamisten-Moscheen in Graz durch den Innenminister ist bis heute nicht geschehen. Die Warnungen der Sicherheitsbehörden müssen endlich ernstgenommen werden! Es muss Schluss damit sein, dass man die berechtigten Hilferufe der Behörden weiter ignoriert. Dem immer selbstbewussteren Auftreten von Islamisten im öffentlichen Raum muss endlich der Riegel vorgeschoben werden!



KRONE.AT

**Islamische Graffiti auf Landhaus und Mariensäule**

Bislang Unbekannte haben „Allah-Akbar“-Schriftzüge auf Fassaden in der Grazer Innenstadt ge...

**Klassifizierung:** Der steirische FPÖ-Obmann Kunasek leitet aus zwei „Allah-Akbar“-Graffiti, deren Ursprung und Motivation unklar ist, im Gleichklang mit dem damaligen Grazer Vizebürgermeister Eustacchio, ab, dass „Zuwanderung von islamischen Ländern auf ein absolutes Minimum zu reduzieren ist“. Kunasek und Eustacchio wenden sich in ihren Aussagen nicht nur gegen „Islamismus“, sondern sie setzen Muslim\*innen bzw. „Menschen aus islamischen Ländern“ pauschal mit „Radikalität“ und „islamistischen Strukturen“ gleich. Muslim\*innen bzw. „Menschen aus islamischen Ländern“ werden von ihnen kollektiv als Bedrohung abgestempelt und sie fordern den weitgehenden Ausschluss von Muslim\*innen bzw. „Menschen aus islamischen Ländern“ von der Einwanderung nach Österreich. Die pauschalen Aussagen von Kunasek und Eustacchio sind ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

## 27. Mai

Integrationsministerin Susanne Raab veröffentlicht zusammen mit der „Dokumentationsstelle politischer Islam“ eine „Islam-Landkarte“, die islamische Einrichtungen in ganz Österreich geografisch verortet und kommentiert.<sup>182</sup> Raab schreibt dazu auf Facebook am 27. Mai: „Mit

<sup>181</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=10158317141728282&id=66095458281](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10158317141728282&id=66095458281)

<sup>182</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000126965156/dokustelle-graebt-alte-islamlandkarte-aus-und-widmet-sich-dachverbaenden>



der Islamlandkarte wollen wir dazu beitragen, dass der Unterschied zwischen dem Islam als Religion und der gefährlichen Ideologie des politischen Islam gezogen wird. Diese Information dient den Behörden, aber auch den Musliminnen und Muslimen selbst, denn die Mehrheit der Muslime lebt friedlich im Einklang mit unseren Werten in Österreich.“<sup>183</sup> Am 28. Mai teilt Raab auf Facebook einen Artikel mit der Überschrift „Kein Generalverdacht“ Mit Islam-Landkarte Kampf gegen Radikalisierung“<sup>184</sup> Raab schreibt dazu: „Die Dokumentationsstelle Politischer Islam bringt mit dieser Landkarte Transparenz. Sie ist eine wissenschaftliche Grundlage, auf der wir als Politik aufbauen können. Es geht nicht um einen Kampf gegen Muslime in Österreich, sondern um den Kampf gegen die Ideologie des politischen Islam, die unser Wertefundament unterwandern will.“<sup>185</sup>

Von Vertretern der ÖVP wird die „Islam-Landkarte“ in Presseaussendungen unmittelbar mit dem „politischen Islam“ in Verbindung gebracht.<sup>186</sup> Ernst Gödl, Integrations Sprecher des ÖVP-Parlamentsklubs, bezeichnet die Karte etwa als „wirksamen Warnmechanismus im Kampf gegen Extremismus“. „Die Erstellung der Überblickskarte ist ein wirksamer Warnmechanismus, um Österreich besser vor dem politischen Islam zu schützen, und ein wichtiger Schritt im Kampf gegen Extremismus“, so Gödl.<sup>187</sup>

Zahlreiche Vertreter\*innen von muslimischen Organisationen üben scharfe Kritik an der „Islam-Landkarte“.<sup>188</sup>

Auch von Menschenrechtsorganisationen werden die Karte und deren Präsentation im Kontext von „Extremismus“ kritisiert.<sup>189</sup>

Die Universität Wien distanziert sich nach wenigen Tagen von der „Islam-Landkarte“ und untersagt die Verwendung des Uni-Logos.<sup>190</sup>

Kritik an der „Islam-Landkarte“ übt auch der „Sonderbeauftragte des Europarats gegen Hass und Hassverbrechen aus antisemitischen und antimuslimischen Motiven“ Daniel Hölzgen: „Die Veröffentlichung ist muslimfeindlich und potenziell kontraproduktiv. Viele Muslime fühlten sich stigmatisiert und durch die Veröffentlichung von Adressen und anderer Details in der Sicherheit bedroht. Die Islamlandkarte sollte daher in ihrer gegenwärtigen Form zurückgezogen werden.“<sup>191</sup>

---

<sup>183</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=325369909001005&id=100958814775450](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=325369909001005&id=100958814775450)

<sup>184</sup> <https://www.krone.at/2423830>

<sup>185</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=325789238959072&id=100958814775450](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=325789238959072&id=100958814775450)

<sup>186</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210527\\_OTS0186/hungerlaender-ad-politischer-islam-zeit-der-vogel-strauss-politik-muss-ein-ende-haben](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210527_OTS0186/hungerlaender-ad-politischer-islam-zeit-der-vogel-strauss-politik-muss-ein-ende-haben)

<sup>187</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210527\\_OTS0185/goedl-begruess-t-islam-landkarte-ueber-islamische-vereine-und-deren-geografische-lage](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210527_OTS0185/goedl-begruess-t-islam-landkarte-ueber-islamische-vereine-und-deren-geografische-lage)

<sup>188</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210527\\_OTS0218/iggoe-ad-dokumentationsstelle-politischer-islam-verknuepfung-mit-islamlandkarte-bedenklich](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210527_OTS0218/iggoe-ad-dokumentationsstelle-politischer-islam-verknuepfung-mit-islamlandkarte-bedenklich) und

[https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210527\\_OTS0180/islam-landkarte-gefaehrliches-beispiel-fuer-den-generalverdacht-gegen-musliminnen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210527_OTS0180/islam-landkarte-gefaehrliches-beispiel-fuer-den-generalverdacht-gegen-musliminnen)

<sup>189</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210528\\_OTS0069/sos-mitmensch-islamlandkarten-praesentation-naehrt-antimuslimischen-generalverdacht](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210528_OTS0069/sos-mitmensch-islamlandkarten-praesentation-naehrt-antimuslimischen-generalverdacht)

<sup>190</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000126984340/uni-wien-distanziert-sich-von-islamlandkarte-und-untersagt-logoverwendung> Siehe auch: <https://orf.at/stories/3215074/>

<sup>191</sup> <https://religion.orf.at/stories/3206848/>

Kritik an der „Islam-Landkarte“ kommt auch vom Wiener Bürgermeister Michael Ludwig. „Diese Landkarte trägt absolut nichts zur Integration bei, sondern befördert eine gesellschaftliche Spaltung“, so Ludwig.<sup>192</sup>

Nach einer Aktion von Rechtsextremen, bei der unter Hinweis auf die „Islam-Landkarte“ Warnschilder vor einigen Moscheen aufgestellt werden,<sup>193</sup> wird die Karte für einige Tage vom Netz genommen.<sup>194</sup> Die „Dokumentationsstelle politischer Islam“ distanziert sich in einer Presseaussendung vom „Versuch der rechtsradikalen Vereinnahmung der Islam-Landkarte“.<sup>195</sup>

Nach einigen Tagen wird die „Islam-Landkarte“ wieder im Internet online gestellt.<sup>196</sup>

**Klassifizierung:** Integrationsministerin Raab hat die „Islam-Landkarte“ gemeinsam mit der „Dokumentationsstelle politischer Islam“ präsentiert, die zur „Dokumentation von religiös motiviertem politischen Extremismus“ gegründet worden war, allerdings schlussendlich mit einem einzigem Fokus arbeitet, nämlich auf „politischen Islam“ (islamistischen Extremismus). Die „Islam-Landkarte“ musste daher, trotz teilweise gegenteiliger Äußerungen der Ministerin, als Ausdruck von generellem Misstrauen gegen islamische Einrichtungen und als Ausdruck von Extremismusverdacht gelesen werden. Das bestätigen auch die Aussendungen einiger ÖVP-Funktionär\*innen zur „Islam-Landkarte“, in denen diese als „Warnmechanismus“ und als „wichtiger Schritt im Kampf gegen Extremismus“ bezeichnet wird. Es fällt darüber hinaus auf, dass sich die Beschäftigung mit „religiös motiviertem politischen Extremismus“ von Seiten der Ministerin alleine auf Islamismus beschränkt. Radikale und antidemokratische Strömungen anderer Religionen werden nicht in den Blick genommen. Die von Integrationsministerin Raab der Öffentlichkeit vorgestellte „Islam-Landkarte“ setzt – trotz teils gegenteiliger Beteuerungen – durch die Art ihrer Präsentation islamische Einrichtungen und muslimische Organisationen pauschal in einen Bedrohungskontext und weist damit eine antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 27. Mai

Der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann meldet sich in einer Aussendung zur „Islam-Landkarte“ zu Wort. Er schreibt: „Erst im Dezember letzten Jahres warnte das Landesamt für Verfassungsschutz vor der Grazer Islamistszene. Aus freiheitlicher Sicht braucht es umgehend strengere Gesetze gegen den politischen und radikalen Islam sowie einen völligen Zuwanderungsstopp aus islamischen Ländern.“<sup>197</sup>

---

<sup>192</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000127027529/heftige-kritik-von-buergermeister-michael-ludwig-an-der-islam-landkarte>

<sup>193</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000127112769/warnschilder-mit-bezug-auf-islamlandkarte-vor-moscheen-angebracht>

<sup>194</sup> <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-06/islam-landkarte-oesterreich-kritik-rechtsextremismus-identitaere-integrationsministerin>

<sup>195</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210602\\_OTS0153/stellungnahme-der-dokumentationsstelle-politischer-islam-zum-versuch-der-rechtsradikalen-vereinnahmung-der-islam-landkarte](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210602_OTS0153/stellungnahme-der-dokumentationsstelle-politischer-islam-zum-versuch-der-rechtsradikalen-vereinnahmung-der-islam-landkarte)

<sup>196</sup> <https://www.islam-landkarte.at/>

<sup>197</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210527\\_OTS0149/fpoe-hermann-informationen-des-integrationsministeriums-bestaetigen-islamismus-problem](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210527_OTS0149/fpoe-hermann-informationen-des-integrationsministeriums-bestaetigen-islamismus-problem)

## **FPÖ-Hermann: „Informationen des Integrationsministeriums bestätigen Islamismus-Problem!“**

*Graz (OTS) - Heute präsentierte „Islam-Landkarte“ zeigt Österreich als Zentrum islamischer Vereine; Freiheitliche fordern harte Maßnahmen gegen islamistische Strukturen und treten einmal mehr für Zuwanderungsstopp aus islamischen Ländern ein.*

Im Rahmen einer Pressekonferenz der „Dokumentationsstelle Politischer Islam“ präsentierten Vertreter ebendieser Einrichtung gemeinsam mit ÖVP-Integrationsministerin Susanne Raab und dem renommierten Islamwissenschaftler Ednan Aslan aktuelle Forschungsergebnisse zu Strukturen des politischen Islam in Österreich. Von der Universität Wien wurde eine sogenannte Islam-Landkarte entwickelt, die rund 600 islamische Vereine und Moscheen in Österreich abbildet. Ziel sei es laut Bundesministerin Raab, den jeweiligen Zweck, deren Ideologien, Dachverbände und unterschiedliche Akteure transparent darzulegen. Auf der Islam-Landkarte, die unter [www.islam-landkarte.at](http://www.islam-landkarte.at) abrufbar ist, sind unter anderem islamische Einrichtungen in Kapfenberg, Knittelfeld, Feldbach, Leoben, Liezen und in einer enormen Dichte in Graz abgebildet. Bei vielen Einrichtungen fehlt jedoch die konkrete Beschreibung, was alles andere als Transparenz darstellt. „Die Islam-Landkarte zeigt, dass Österreich in den letzten Jahrzehnten zu einem Zentrum islamischer Vereine geworden ist. Es gilt, sämtliche islamische Einrichtungen genau zu beobachten und mögliche islamistische Strukturen konsequent zu zerschlagen, um zu verhindern, dass sich der Radikalislam weiter ausbreitet. Vereine mit radikalem Hintergrund müssen aus freiheitlicher Sicht sofort aufgelöst werden“, so FPÖ-Landespartei sekretär LAbg. Stefan Hermann, der auf die enorme Gefahr des Radikalislam in Österreich und insbesondere in der Steiermark hinweist: „Erst im Dezember letzten Jahres warnte das Landesamt für Verfassungsschutz vor der Grazer Islamistszene. Aus freiheitlicher Sicht braucht es umgehend strengere Gesetze gegen den politischen und radikalen Islam sowie einen völligen Zuwanderungsstopp aus islamischen Ländern. Die teils extrem toleranzromantische Haltung der Koalitionen auf Landes- und Bundesebene sind hier völlig fehl am Platz. Die heutige Pressekonferenz war zwar eine interessante Infoveranstaltung, aber es braucht nun endlich harte Maßnahmen gegen islamistische Strukturen in Österreich und in der Steiermark“, so Hermann abschließend.

**Klassifizierung:** Der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Hermann fordert auf Basis der „Islam-Landkarte“ „einen völligen Zuwanderungsstopp aus islamischen Ländern“. Hermann stempelt Muslim\*innen damit kollektiv als Bedrohung ab und er macht deutlich, dass er Muslim\*innen bzw. alle Menschen aus „islamischen Ländern“ von Österreich fernhalten will. Diese antimuslimisch aufgeladene kollektive Abwertungs-, Bedrohungs- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

### **27. Mai**

Der FPÖ-Nationalratsabgeordneten Hannes Amesbauer veröffentlicht als Reaktion auf die Präsentation der „Islam-Landkarte“ eine Presseaussendung mit dem Titel „Deutlich über 600 islamische Einrichtungen in Österreich!“. Er schreibt: „Mit der Islam-Landkarte wurde nun sichtbar gemacht, wie stark der Islam und damit auch islamistische Strömungen, darunter auch akut gefährliche Ideologien in Österreich bereits verbreitet sind. Deutlich über 600 dementsprechende Einrichtungen gibt es landesweit. Wir Freiheitliche warnen bereits seit vielen Jahren vor den Gefahren, welche die überschießende und zum überwiegenden Teil illegal stattfindende Migration aus dem islamischen Kulturkreis mit sich bringt. Diese Problematik seriös und wissenschaftlich zu beleuchten ist gut. Wichtig ist dabei, dass keine Verharmlosung von radikalislamistischen Tendenzen aufgrund einer falsch verstandenen Toleranz Einzug in

diese Dokumentationsstelle finden. Die Frage ist, welche politischen Schlüsse daraus abgeleitet werden.“<sup>198</sup>

### **FPÖ – Amesbauer: Deutlich über 600 islamische Einrichtungen in Österreich!**

**Erste Inhalte der Dokumentationsstelle Politischer Islam offenbaren Problem mit Islamismus in Österreich**

*Wien (OTS)* - „Mit der Islam-Landkarte wurde nun sichtbar gemacht, wie stark der Islam und damit auch islamistische Strömungen, darunter auch akut gefährliche Ideologien in Österreich bereits verbreitet sind. Deutlich über 600 dementsprechende Einrichtungen gibt es landesweit“, reagierte heute FPÖ-Sicherheitssprecher NAbg. Hannes Amesbauer auf die Präsentation der ersten Ergebnisse der Dokumentationsstelle Politischer Islam, welche im Juli des Vorjahres ihre Arbeit aufgenommen hat. „Leider fehlen inhaltlich zu den einzelnen Moscheen, Vereinen und Kultusgemeinden noch sehr viele Informationen. Die Tatsache, dass es nun einen Gesamtüberblick gibt, ist aber durchaus begrüßenswert. Wir erhoffen uns, dass dieses Projekt konsequent und ohne toleranzromantische Einflüsse schonungslos die besonders problematischen und gefährlichen Einrichtungen sichtbar machen wird“, betonte Amesbauer.

„Wir Freiheitliche warnen bereits seit vielen Jahren vor den Gefahren, welche die überschießende und zum überwiegenden Teil illegal stattfindende Migration aus dem islamischen Kulturkreis mit sich bringt. Diese Problematik seriös und wissenschaftlich zu beleuchten ist gut. Wichtig ist dabei, dass keine Verharmlosung von radikalislamistischen Tendenzen aufgrund einer falsch verstandenen Toleranz Einzug in diese Dokumentationsstelle finden. Die Frage ist, welche politischen Schlüsse daraus abgeleitet werden“, so Amesbauer und weiter: „Bei der ÖVP muss man hier bekanntermaßen vorsichtig sein. Ihnen ist nur die Inszenierung wichtig. Bei der Umsetzung verlässt den Türken dann leider meistens der Mut und das Rückgrat, besonders wenn es um die effektive Bekämpfung des politischen Islam sowie der illegalen Migration geht.“

**Klassifizierung:** Der FPÖ-Nationalratsabgeordneten Amesbauer benutzt die Veröffentlichung der „Islam-Landkarte“ um islamische Einrichtungen kollektiv in einen Topf mit „islamistischen Strömungen“ zu werfen und sämtliche islamischen Einrichtungen kollektiv als Bedrohung zu markieren. Er erklärt die schiere Anzahl islamischer Einrichtungen zum Problem, unabhängig von der jeweiligen Ausrichtung der Einrichtung. Damit weist die Aussendung von Amesbauer eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

### **27. Mai**

Der oberösterreichische FPÖ-Obmann und Vizelandeshauptmann Manfred Haimbuchner postet ein Bild von Menschen auf der Straße, wobei gut sichtbar zwei Frauen, die Kopftuch tragen, im Zentrum des Bildes sind. Im Bild steht: „Fremd im eigenen Land: Ausländeranteil steigt weiter – auf 17,1 Prozent!“ Dazu schreibt Haimbuchner: „Österreich wächst – aufgrund von internationaler Zuwanderung, vor allem vom Balkan und aus der Türkei. Am 1. Jänner 2021 lebten über 1,5 Millionen Menschen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft in Österreich. Der Anteil ausländischer Staatsangehöriger stieg in einem Jahr von 16,7 Prozent auf 17,1 Prozent. Durch diese Entwicklung werden noch weitaus größere Probleme auf uns zukommen, als wir das bisher schon erlebt haben. Es ist deshalb höchste Zeit gegenzusteuern und in der Migrations- und Asylpolitik mit Vernunft und Weitblick statt mit naiver Gefühlsduselei zu agieren.“<sup>199</sup>

<sup>198</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210527\\_OTS0171/fpoe-amesbauer-deutlich-ueber-600-islamische-einrichtungen-in-oesterreich](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210527_OTS0171/fpoe-amesbauer-deutlich-ueber-600-islamische-einrichtungen-in-oesterreich)

<sup>199</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=4131885336872111&id=655193467874666](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=4131885336872111&id=655193467874666)



**Klassifizierung:** Durch das Bild, das er postet, erweckt der oberösterreichische FPÖ-Obmann Haimbuchner den Eindruck, Österreich wachse vorwiegend durch Muslim\*innen. Darüber hinaus suggeriert die Kombination aus Text und Bild, dass Muslim\*innen für „Fremdheit im eigenen Land“ stehen. Auch in seinem Begleittext erweckt Haimbuchner den Eindruck „Internationale Zuwanderung“ würde hauptsächlich aus muslimischen bzw. teilweise muslimischen Ländern „vom Balkan und aus der Türkei“ stattfinden und, dass dadurch „noch weitaus größere Probleme auf uns zukommen, als wir das schon bisher erlebt haben“. Fakt ist jedoch, dass laut Statistik Austria im Jahr 2020 Einwanderer überwiegend aus EU-Ländern nach Österreich gekommen sind. Die größten Wanderungsüberschüsse nach Österreich gab es 2020 bei Deutschen, Rumänen sowie bei kroatischen Staatsangehörigen. Das Posting von Haimbuchner führt in die Irre und weist, indem Muslim\*innen als „Fremde“ bzw. als „Fremdheit erzeugend“ abgestempelt werden, eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 28. Mai

Der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann teilt auf Facebook einen Artikel über die „Islam-Landkarte“. Er schreibt: „Erst im Dezember letzten Jahres warnte das Landesamt für Verfassungsschutz vor der Grazer [#Islamistenszene](#). Aus freiheitlicher Sicht braucht es umgehend strengere Gesetze gegen den politischen und radikalen Islam sowie einen völligen [#Zuwanderungsstopp](#) aus islamischen Ländern! 🚧🚧🚧“ Am Ende des Textes von Hermann sind ein Icon von einer Frau mit Hijab und eines von einem Grenzbalken.<sup>200</sup>

<sup>200</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=834651760497394&id=153398965289347](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=834651760497394&id=153398965289347)



**Klassifizierung:** Der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Hermann fordert auf Basis der „Islam-Landkarte“ „einen völligen Zuwanderungsstopp aus islamischen Ländern“. Er signalisiert durch Icons, dass insbesondere Frauen, die Kopftuch tragen, nicht mehr nach Österreich eingelassen werden sollen. Hermann stempelt Muslim\*innen damit kollektiv als Bedrohung ab und er macht deutlich, dass er Muslim\*innen bzw. alle Menschen aus „islamischen Ländern“ von Österreich fernhalten will. Diese antimuslimisch aufgeladene kollektive Abwertungs-, Bedrohungs- und Feindbildrhetorik ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

### 10. Juni

Der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp postet auf Facebook ein Bild von einer Frau, die Kopftuch trägt und auf eine Stadt herabblickt. Auf dem Bild ist zu lesen: „Integrationsbericht belegt: Wiener werden in ihrer eigenen Stadt zur Minderheit!“. Dazu schreibt Nepp: „Der heute veröffentlichte Integrationsbericht, wonach über 60 Prozent der Kinder in Wien eine nicht deutsche Umgangssprache haben zeigt, dass die Wiener in ihrer eigenen Stadt immer mehr zur Minderheit werden. Die FPÖ hat diese Entwicklung seit Jahrzehnten vorhergesagt. Trotzdem hat die SPÖ mit ihrem Zuwanderungsfanatismus einen regelrechten Bevölkerungsaustausch herbeigeführt!“<sup>201</sup>

<sup>201</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=5642006412508625&id=135953609780627](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=5642006412508625&id=135953609780627)



**Klassifizierung:** FPÖ-Obmann Nepp bringt durch das Zusammenspiel aus Text und Bild eine Muslimin, die Kopftuch trägt, mit „nichtdeutscher Umgangssprache“, „Fremdheit“ und „Bevölkerungsaustausch“ in Verbindung. Er spaltete darüber hinaus die Wiener Bevölkerung in „Wiener“ und „Nichtwiener“. Durch das Bild ist klar, dass in Wien lebende Muslim\*innen den „Nichtwiener\*innen“ zugeordnet werden. Das Posting ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

### 10. Juni

Der Wiener FPÖ-Klubobmann Maximilian Krauss postet das gleiche Bild von einer Frau, die Kopftuch trägt und auf eine Stadt herabblickt, das auch FPÖ-Obmann Dominik Nepp gepostet hat. Auf dem von Krauss geposteten Bild steht: „Bevölkerungsaustausch: 60 Prozent der Kinder in Wien haben Migrationshintergrund!“ Dazu wird eine Balkengrafik eingeblendet, die für „Migrationshintergrund“ den Wert „60%“ ausweist und für „Österreicher“ den Wert „40%“. Dazu schreibt Krauss: „Dank der unkontrollierten Zuwanderungspolitik der letzten Jahre ist in Wien ein regelrechter Bevölkerungsaustausch im Gange. Schon 60 Prozent aller Kinder haben Migrationshintergrund. Diese Entwicklung kann nur mit einem entschlossenen Zuwanderungsstopp aufgehalten werden!“<sup>202</sup>

<sup>202</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=3794774797301373&id=590930261019192](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=3794774797301373&id=590930261019192)

Maximilian Krauss   
17 Std. · 

Dank der unkontrollierten Zuwanderungspolitik der letzten Jahre ist in Wien ein regelrechter Bevölkerungsaustausch im Gange. Schon 60 Prozent aller Kinder haben Migrationshintergrund. Diese Entwicklung kann nur mit einem entschlossenen Zuwanderungsstopp aufgehalten werden!



 539

192 Kommentare 188 Mal geteilt

**Klassifizierung:** Der Wiener FPÖ-Klubobmann Krauss befeuert, wie zuvor auch FPÖ-Obmann Nepp, die rechtsextreme Verschwörungstheorie vom „Bevölkerungsaustausch“. Durch das Zusammenspiel aus Text und Bild bringt Krauss eine Muslimin, die Kopftuch trägt, mit „Bevölkerungsaustausch“ in Verbindung. Darüber hinaus spaltet das Posting durch die Grafikbalken im Bild in „Menschen mit Migrationshintergrund“ und „Österreicher“. Das heißt, Menschen mit Migrationshintergrund werden kollektiv vom Österreicher\*innen-Sein ausgeschlossen. Durch das Bild der Frau, die ein Kopftuch trägt, werden damit insbesondere Muslim\*innen vom Österreicher\*innen-Sein ausgeschlossen. Das Posting ist ein klarer Fall von Rassismus mit antimuslimisch-rassistischem Einschlag.

### 10. Juni

Der Wiener FPÖ-Klubobmann Maximilian Krauss postet ein Bild von zwei österreichischen Pässen. Auf dem Bild steht: „Staatsbürgerschaft: Statt verschenken müssen Bestimmungen verschärft werden!“ Dazu schreibt Krauss: „Es darf kein Verschenken der Staatsbürgerschaft geben! Im Gegenteil! Es muss eine Verschärfung der Einbürgerungsvoraussetzungen wie eine



Erhöhung der Einbürgerungsfrist von jetzt 10 auf 25 Jahre kommen. Zusätzlich brauchen wir ein wirkungsvolles Maßnahmenpaket gegen die schleichende Islamisierung in Wien!<sup>203</sup>

 **Maximilian Krauss** ✓  
21 Std. · 🌐

Es darf kein Verschenken der Staatsbürgerschaft geben! Im Gegenteil! Es muss eine Verschärfung der Einbürgerungsvoraussetzungen wie eine Erhöhung der Einbürgerungsfrist von jetzt 10 auf 25 Jahre kommen. Zusätzlich brauchen wir ein wirkungsvolles Maßnahmenpaket gegen die schleichende Islamisierung in Wien!



651 36 Kommentare 100 Mal geteilt

**Klassifizierung:** Der Wiener FPÖ-Klubobmann Krauss fordert eine weitere Erschwerung der Erlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft und bringt die Vergabe von Staatsbürgerschaften mit „schleichender Islamisierung“ in Verbindung. Krauss deutet damit an, dass er insbesondere gegen die Staatsbürgerschaftsvergabe an Muslim\*innen eintritt und den Staatsbürgerschaftserwerb von Muslim\*innen als „Islamisierung“ ansieht. Das Posting weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

### 10. Juni

Der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Hannes Amesbauer schreibt in einer Presseaussendung: „Die jahrelange illegale Massenmigration wirkt sich massiv auf die österreichische Gesellschaft aus. Der heute präsentierte Integrationsbericht bestätigt das. Bezeichnend ist, dass in der Pressekonferenz kaum darauf eingegangen wurde, dass insbesondere die zügellose Zuwanderung aus den islamisch geprägten Regionen viele gefährliche Strömungen mitbringt

<sup>203</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=3814793768632809&id=590930261019192](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=3814793768632809&id=590930261019192)

und oftmals diese Menschen kaum bis gar nicht integrationswillig sind. Große Teile dieser Migrationsgruppen lehnen unser Wertefundament sowie unseren Rechtsstaat fundamental ab. Ein paar Sprach- und Wertekurse werden dieses Problem nicht lösen, so wie es uns ÖVP-Integrationsministerin Raab verklickern möchte.“<sup>204</sup>

**Klassifizierung:** Der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Amesbauer unterstellt Menschen, die aus „islamisch geprägten Regionen“ nach Österreich kommen, dass diese „oftmals kaum bis gar nicht integrationswillig“ seien und „unser Wertefundament sowie unseren Rechtsstaat fundamental ablehnen“ würden. Diese undifferenzierte und nahezu kollektive negative Zuschreibung von „fundamentaler Rechtsstaatsablehnung“ und „nicht vorhandenem Integrationswillen“ zu Menschen aus „islamisch geprägten Regionen“ weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 22. Juni

FPÖ-Obmann und Ex-Innenminister Herbert Kickl postet auf Facebook den Livestream einer Pressekonferenz von ihm und dem Nationalratsabgeordneten Gerald Hauser. Im Video sagt Kickl: „Man kann es so zusammenfassen: die Asylberechtigten von heute sind die Staatsbürger von morgen. Und das ist ein riesiges Problem, weil wir es hier mit Bevölkerungszuwachs aus einer Gruppe zu tun haben, die ich als besonders schlecht integriert bezeichnen möchte. Das ist ein Zuwachs der islamischen Community, mit dem wir hier es zu tun haben. Und die Asylwellen werden weiter gehen. Sie wissen, was die Nationen sind: Afghanistan, Syrien, viele Länder, wo wir es wirklich mit problematischen Entwicklung auch zu tun haben. Und das werden die neuen österreichischen Staatsbürger in ein paar Jahren sein, und dem leistet auch die ÖVP Vorschub. Das sind dann Passösterreicher, Passösterreicher ohne jede Bindung und jeden Bezug zu unserer Heimat.“<sup>205</sup>

**Klassifizierung:** FPÖ-Obmann Kickl warnt auf einer Pressekonferenz pauschal vor einem „Zuwachs der islamischen Community“. Er konstruiert Muslim\*innen als homogene „Community“ und er nennt die von ihm als homogen konstruierte „islamische Community“ pauschal eine „Gruppe, die ich als besonders schlecht integriert bezeichnen möchte“. Kickl warnt davor, dass (muslimische) Asylberechtigte „die neuen österreichischen Staatsbürger in ein paar Jahren sein werden“. Er bezeichnet sie abwertend als „Passösterreicher ohne jede Bindung und jeden Bezug zu unserer Heimat“. Kickls pauschal abwertenden und ausgrenzenden Aussagen gegen in Österreich lebende und in Österreich eingebürgerte Muslim\*innen sind ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

## 25. Juni

Der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp postet ein Bild auf dem steht: „NEIN zu Doppelstaatsbürgerschaften: Türken sollen Türken bleiben!“ Dazu schreibt Nepp: „In Österreich aufhältige Türken interessieren sich nur deshalb so sehr für die österreichische (Doppel-)Staatsbürgerschaft, weil mit ihr viele Rechte verbunden sind. Eine Herzensbindung zu Österreich und zur abendländischen Kultur mit ihren christlich geprägten Werten fehlt. Stattdessen wird für Erdogan auf die Straße gegangen und Unfrieden gestiftet, wann immer es der autoritäre Demagoge verlangt. Wir sagen daher Nein zu Doppelstaatsbürgerschaften!“<sup>206</sup>

<sup>204</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20210610\\_OTS0186/fpoe-amesbauer-integrationsbericht-bestaetigt-freiheitliche-warnungen-vor-illegaler-massenmigration](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210610_OTS0186/fpoe-amesbauer-integrationsbericht-bestaetigt-freiheitliche-warnungen-vor-illegaler-massenmigration)

<sup>205</sup> <https://www.facebook.com/herbertkickl/videos/822347525085298>

<sup>206</sup> <https://www.facebook.com/135953609780627/photos/a.141242412585080/5708239652551967>



**Klassifizierung:** In seinem Posting betreibt der Wiener FPÖ-Obmann Nepp pauschale Stimmungsmache gegen in Österreich lebende Türk\*innen. Er spricht Menschen türkischer Herkunft kollektiv ab, eine „Herzensbindung zu Österreich“ zu haben. Und er verweist ausdrücklich auf „christlich geprägte Werten“, zu denen Türk\*innen seiner Ansicht nach „eine Herzensbindung“ fehlen würde. Dieser Verweis macht deutlich, dass es Nepp bei seiner Stimmungsmache (auch) um Türk\*innen als (angenommene) Muslim\*innen geht. Dadurch gewinnt sein Posting eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz.

### 6. Juli 2021

Der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Markus Hein postet ein Bild von einer Frau, die ein Kopftuch trägt. Im Bild steht: „FPÖ-Antrag abgelehnt: SPÖ. ÖVP und Grüne fördern Überfremdung!“ Dazu schreibt Hein: „Der hohe Ausländeranteil in den Linzer Stadtbezirken Franckviertel, Bulgariplatz, Neue Heimat und Auweisen begünstigt die Überfremdung. Die FPÖ Linz forderte deshalb im Gemeinderat eine Begrenzung des Anteils von Nicht-EU-Bürgern auf maximal 25 Prozent, was bei SPÖ, Grünen und ÖVP jedoch auf taube Ohren stieß. Einmal mehr zeigt sich, wie wenig Gespür diese Parteien für die Probleme der Linzer haben. Diese scheinheilige Ignoranz hilft weder den Österreichern noch den Zugewanderten und begünstigt illegale und kriminelle Zuwanderung. Die traurigen Vorkommnisse in Wien zeigen ganz deutlich: Es braucht dringend eine offene Kommunikation und lösungsorientierte Auseinandersetzung mit diesem Thema!“<sup>207</sup>

<sup>207</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=2186607188148401&id=624525897689879](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=2186607188148401&id=624525897689879)



**Klassifizierung:** Durch die Kombination aus Bild und Text präsentiert der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Hein Frauen, die Kopftuch tragen, als stellvertretend für „Ausländer“ und für „Überfremdung“. Dadurch werden Frauen, die Kopftuch tragen, ausgegrenzt und negativ abgestempelt. Das Posting hat eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz.

### 15. Juli

Der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp postet auf Facebook einen Medienartikel über ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum Thema Kopftuchverbot in Kindergärten und Drogerien. Nepp schreibt dazu: „Das Kopftuch hat in Europa nichts verloren!“<sup>208</sup>



<sup>208</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=5802619286447336&id=135953609780627](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=5802619286447336&id=135953609780627)

**Klassifizierung:** Das Posting des Wiener FPÖ-Obmanns Dominik Nepp beinhaltet keine Argumente für oder gegen das Tragen von Kopftüchern, sondern es grenzt mit der pauschalen Aussage, wonach „das Kopftuch in Europa nichts verloren hat“, sämtliche Personen, die ein Kopftuch tragen, unabhängig von ihrem Beweggrund, kollektiv aus „Europa“ aus.<sup>209</sup> Das Posting weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 22. Juli

Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek postet auf Facebook ein Bild, auf dem geschlachtete Schafe, ein weinendes Gesichts-Icon sowie Twitter-Feiertagsgrüße des Bundespräsidenten und der Grünen zum islamischen Opferfest zu sehen sind. Auf dem Bild steht: „Opferfest und grausames Schächten: Für Grüne kein Problem...“ Kunasek schreibt dazu: „[Die Grünen](#) haben den Tierschutz längst aufgegeben...“<sup>210</sup>



<sup>209</sup> Der österreichische Verfassungsgerichtshof hält in seinem Erkenntnis vom 11. Dezember 2020 zur Aufhebung des Verhüllungsverbots an Schulen fest: „Zunächst ist von Bedeutung, dass das Tragen des islamischen Kopftuches eine Praxis ist, die aus verschiedenen Gründen ausgeübt wird. Die Deutungsmöglichkeiten, die die Trägerinnen eines Kopftuches vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Religion oder Weltanschauung dieser Bekleidung und damit dem Tragen des Kopftuches geben, sind vielfältig. Mit dem Tragen eines Kopftuches kann schlicht die Zugehörigkeit zum Islam oder die Ausrichtung des eigenen Lebens an den religiösen Werten des Islam ausgedrückt werden. Ferner kann das Tragen des Kopftuches etwa auch als Zeichen für die Zugehörigkeit zur islamischen Kultur bzw. für ein Festhalten an Traditionen der Herkunftsgesellschaft gedeutet werden. Dem islamischen Kopftuch kommt daher keine eindeutige und unmissverständliche Bedeutung zu.“ [https://www.vfgh.gv.at/downloads/VfGH-Erkenntnis\\_G\\_4\\_2020\\_vom\\_11.12.2020.pdf](https://www.vfgh.gv.at/downloads/VfGH-Erkenntnis_G_4_2020_vom_11.12.2020.pdf)

<sup>210</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=10158443572883282&id=66095458281](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10158443572883282&id=66095458281)

**Klassifizierung:** Der steirische FPÖ-Obmann Kunasek kritisiert die Opferfest-Grüße des Bundespräsidenten und der Grünen. Es sind keine Aussagen von Kunasek bekannt, in denen er nichtmuslimische Feiertagsgrüße oder nichtmuslimische Feste, bei denen traditionell Fleisch verzehrt wird und Tiere dafür geschlachtet werden, kritisiert. Das Posting von Kunasek weist durch das an den Pranger stellen von ausschließlich Feiertagsgrüßen an Muslim\*innen eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

### 23. September 2021

Der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Markus Hein postet ein Bild, auf dem mehrere Menschen zu sehen sind, besonders prominent zwei Frauen, die Kopftuch tragen. Auf dem Bild steht: „Holen wir uns unsere Stadt zurück! [...] Ausländische Kriminelle und illegale Migranten abschieben. Wildwuchs von Moscheen und Imam-Schulen verhindern. Deutschpflicht einführen - Keine Sozialleistungen für Ausländer ab dem ersten Tag. Damit Linz Heimat bleibt!“<sup>211</sup> Dazu schreibt Hein: „Wir schützen, was wir lieben. Damit Linz Heimat bleibt. Am 26. September: x FPÖ“<sup>211</sup>



Markus Hein  
20 Std. · 🌐

Wir schützen, was wir lieben. Damit Linz Heimat bleibt.  
Am 26. September: x FPÖ

**Holen wir uns unsere Stadt zurück!**

Über 25 % der Linzer Bevölkerung sind Ausländer. In den Kindergärten und Schulen ist die Situation noch dramatischer. Migranten sind in den Arbeitslosen- und Kriminalitätsstatistiken besonders stark vertreten. Nur die FPÖ schützt unsere Heimatstadt.  
Wir fordern:

- » Ausländische Kriminelle und illegale Migranten abschieben
- » Wildwuchs von Moscheen und Imam-Schulen verhindern
- » Deutschpflicht einführen - Keine Sozialleistungen für Ausländer ab dem ersten Tag

**Damit Linz Heimat bleibt!** **DESHALB** 

**Klassifizierung:** Durch die Kombination aus Bild und Text suggeriert der Linzer FPÖ-Vizebürgermeister Hein, dass Muslim\*innen bedrohliche „Ausländer“ seien, die den Linzer\*innen „ihre Stadt“ entrissen hätten, und es daher jetzt notwendig sei „unsere Stadt zurückzuholen“. Diese pauschale Ausgrenzungs- und Feindbildrhetorik, die sich durch das Bild und die Nennung von Moscheen primär gegen Muslim\*innen richtet, ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

<sup>211</sup> <https://www.facebook.com/624525897689879/photos/pb.100044424279812.-2207520000..2249383378537448/?type=3>

## 5. Oktober

Der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete und Bezirksparteiobmann in Wien Favoriten Stefan Berger schreibt in einer gemeinsamen Aussendung mit dem Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp zum Aufgriff von Asylsuchenden im Bezirk Wien Favoriten durch die Polizei: „Offenbar ist der südliche Wiener Bezirk ein begehrtes Endziel. Das ist wenig verwunderlich. Immerhin befinden sich in Favoriten zahlreiche Moscheen mit radikal-islamistischem Background. Und SPÖ-Bezirksvorsteher Franz sieht dem Treiben der radikalen Islamisten in seinem Bezirk nicht nur tatenlos zu, sondern stattet diesen Moscheen sogar regelmäßig Besuche ab.“<sup>212</sup>



### **FPÖ – Nepp/Berger: Und täglich grüßt das Murmeltier – erneuter Aufgriff illegaler Migranten in Favoriten**

**108 aufgegriffene Männer müssen sofort wieder außer Landes gebracht werden**

*Wien (OTS) - Mittlerweile kommt es beinahe täglich vor, dass Anrainer die Polizei rufen, weil sie eine Gruppe junger, herumstreifender Männer im 10. Bezirk entdecken. Auch diesmal stellte die Polizei fest, dass es sich bei den 23 Fremden entlang des Liesingbachs um Illegale handelt, 22 von ihnen sind laut Polizei Syrer, einer ist palästinischer Staatsangehöriger. „Während der türkise Innenminister Nehammer von Grenzschließungen spricht, österreichische Urlauber an den Grenzen auf Grund von Corona auf Herz und Nieren überprüft werden, können Schlepper offenbar unbehelligt einreisen. Das ist an Absurdität nicht zu überbieten!“ Nepp fordert, dass sämtliche 108 aufgegriffene Männer unverzüglich nachhause geschickt werden. „Mit humanitärer Hilfe hat deren Aufenthalt in Österreich nämlich nichts zu tun. Einmal mehr sind es junge Männer, die sich bei uns einschleusen, während sie ihre Frauen und Kinder eiskalt zurückgelassen haben. Es wäre daher höchst an der Zeit, dass SPÖ-Bürgermeister Ludwig klar macht, dass es keine weiteren Geldgeschenke für Sozialzuwanderer mehr geben wird!“*

Der freiheitliche Bezirksparteiobmann in Favoriten, LAbg. Stefan Berger, weist darauf hin, dass innerhalb einer Woche allein in Favoriten 108 illegale Migranten aufgegriffen wurden. „Offenbar ist der südliche Wiener Bezirk ein begehrtes Endziel. Das ist wenig verwunderlich. Immerhin befinden sich in Favoriten zahlreiche Moscheen mit radikal-islamistischem Background. Und SPÖ-Bezirksvorsteher Franz sieht dem Treiben der radikalen Islamisten in seinem Bezirk nicht nur tatenlos zu, sondern stattet diesen Moscheen sogar regelmäßig Besuche ab“, kritisiert Berger.

**Klassifizierung:** Der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete und Bezirksparteiobmann Berger bringt in einer gemeinsamen Aussendung mit dem Wiener FPÖ-Obmann Nepp (als muslimisch angenommene) Asylsuchende, nur weil sie im Bezirk Favoriten von der Polizei aufgegriffen werden, mit „Moscheen mit radikal-islamistischem Background“ in Verbindung, ohne dass eine tatsächliche Verbindung bekannt ist. Die pauschale Zuordnung von (als muslimisch angenommenen) Asylsuchenden ins radikal-islamistische Eck und ihre damit einhergehende

<sup>212</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20211005\\_OTS0141/fpoe-neppberger-und-taeglich-gruesst-das-murmeltier-erneuter-aufgriff-illegaler-migranten-in-favoriten](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20211005_OTS0141/fpoe-neppberger-und-taeglich-gruesst-das-murmeltier-erneuter-aufgriff-illegaler-migranten-in-favoriten)

kollektive Abstempelung als Bedrohung weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 11. Oktober

Der Wiener FPÖ-Klubobmann Maximilian Krauss postet ein Bild vom Wiener Stephansdom mit einer ins Bild hineinmontierten Mondsichel. Auf dem Bild steht: „Pummerin statt Muezzin: Kein öffentlicher Ruf zum Freitagsgebet in Wien!“ Dazu schreibt Krauss: „Ausgerechnet in Köln lässt die Stadtpolitik ab sofort zu, dass künftig der Muezzin die muslimischen Glaubensbrüder zum Freitagsgebet ruft! Es wird nicht lange dauern, bis man auch im Wiener Rathaus auf diese absurde Idee kommt! Das ist völlig falsch verstandene Toleranz! Wien ist eine Metropole des aufgeklärten, christlichen Abendlands. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese Kultur und Tradition immer mehr unterwandert wird. Nein zum Muezzin in Wien!“<sup>213</sup> Hintergrund des Postings ist die Entscheidung der Stadt Köln, dass im Rahmen eines zweijährigen Pilotprojekts Muezzine jeden Freitag zwischen 12 und 15 Uhr für insgesamt maximal fünf Minuten zum Freitagsgebet rufen dürfen.<sup>214</sup>



**Klassifizierung:** Der Wiener FPÖ-Klubobmann Krauss zeichnet das Bild eines in eine Moschee umgewandelten Stephansdoms. Er versucht, durch den Spruch „Pummerin statt Muezzin“, christliches Glockenläuten gegen muslimische Gebetsaufrufe mittels Muezzin

<sup>213</sup> <https://www.facebook.com/maximilian.krauss/posts/413417913469604>

<sup>214</sup> <https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-10/koeln-muezzin-rufe-freitagsgebet-modellprojekt-religionsfreiheit-moschee>



auszuspielen. Er spricht in Zusammenhang mit Muezzinrufen von der Gefahr einer „Unterwanderung“ der „Kultur und Tradition“ des „christlichen Abendlands“. Krauss bringt in seinem Posting kein einziges konkretes Argument, warum er gegen Muezzinrufe ist. Sein gesamtes Eintreten gegen Muezzinrufe basiert auf einer Kulturkampfrhetorik, die Christliches gegen bzw. über Muslimisches stellt, sowie auf der Schaffung eines diffusen pauschalen antimuslimischen Bedrohungsbildes. Das Posting weist damit eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 11. Oktober

Der steirische Vizeklubobmann Stefan Hermann postet auf Facebook einen Medienartikel mit dem Titel „Muslimischer Gebetsruf ab sofort erlaubt: Jetzt ruft der Muezzin über Köln“. Hermann schreibt dazu: „Deutschland schafft sich ab...🇩🇪 Die [Bild](#) berichtet: „Alle 35 Kölner Moscheen können damit jeden Freitag zwischen 12 und 15 Uhr für fünf Minuten zum Gebet aufrufen und über Lautsprecher verkünden: ‚Es gibt keinen anderen Gott außer Allah!‘“ — 🇩🇪 besorgt hier: [Köln](#).“<sup>215</sup>



**Klassifizierung:** Der steirische FPÖ-Vizeklubobmann Hermann bringt kein Argument gegen Muezzinrufe zum Freitagsgebet, sondern er stellt die Behauptung in den Raum, Deutschland würde sich durch Muezzinrufe „abschaffen“. Sein Eintreten gegen Muezzinrufe basiert ausschließlich auf der Schaffung eines diffusen pauschalen antimuslimischem Bedrohungsbildes und weist damit eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 12. Oktober

Der FPÖ-Nationalratspräsident Norbert Hofer postet einen Medienartikel mit dem Titel „Welle der Empörung: Köln erlaubt den Muezzin-Ruf“. Hofer schreibt dazu: „Europa schafft sich ab. Künftig ertönt mehrmals täglich der Ruf des Muezzin in Köln: ‚Allah ist der Allergrößte. Ich

<sup>215</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=919540252008544&id=153398965289347](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=919540252008544&id=153398965289347)

bezeuge, dass es keinen Gott außer Allah gibt“<sup>216</sup> Der deutsche Islamwissenschaftler und Jurist Mathias Rohe schreibt zur Frage des Inhalts des Muezzinrufs: „[...] Zudem wird der Ruf "Allahu akbar“ häufig grob falsch übersetzt. Korrekt heißt er "Gott ist (schlechthin) groß.“ Für Liebhaber der arabischen Grammatik, die anscheinend auch nicht allen hier lebenden Arabern bekannt ist: "Akbar“ ist hier kein Komparativ ("Gott ist größer“ – als was denn in einer streng monotheistischen Religion?) und mangels Artikel schon gar kein Superlativ ("Gott ist am größten“), sondern ein sogenannter Elativ mit der genannten Bedeutung. Das darf man im Schutz der Religionsfreiheit so sagen – arabischsprachige Christen tun es auch.“<sup>217</sup>



**Klassifizierung:** Der FPÖ-Nationalratspräsident Hofer bringt kein Argument gegen Muezzinrufe zum Freitagsgebet, sondern er stellt die Behauptung in den Raum, Europa würde sich durch Muezzinrufe „abschaffen“. Er verbreitet zudem eine falsche Übersetzung des Muezzinrufs. Hofers Eintreten gegen Muezzinrufe basiert ausschließlich auf der Schaffung eines diffusen pauschalen antimuslimischen Bedrohungsbildes und weist damit eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 19. Oktober

Der Wiener FPÖ-Obmann Dominik Nepp schreibt in einer Presseaussendung mit dem Titel „Keine weitere Aufnahme von illegalen Migranten in Wien“ folgenden Text: „Lediglich eine strikte Asylpolitik und das deutliche Bekenntnis, dass Wien nicht einen einzigen illegalen Asylanten mehr aufnimmt, kann dieses Treiben stoppen. Hätte man in der Stadtregierung ehrliches Interesse daran, die Wienerinnen und Wiener vor einwandernden Islamisten zu

<sup>216</sup> <https://www.facebook.com/norberthofer2021/posts/447090676784787>

<sup>217</sup> <https://de.qantara.de/inhalt/islamwissenschaftler-mathias-rohe-zum-muezzinruf-traditionelle-religionsausuebung-ist-kein>

schützen, würde man die Gutmenschenbrille endlich ablegen und entsprechend klare Ansagen machen.“<sup>218</sup>

**Klassifikation:** Der Wiener FPÖ-Obmann Nepp setzt in einer Presseaussendung Menschen, die Asylanträge stellen, mit „einwandernden Islamisten“ gleich. Als Maßnahme gegen „einwandernde Islamisten“ empfiehlt Nepp, dass Wien „nicht einen einzigen illegalen Asylanten mehr aufnimmt“. Diese pauschale Gleichsetzung von (als muslimisch angenommenen) Asylsuchenden mit „Islamisten“ weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 22. Oktober 2021

Der steirische FPÖ-Obmann und Ex-Verteidigungsminister Mario Kunasek postet einen Medienartikel mit dem Titel „Moschee-Bau in Graz sorgt für Aufregung“. Kunasek schreibt dazu: „Moscheen sind ein Symbol des politischen Islams - wir brauchen keine weiteren Anreize für einen Zuzug von Moslems aus aller Herren Länder! 🤬 Es braucht rasch eine Gesetzesänderung, um den Bau solcher kultureller Kampfansagen an unsere Gesellschaft zu unterbinden! 🚫🚫“<sup>219</sup> Ein identisches Posting gibt es auch vom steirischen FPÖ-Vizeklubobmann Stefan Hermann.<sup>220</sup>

The image shows a Facebook post by Mario Kunasek from October 22, 2021. The post text reads: "Moscheen sind ein Symbol des politischen Islams - wir brauchen keine weiteren Anreize für einen Zuzug von Moslems aus aller Herren Länder! 🤬 Es braucht rasch eine Gesetzesänderung, um den Bau solcher kultureller Kampfansagen an unsere Gesellschaft zu unterbinden! 🚫🚫". Below the post is a link to a newspaper article from 'Steiermark' with the headline "Moschee-Bau in Graz sorgt für Aufregung". The article discusses the planned construction of a mosque in Graz and the political controversy surrounding it, including quotes from FPÖ officials and local residents.

**Klassifizierung:** Der steirische FPÖ-Obmann Kunasek und sein Vizeklubobmann Hermann setzen sämtliche Moscheen pauschal mit „politischem Islam“ (antidemokratischen religiösen Strömungen) gleich. Sie sprechen sich (mit einem wütenden Gesichts-Icon) gegen „Anreize für einen Zuzug von Moslems aus aller Herren Länder“ aus. Sie bezeichnen Moscheen pauschal

<sup>218</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20211019\\_OTS0053/fpoe-nepp-keine-weitere-aufnahme-von-illegalen-migranten-in-wien](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20211019_OTS0053/fpoe-nepp-keine-weitere-aufnahme-von-illegalen-migranten-in-wien)

<sup>219</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=10158597538653282&id=66095458281](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=10158597538653282&id=66095458281)

<sup>220</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=927097707919465&id=153398965289347](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=927097707919465&id=153398965289347)

als „kulturelle Kampfansagen“, die sie „unterbinden“ wollen. Die pauschale Abqualifizierung sämtlicher Gebetshäuser für Muslim\*innen als Bedrohung und als „kulturelle Kampfansage“ und die damit einhergehende kollektive Abwertung und Ausgrenzung von Muslim\*innen ist ein klarer Fall von antimuslimischem Rassismus.

### 30. Oktober

Der oberösterreichische FPÖ-Obmann und Vizelandeshauptmann Manfred Haimbuchner postet ein Bild von vier Kindern, wobei ein Mädchen, das ein Kopftuch trägt, im Vordergrund ist. Das Bild ist von einer Fotoagentur und trägt in der Bilderdatenbank den Titel „Muslimische Mädchen genießen Musik-Klasse in der Schule mit ihren Freunden./Little Muslim girl wearing a hijab is enjoying clapping rhythms with her friends and teacher at school.“<sup>221</sup> Auf dem Bild steht: „Bei Sprachdefiziten: Zweites verpflichtendes Kindergartenjahr!“. Haimbuchner schreibt dazu: „Die Deutschvermittlung muss bereits im Kindesalter forciert werden. Denn aus dem aktuellen Integrationsbericht geht hervor, dass der Anteil an Schülern mit einer anderen Umgangssprache als Deutsch in einigen Bereichen überdurchschnittlich angestiegen ist. Im Schuljahr 2019/20 hatten 23,1 Prozent der Schüler in Oberösterreich eine andere Umgangssprache als Deutsch, dieser Anteil ist im Verhältnis zum Schuljahr 2015/16 um 3,5 Prozentpunkte angestiegen (19,6 %). Wir setzen uns daher für ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr bei Sprachdefiziten und die Einführung der Schulsprache Deutsch ein.“<sup>222</sup>



<sup>221</sup> <https://www.gettyimages.ch/detail/foto/little-muslim-girl-enjoy-music-class-at-school-with-lizenzfreies-bild/869033978>

<sup>222</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=4591753100885330&id=655193467874666](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=4591753100885330&id=655193467874666)

**Klassifizierung:** Der oberösterreichische FPÖ-Obmann und Vizelandeshauptmann bringt durch die gezielte Bildauswahl Personen, die ein Kopftuch tragen, mit Sprachdefiziten in Verbindung. Dieses wiederkehrende Herstellen einer Verbindung von Musliminnen, die Kopftuch tragen, mit Defiziten, weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 6. November

ÖVP-Integrationsministerin Susanne Raab postet auf Facebook einen Medienartikel mit dem Titel „Protest gegen Kopftuch-Kampagne des Europarats“. Hintergrund des Postings ist eine Kampagne des Europarats zu Vielfalt,<sup>223</sup> die umstrittene Sujets enthält, in denen Freiheit mit dem Tragen eines Hijabs verbunden wird.<sup>224</sup> Der Europarat zog nach Kritik einige der Kampagnensujets zurück.<sup>225</sup> Raab schreibt dazu: „Ich bin zutiefst besorgt und schockiert über den Inhalt der Kampagne des Europarats. Im jungen Alter ein Kopftuch zu tragen führt zu Sexualisierung und Stigmatisierung, reduziert Mädchen auf ihr Geschlecht und schadet ihrer Integration in die europäischen Gastgebergesellschaften. Mehr zu meinem Brief gibt es hier zu lesen“ <https://www.krone.at/2548403><sup>226</sup>



**Klassifizierung:** ÖVP-Integrationsministerin Raab spricht in ihrer kritischen Stellungnahme zur zurückgezogenen Europaratskampagne über Mädchen, die ein Kopftuch tragen, nicht als Teil der österreichischen Bevölkerung, sondern als Personen, die sich in „europäischen Gastgebergesellschaften“ aufhalten. Raab macht diese Mädchen damit kollektiv zu „Gästen“.

<sup>223</sup> <https://www.coe.int/en/web/inclusion-and-antidiscrimination/wecan4hrs>

<sup>224</sup> <https://www.euronews.com/my-europe/2021/11/03/council-of-europe-removes-hijab-diversity-campaign-tweets-amid-backlash>

<sup>225</sup> <https://orf.at/stories/3235202/>

<sup>226</sup> [https://www.facebook.com/permalink.php?story\\_fbid=426856952185633&id=100958814775450](https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=426856952185633&id=100958814775450)

Das heißt, Raab spricht zwar davon, dass sie diese Mädchen vor „Stigmatisierung“ schützen wolle, stigmatisiert sie zugleich aber selbst pauschal als (fremde) Gäste. Die pauschale Fremdheitszuschreibung und damit verbundene Ausgrenzungsrhetorik gegenüber muslimischen Mädchen weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

## 8. November

Der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete und Bezirksparteiobmann in Wien Favoriten Stefan Berger schreibt in einer Presseaussendung zur Pandemie-bedingten Absage eines Weihnachtsmarktes: „Das rote Wien raubt den Favoritnern ein zweites Mal in Folge die Adventzeit im Bezirk [...] Der Bezirksvorsteher, der offenbar lieber den Fokus auf den Besuch fragwürdiger Favoritner Moscheen legt, hat - wenig verwunderlich - vergessen, dass es im Bezirk Bürger gibt, denen unsere christlichen Traditionen am Herzen liegen und die sich demnach in diesem Jahr auf einen ordentlichen Weihnachts- bzw. Christkindlmarkt gefreut hätten.“<sup>227</sup>



### FP: Berger/Schuch zur Streichung des Favoritner Weihnachtsmarkts: „SPÖ soll Absage-Orgie christlicher Traditionen beenden!“

Bezirksvorsteher hat Fokus offenbar bei Besuch fragwürdiger Favoritner Moscheen

Wien (OTS) - „Das rote Wien raubt den Favoritnern ein zweites Mal in Folge die Adventzeit im Bezirk“, kritisieren FPÖ-Favoriten Obmann LAbg. Stefan Berger und Klubobmann Christian Schuch die Tatsache, dass der Weihnachtsmarkt auf der Favoritenstraße auch heuer wieder abgesagt wurde. Das Nichtstattfinden des Marktes kann als Totalversagen des roten Bezirksvorstehers Marcus Franz gewertet werden. Er wurde bereits mehrmals in diesem Jahr mit der Planung des Weihnachtsmarkts, etwa durch Anfragen und Anträge der FPÖ in der Favoritner Bezirksvertretung konfrontiert und hat dennoch wieder einmal in der Pendeluhr geschlafen. „Der Bezirksvorsteher, der offenbar lieber den Fokus auf den Besuch fragwürdiger Favoritner Moscheen legt, hat - wenig verwunderlich - vergessen, dass es im Bezirk Bürger gibt, denen unsere christlichen Traditionen am Herzen liegen und die sich demnach in diesem Jahr auf einen ordentlichen Weihnachts- bzw. Christkindlmarkt gefreut hätten,“ so Schuch und Berger.

Das alles reiht sich einmal mehr in das Planungs-Desaster ein, das wir im SPÖ-geführten Wien aus den unterschiedlichsten Bereichen bestens kennen. „Dass sich Corona in der Adventzeit nicht in Luft auflöst, hätte den Verantwortlichen eigentlich schon vor Monaten klar sein müssen. Warum man dann nicht die notwendigen Vorkehrungen bzw. Sicherheitskonzepte getroffen hat, um den Weihnachtsmarkt veranstalten zu können, ist völlig unverständlich“, so die beiden Politiker. Ob mit oder ohne Weihnachtsmarkt auf der Favoritenstraße – man hat auf der Fußgängerzone immer eine Ansammlung an Menschen. Man müsste also die komplette Fußgängerzone sperren, wenn es nach der Logik der Zeugen Coronas geht. Berger und Schuch fordern die Verantwortlichen abschließend auf, ihre Absage-Orgie schleunigst zu überdenken, denn die Favoritner haben sich, nachdem man Ungeimpfte aufgrund von 2G ohnehin von diversen Weihnachtsfeierlichkeiten ausschließt, zumindest ein paar schöne Stunden im Advent verdient.

**Klassifizierung:** Der Wiener FPÖ-Landtagsabgeordnete und Bezirksparteiobmann Berger spielt den Weihnachtsmarkt, der aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt wurde, gegen Moscheebesuche aus. Diese Rhetorik, die versucht, Christ\*innen gegen Muslim\*innen bzw. gegen die angedeutete Nähe des Bezirksvorstehers zu Muslim\*innen aufzuwiegeln, weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

<sup>227</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20211108\\_OTS0081/fp-bergerschuch-zur-streichung-des-favoritner-weihnachtsmarkts-spo-e-soll-absage-orgie-christlicher-traditionen-beenden](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20211108_OTS0081/fp-bergerschuch-zur-streichung-des-favoritner-weihnachtsmarkts-spo-e-soll-absage-orgie-christlicher-traditionen-beenden)

## 16. Dezember

FPÖ-Obmann und Ex-Innenminister Herbert Kickl postet auf Facebook einen Videoausschnitt der ORF-Sendung „ZIB 2“ mit einem Studio-Interview von ZIB 2-Moderator Armin Wolf mit dem Leiter der neu eingerichteten Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst Omar Hajjawi-Pirchner. In diesem Videoausschnitt kommt ausschließlich Armin Wolf zu Wort. Kickl schreibt dazu: „Das ist Omar Hajjawi-Pirchner. Er leitet die Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst. Im ZiB2 Interview hat er gesagt, dass es im Zuge der Corona-Demos immer mehr zu Sachbeschädigungen und gewalttätigen Angriffen kommt. Komisch: Der Wiener Polizeipräsident hat klar und deutlich festgehalten hat, dass die letzte Corona-Demo in Wien friedlich abgelaufen ist. Nun ja, die Aussagen von Herrn Hajjawi-Pirchner sind wohl kaum verwunderlich, wenn man sich ansieht, wo seine politische Herkunft zu finden ist. Aber seht selbst. 😊“<sup>228</sup> Unter dem Posting finden sich mehrere rassistische Kommentare, die auf den Namen des Interviewten Bezug nehmen. Diese rassistischen Kommentare bleiben teilweise für Stunden, Tage oder sogar Wochen unter dem Posting stehen, ohne von Kickl und seinem Social Media Team gelöscht zu werden. Hier einige Beispiele:



**Klassifizierung:** FPÖ-Obmann Kickl macht ein Posting zum Leiter der neu eingerichteten Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst. Er nennt dessen Namen und lässt dann zahlreiche rassistische Kommentare, die sich auf den (teilweise muslimisch gelesenen) Namen beziehen, ungelöscht unter dem Posting stehen. Dieses Nichtlöschen von teilweise offen antimuslimisch-rassistischen Kommentaren weist eine deutliche antimuslimisch-rassistische Tendenz auf.

<sup>228</sup> <https://www.facebook.com/herbertkickl/videos/2092367687577173/>

## **Resümee und Forderungen nach Gegenmaßnahmen**

Im vorliegenden Bericht von SOS Mitmensch werden 69 antimuslimisch-rassistische Aussagen und Veröffentlichungen, die im Jahr 2021 in der Sphäre der österreichischen Spitzenpolitik stattgefunden haben, dokumentiert und analysiert. Gegenüber dem Jahr 2020 bedeutet das einen leichten Rückgang der Dichte an Vorfällen, geschuldet vor allem der Fokussierung der innenpolitischen Debatten in der zweiten Jahreshälfte auf Korruptionsermittlungen gegen Spitzenpolitiker\*innen sowie auf das ImpftHEMA. Neben antimuslimisch-rassistischen Einzelaussagen gab es auch einige konzertierte antimuslimisch-rassistische Kampagnen, an denen sich mehrere Politiker\*innen beteiligten. Die Corona-Pandemie wurde 2021 erneut teilweise als Aufhänger für antimuslimisch-rassistische Agitation benutzt.

### **Hauptakteur\*innen im Jahr 2021**

Bei den politischen Hauptakteur\*innen der antimuslimisch-rassistischen Kampagnen gab es sowohl Kontinuitäten als auch Veränderungen. FPÖ-Spitzenpolitiker\*innen, wie etwa die beiden Bundesparteiobleute Norbert Hofer und Herbert Kickl, der Wiener FPÖ-Parteiobmann Dominik Nepp, der steirische FPÖ-Parteiobmann Mario Kunasek, FPÖ-Generalsekretär Michael Schnedlitz, der oberösterreichische FPÖ-Obmann Manfred Haimbuchner sowie der Tiroler FPÖ-Obmann Markus Abwerzger, zählten auch 2021 wieder zu den politischen Hauptakteur\*innen des antimuslimischen Rassismus in Österreich. Gemeinsam mit weiteren FPÖ-Politiker\*innen sowie FPÖ-Einrichtungen und FPÖ-nahen Organisationen verbreiteten sie über verschiedene Kommunikationskanäle Aussagen und Bilder mit antimuslimisch-rassistischer Tendenz.

### **Auch Akteur\*innen der ÖVP**

Traten in den Jahren 2018 und 2020 in der Spitzenpolitik ausschließlich Funktionär\*innen der FPÖ als Akteur\*innen des antimuslimischen Rassismus in Österreich in Erscheinung, so mischten 2021 auch wieder Personen aus der ÖVP mit. Die für Integrationspolitik zuständige Ministerin Susanne Raab sowie die Wiener ÖVP-Landtagsabgeordnete Caroline Hungerländer beteiligten sich mit Äußerungen bzw. Aussendungen an der pauschalen negativen Abstempelung von Muslim\*innen. Darüber hinaus fiel der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz durch das Nichtentsenden von Feiertagsgrüßen an Muslim\*innen auf seinem Haupt-Social-Media-Kanal Facebook auf.

### **Corona-Pandemie und antimuslimische Verschwörungsgeschichten**

Die Corona-Pandemie wurde von der FPÖ in mehreren Wellen genutzt, um Neid und Hass auf Muslim\*innen anzufachen. Im Zentrum dieser Kampagnenwellen stand die Behauptung, Muslim\*innen würden von Politik und Behörden gegenüber Christ\*innen bevorzugt behandelt werden. Im Jahr 2021 wurden von FPÖ-Spitzenpolitiker\*innen unter anderem Falsch-, Verschwörungs- und Neidgeschichten lanciert, die behaupteten, die Bundesregierung würde sich in ihren Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie an den muslimischen Ramadan-Fasttagen ausrichten und gleichzeitig Christ\*innen mutwillig einschränken. Doch im Jahresrückblick zeigt sich, dass die einzigen Feiertage, die von der Bundesregierung tatsächlich speziell in Zusammenhang mit der Lockerung von Corona-Maßnahmen Berücksichtigung fanden, christliche Feiertage waren, nämlich im Dezember 2021 (so wie auch schon Jahr zuvor) das katholische und protestantische Weihnachten sowie im Jänner 2021 das orthodoxe Weihnachten.



### **Abwertung und Ausgrenzung von Frauen mit Kopftuch**

Ein weiteres wiederkehrendes Element antimuslimisch-rassistischer Kampagnen ist die Markierung von Frauen, die ein Kopftuch tragen, als Inbegriff des Fremden sowie des Problem- und Defizitbehafteten. Negative Phänomene (wie etwa Leseschwächen) wurden auch im Jahr 2021 wieder gezielt mit Frauen, die ein Kopftuch tragen, bebildert. Darüber hinaus wurden Frauen, die ein Kopftuch tragen, mit Begriffen wie „Überfremdung“ und „Bevölkerungsaustausch“ in Verbindung gebracht und damit pauschal als fremd, bedrohlich und unerwünscht abgestempelt.

### **Skandalisierung von Feiertagsgrüßen an Muslim\*innen**

Ein wiederkehrendes antimuslimisch-rassistisches Kampagnenelement ist die Skandalisierung von Feiertagsgrüßen an Muslim\*innen. FPÖ-Politiker greifen seit einigen Jahren Spitzenpolitiker\*innen anderer Parteien sowie Repräsentant\*innen des Staates dafür an, dass sie auch an Muslim\*innen Feiertagsgrüße richten. Damit werden nicht nur Muslim\*innen und ihre Feiertage abgewertet, es soll damit auch Druck auf die Politik ausgeübt werden, keine Feiertagsgrüße mehr an Muslim\*innen zu richten.

### **Selektive Feiertagsgrüße an Muslim\*innen**

Einige Spitzenrepräsentant\*innen des Staates Österreich haben diesem Druck teilweise nachgegeben und damit einen Kniefall vor dem antimuslimischen Rassismus vollzogen. So gab es von Bundeskanzler Sebastian Kurz keine Feiertagsgrüße mehr an Muslim\*innen auf seinem Haupt-Social-Media-Kanal Facebook, während er anderen Religionsgemeinschaften dort Feiertagsgrüße ausrichtet.

### **Abnahme der Dichte an rassistischen Kampagnen in der zweiten Jahreshälfte 2021**

Während in der ersten Jahreshälfte 2021 die Dichte an antimuslimischen Äußerungen Kampagnen sehr hoch war, ging diese Dichte im Verlauf der zweiten Jahreshälfte deutlich zurück. Hauptgrund dafür waren die herausragende Stellung, die diverse Korruptionsermittlungen und das ImpftHEMA im öffentlichen Diskurs einnahmen. Dennoch gab es insgesamt über das Jahr 2021 gerechnet durchschnittlich mehr als einmal pro Woche eine antimuslimisch-rassistische Veröffentlichung durch eine\*n Spitzenpolitiker\*in.

### **Nur die Spitze eines Eisbergs**

SOS Mitmensch hat nur solche Fälle in die vorliegende Dokumentation aufgenommen, bei denen die antimuslimisch-rassistische Tendenz eindeutig erkennbar ist. Darüber hinaus sind in die vorliegende Dokumentation ausschließlich Vorfälle und Kampagnen aus der Spitzenpolitik und nicht auch aus der Lokalpolitik eingeflossen. Daher sei nachdrücklich betont, dass es sich bei den dokumentierten Fällen lediglich um die Spitze eines wesentlich größeren Eisbergs an antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik handelt.

### **Abstempeln von Muslim\*innen als „ewige Fremde“**

Das ideologische Fundament des antimuslimischen Rassismus war auch im Jahr 2021 die Abstempelung von Muslim\*innen als „ewige Fremde“, denen die volle Zugehörigkeit zur österreichischen Gesellschaft verweigert wird. Dazu wird in antimuslimisch-rassistischen Wortmeldungen häufig eine nichtmuslimische „Wir-Gruppe“ und eine muslimische „Sie-Gruppe“ konstruiert und eine fixe, unauflöslche und bis in die Ewigkeit gedachte Trennlinie zwischen diesen beiden als homogen konstruierten Gruppen gezogen. Auf Grundlage dieses ideologischen Fundaments werden kollektive Vorurteile, Angst, Neid oder sogar offener Hass

gegen Muslim\*innen geschürt. Muslim\*innen werden als Sündenböcke für unpopuläre Maßnahmen und negative Entwicklungen abgestempelt, unter Generalverdacht gestellt und kollektiv abgewertet und ausgegrenzt.

### **Wirkung der Berichte von SOS Mitmensch**

Seit Veröffentlichung des ersten Berichts von SOS Mitmensch zu antimuslimischem Rassismus in der österreichischen Politik, ist den Politiker\*innen im Land klar, dass ihre antimuslimisch-rassistischen Äußerungen beobachtet, dokumentiert und analysiert werden. Das hat dazu geführt, dass teilweise vorsichtiger formuliert wird und einige besonders radikale rassistische Äußerungen und Forderungen gegen Muslim\*innen nicht mehr wiederholt wurden. So wurde die Forderung nach Ausschluss von Muslim\*innen vom sozialen Wohnbau, wie sie von der Wiener FPÖ im Jahr 2018 erhoben wurde, nicht noch einmal wiederholt, aber auch nicht zurückgenommen. Auch die Verleihung von Staatsbürgerschaften an Muslim\*innen wurde nicht erneut offen skandalisiert, allerdings im Jahr 2021 mit „Islamisierung“ in Verbindung gebracht. Während es gelungen ist, einige der absoluten Spitzen der antimuslimisch-rassistischen Rhetorik zu kappen, hat es gleichzeitig, mit Ausnahme des zweiten Halbjahres 2021, eine Verdichtung dieser Rhetorik gegeben – eine besorgniserregende Entwicklung.

### **Teilweise neue Verpackung für antimuslimischen Rassismus**

Die Wirkung der Berichte von SOS Mitmensch zeigt sich auch in einer teilweise veränderten rhetorischen Verpackung von antimuslimischem Rassismus. So bewegen sich inzwischen viele Äußerungen und Kampagnen an der Schnittstelle zwischen Islamfeindlichkeit und antimuslimischem Rassismus. Die betreffenden Äußerungen und Kampagnen richten sich vordergründig gegen „den Islam“ oder „islamische Länder“ oder „mehrheitlich islamische Länder“ oder „islamische Infrastrukturen“ oder „Moscheen“, die pauschal dämonisiert und abgewertet werden. Diese pauschale und undifferenzierte Dämonisierung und Abwertung „des Islam“ und aller Menschen in „islamischen Ländern“ sowie „islamische Infrastrukturen“ richtet sich zugleich aber auch gegen alle (religiösen) Muslim\*innen, die dadurch als „ewig fremd“ und kollektiv bedrohlich markiert und kollektiv abgewertet werden. In islamfeindlichen Äußerungen wird immer wieder die unauflösliche Spaltung in eine nichtmuslimische „Wir-Gruppe“ und eine muslimische „Sie-Gruppe“ eingewoben. Die Tendenz, verstärkt vordergründig auf Islamfeindlichkeit zu setzen, bei der rassistische Angriffe auf Muslim\*innen nicht offen kommuniziert werden, aber eingewoben sind, kann als Versuch der Kampagnenbetreiber\*innen gewertet werden, sich weniger leicht angreifbar zu machen und sich die Berufung auf „Religionskritik“ offen zu halten. Doch die pauschale Dämonisierung und Abwertung nur einer einzigen Religion, ohne jeglichen Ansatz der Differenzierung und ohne jegliche argumentative Auseinandersetzung, ist keine konkrete und schon gar keine sachliche oder ausgewogene Kritik, sondern reine Feindlichkeit. Diese Feindlichkeit trifft durch ihre Pauschalität nicht nur die zum Feindbild erkorene Religion, sondern auch alle Angehörigen dieser Religion. Zu den Elementen der angesprochenen pauschalen Dämonisierung und Abwertung von „Islam“ (und zugleich der Muslim\*innen) zählen unter anderem:

- das pauschale Gleichsetzen von „Islam“ mit „Islamismus“ bzw. „Islam“ mit „politischem Islam“.
- das Erfinden von negativ aufgeladenen pauschalisierenden religiös anmutenden Ersatzbegriffen für (religiöse) Muslim\*innen, wie beispielsweise den Begriff „Scharia-Eltern“ (im Jahr 2019) – und die Nutzung dieser Ersatzbegriffe zur pauschalen Abwertung von Muslim\*innen.

- das pauschale Ablehnen von religiösen Feiertagen, ausschließlich, wenn es sich um von Muslim\*innen begangene Feiertage handelt.
- das pauschale Ablehnen von Feiertagsgrüßen, ausschließlich, wenn es sich um Feiertagsgrüße an Muslim\*innen handelt.
- das pauschale Ablehnen von religiösen Infrastrukturen, ausschließlich, wenn es sich um Infrastrukturen für Muslim\*innen handelt.
- das pauschale Ablehnen von Gebetshäusern, ausschließlich, wenn es sich um von Muslim\*innen benutzte Gebetshäuser handelt.
- das pauschale Kontextualisieren von religiösen Einrichtungen als bedrohlich, ausschließlich, wenn es sich islamische Einrichtungen handelt.
- das pauschale Ablehnen sichtbarer religiöser Symbole oder Bekleidungen, ausschließlich, wenn es sich um Symbole und Bekleidungen von Muslim\*innen handelt.
- das pauschale Ablehnen und als Bedrohung markieren aller Menschen aus „islamischen/muslimischen Ländern“.

### **Formen des antimuslimischen Rassismus 2021**

Folgende Formen des antimuslimischen Rassismus in der österreichischen Politik sind im Bericht über das Jahr 2021 unter anderem erfasst:

- Muslim\*innen werden als unwert dargestellt, Geldleistungen vom Staat zu erhalten: etwa, wenn, entgegen der Faktenlage, Kindergeldzahlungen an Eltern, die in Österreich arbeiten, aber deren Kinder nicht in Österreich leben, mit Muslim\*innen verknüpft und Muslim\*innen zu Sündenböcken dafür gemacht werden, dass Geld „für unsere arbeitslosen Steirer“ fehlen würde.
- Muslim\*innen werden zu Sündenböcken für unpopuläre politische Entscheidungen gemacht: etwa, wenn angedeutet wird, Muslim\*innen wären schuld an Lockdowns während der Corona-Pandemie
- Muslim\*innen werden kollektiv als Bedrohung dargestellt, etwa, wenn ein Politiker die „Zuwanderung aus islamischen Ländern“ pauschal mit „töten“ in Verbindung bringt, oder wenn islamische Einrichtungen und muslimische Organisationen durch eine im Extremismuskontext präsentierte „Islam-Landkarte“ pauschal in einen Bedrohungszusammenhang gesetzt werden.
- Muslim\*innen werden pauschal als defizitbehaftet abgewertet: etwa, wenn kopftuchtragende Frauen als prototypisch für Personen mit Leseproblemen und für das „Nichterreichen von Bildungsstandards“ dargestellt werden.
- Muslim\*innen werden als „ewige Fremde“ abgestempelt: etwa, wenn fixe Grenzlinien zwischen „den Muslimen“ und „den Österreichern“ gezogen werden, oder wenn Muslim\*innen kollektiv als „Ausländer“ dargestellt werden, oder wenn ein rein christliches „Wir“ formuliert wird, das Muslim\*innen kollektiv ausschließen soll, oder wenn Muslim\*innen pauschal die Fähigkeit zur „Integration“ abgesprochen wird, oder wenn Muslim\*innen pauschal in Verbindung mit Begriffen wie „Überfremdung“ und „Bevölkerungsaustausch“ gebracht werden, oder wenn Muslim\*innen pauschal eine „Herzensbindung“ zu Österreich abgesprochen wird, oder wenn muslimische Mädchen nicht als nicht als Teil der österreichischen Bevölkerung, sondern als Personen, die sich in „europäischen Gastbergesellschaften“ aufhalten, bezeichnet werden.
- Es wird kollektiver Neid gegen Muslim\*innen geschürt: etwa, wenn Muslim\*innen als privilegierte Personen präsentiert werden, die sich nicht an alle Regeln und Gesetze halten müssten, oder wenn Verschwörungsgeschichten in den Raum gestellt werden und

beispielsweise behauptet wird, die Politik würde sich bei ihren Corona-Maßnahmen an islamischen Feiertagen ausrichten.

- Negative Phänomene werden auf Muslim\*innen reduziert: etwa, wenn bezüglich der Nichteinhaltung von Corona-Regeln ausschließlich Fälle mit mutmaßlichen Muslim\*innen als handelnden Personen herangezogen werden, oder wenn negative Phänomene wie „Kriminalität“ oder „Arbeitslosigkeit“ mit Muslim\*innen verknüpft werden, oder wenn religionsbezogene Corona-Cluster, sobald mutmaßlich Muslim\*innen betroffen sind, plötzlich zu einem „neuen Problem“ erklärt werden und ausschließlich die Überwachung „islamischer Gebetsstätten und Vereinslokale“ gefordert wird, oder wenn Gewalt gegen Frauen auf „Zuwanderer aus islamischen Ländern“ reduziert wird, oder wenn „der Islam“ als einzige ideologische Quelle des Patriarchats genannt wird.
- Religionszugehörigkeits-Zählungen werden durchgeführt, um die Bevölkerung zu spalten, Bedrohungsbilder zu kommunizieren und gegen Muslim\*innen aufzuwiegeln: etwa, wenn alleine das Vorhandensein von Muslim\*innen und/oder die Zunahme der Anzahl an Muslim\*innen ohne weitere Begründung per se als etwas Negatives, Gefährliches oder Skandalöses dargestellt wird, oder muslimische Schüler\*innen pauschal als Bedrohung „unserer heimischen Kultur- und Werteordnung“ bezeichnet werden.
- Jegliche religiöse Praxis von Muslim\*innen wird pauschal und undifferenziert abgewertet und als Bedrohung für die Sicherheit dargestellt: etwa, wenn das Begehen islamischer Feiertage auf eine Stufe mit „Islamismus“ gestellt wird, oder jegliche Gebetshäuser für Muslim\*innen (und nur Gebetshäuser für Muslim\*innen) pauschal als Bedrohung markiert werden, oder der Ruf von Muezzins mit der „Abschaffung“ eines gesamten Landes oder eines gesamten Kontinents in Verbindung gebracht wird.
- Muslim\*innen werden auf Vertreter\*innen einer radikalen islamistischen Ideologie reduziert und diese Vertreter\*innen als repräsentativ für alle Muslim\*innen dargestellt, etwa, wenn eine nichtrepräsentative Niqabträgerin als „Repräsentantin der Muslim\*innen in Deutschland“ ins Bild gesetzt und jede\*r einzelne\*r Muslim\*in mit dem Begriff „Islamisierung“ in Verbindung gebracht wird, oder wenn sämtliche Asylsuchenden pauschal mit „Moscheen mit radikal-islamistischem Background“ in Verbindung gebracht werden.
- Feiertagsgrüße an Muslim\*innen werden abgewertet und skandalisiert: etwa, wenn Ramadan-Feiertagsgrüße des österreichischen Bundespräsidenten als „unwichtig“ dargestellt und Muslim\*innen damit als unwichtiger Teil der Gesellschaft abgewertet werden.
- Muslim\*innen werden auf reichweitenstarken Kanälen keine Feiertagsgrüße ausgerichtet, während andere Religionsgemeinschaften auf diesen Kanälen Feiertagsgrüße erhalten: etwa, wenn Politiker\*innen auf Facebook zu den jeweiligen hohen Feiertagen Grüsse an Katholik\*innen, Protestant\*innen, orthodoxe Christ\*innen und Jüd\*innen richten, aber nicht an Muslim\*innen.
- Kritik an der offiziellen Vertretung von Muslim\*innen in Österreich wird mit der Forderung nach kompletter Auflösung der Vertretung verbunden: etwa, wenn nach einer umstrittenen Wiederöffnung einer Moschee die Auflösung der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich gefordert und der Glaubensgemeinschaft (ohne Anzeige zu erstatten) pauschal die Rechtsstaatlichkeit abgesprochen wird.
- Räume zur Ausübung von Religion werden ausschließlich bei Muslim\*innen pauschal abgelehnt: etwa, wenn gefordert wird, die Politik solle „Maßnahmen gegen die Ausbreitung islamischer Infrastrukturen zu entwickeln“.

- Das Wort „Islamisierung“ wird zu einer Kategorie und einem Instrument der pauschalen rassistischen Ausgrenzung gemacht: etwa, wenn das Wort nicht in Zusammenhang mit Religion oder fundamentalistischen Religionsströmungen verwendet wird, sondern jede\*r einzelne\*r angenommene oder tatsächliche Muslim\*in als „Islamisierungs“-Akteur\*in dargestellt wird.
- Muslim\*innen – und nur Muslim\*innen – wird das Recht auf religiös konnotierte Bekleidung abgesprochen, etwa, wenn ein Politiker pauschal sagt, „das Kopftuch hat in Europa nichts verloren“.
- Es wird gefordert die Grenzen ausschließlich oder insbesondere für Muslim\*innen bzw. ausschließlich oder insbesondere für Menschen aus „islamischen“ oder „muslimischen“ Ländern zu schließen: etwa, wenn ein „Stopp der Zuwanderung aus muslimischen Ländern“ gefordert wird.
- Negative Taten von Personen, bei denen eine muslimische Religionszugehörigkeit vermutet wird, werden ohne sachlich überprüfte Grundlage mit ihrer angenommenen Religionszugehörigkeit und/oder religiösen Einrichtungen in Verbindung gebracht: etwa, wenn nach Sachbeschädigungen und einen versuchten Einbruch zu Silvester die „Überprüfung von Moscheen“ gefordert wird.
- Negative Taten von Personen, bei denen eine muslimische Religionszugehörigkeit vermutet wird, werden mit den Namen der Betroffenen in Verbindung gebracht: etwa, wenn ein Politiker in Bezug auf Sachbeschädigungen und einen versuchten Einbruch zu Silvester in Wien Favoriten schreibt, man müsse „das Kind beim (orientalischen) Namen nennen!“.
- Für Personen mutmaßlich muslimischer Herkunft werden nach mutmaßlichen Straftaten, besonders radikale und menschenrechtswidrige Strafen gefordert: etwa, wenn nach Sachbeschädigungen und einen versuchten Einbruch zu Silvester nicht nur die Bestrafung der Tatverdächtigen, sondern auch ihrer Familie gefordert wird.
- Rassistische Kommentare gegen Muslim\*innen in Sozialen Netzwerken werden nicht oder erst nach Tagen oder Wochen gelöscht.

### **Fehlende Konsequenzen von antimuslimischem Rassismus**

SOS Mitmensch beobachtet mit großer Sorge, dass antimuslimischer Rassismus in der Spitzenpolitik in Österreich bislang keine politischen Konsequenzen nach sich zieht. Für keine\*n Politiker\*in hatten im Jahr 2021 antimuslimisch-rassistische Äußerungen negative Folgen. Niemand musste deshalb zurücktreten. Niemand wurde deshalb aus einer Partei ausgeschlossen. Niemand wurde deshalb von der Bundesregierung oder von Landesregierungen kritisiert. Niemand hat nach einer antimuslimisch-rassistischen Äußerung Reue gezeigt oder sich entschuldigt.

### **Spitzenpolitik ohne Signale zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus**

Besorgniserregend ist darüber hinaus, dass in Österreich von Seiten der verantwortlichen Spitzenpolitik bislang keine Signale und Handlungen zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus gesetzt wurden. Dabei ist antimuslimischer Rassismus – so wie auch andere Formen des Rassismus und der Diskriminierung – ein gefährliches gesellschaftszerstörendes Phänomen. In einer Gesellschaft, die auf Demokratie und Menschenrechten fußt, muss antimuslimischer Rassismus geächtet und bekämpft werden. Bei dieser Aufgabe kommt den politischen Institutionen und gewählten Politiker\*innen eine besondere Verantwortung zu, die bislang nicht ausreichend wahrgenommen wurde. Andere Länder, wie beispielsweise Deutschland oder Norwegen, haben auf den Anstieg an antimuslimisch-rassistischen Handlungen bereits reagiert (siehe die folgende Liste an Forderungen).

### **Auf Grundlage des vorliegenden Berichts fordert SOS Mitmensch:**

- Alle politischen Kräfte in Österreich, die sich innerhalb des demokratischen Spektrums positionieren, müssen sich deutlich gegen antisemitische, antimuslimisch-rassistische und sonstige rassistische Spaltung stellen.
- Das Ausnutzen, der Corona-Pandemie für herkunftsbezogene, religionsbezogene und/oder rassistische Spaltungs-, Neid- und Hassrhetorik muss scharf verurteilt werden.
- Jegliche Forderung nach kollektiver Ausgrenzung, Entrechtung oder Diskriminierung von Muslim\*innen muss von allen demokratisch gesinnten Parteien und Politiker\*innen scharf zurückgewiesen werden.
- Jegliche Kampagne, die kollektiv gegen Muslim\*innen aufwiegelt und aufhetzt, muss von allen demokratisch gesinnten Parteien und Politiker\*innen scharf verurteilt werden.
- Der Kampf gegen antimuslimischen Rassismus muss politische Chef\*innen-Sache werden und von der Bundesregierung entschieden angegangen werden. Gleiches gilt auch für den Kampf gegen andere Formen des Rassismus und der auf die Religionszugehörigkeit oder Nichtreligionszugehörigkeit abzielenden Spaltung, Hetze und Diskriminierung.
- Parteien und Politiker\*innen, die rassistische Kampagnen betreiben, dürfen nicht mit Regierungsmacht ausgestattet werden.
- In Deutschland hat das Innenministerium im September 2020 einen „Unabhängigen Expertenkreis Muslimfeindlichkeit“ bestehend aus „zwölf Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Praxis“ ins Leben gerufen. Dieser „Unabhängige Expertenkreis“ soll „Muslimfeindlichkeit analysieren“ und innerhalb von zwei Jahren einen Bericht herausgeben, der unter anderem „Empfehlungen für den Kampf gegen Muslimfeindlichkeit für verschiedene Bereiche und Ebenen“ beinhaltet.<sup>229</sup> In Norwegen hat die Regierung einen „Handlungsplan gegen Diskriminierung von Muslim\*innen“ entwickelt.<sup>230</sup> Die österreichische Bundesregierung sollte diesen Beispielen folgen und ebenfalls ein Expert\*innen-Gremium berufen, das sich spezifisch mit antimuslimischem Rassismus beschäftigt und einen Handlungsplan zur Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus entwickelt.
- Als Grundlage für die Bekämpfung von antimuslimischem Rassismus braucht es eine von der Bundesregierung anerkannte Definition. Auch dazu sollte raschestmöglich eine Arbeitsgruppe installiert werden. Die Definition, die im vorliegenden Bericht von SOS Mitmensch verwendet wird, kann als Grundlage für die Erarbeitung einer von der österreichischen Bundesregierung und maßgeblichen österreichischen Institutionen anerkannten Definition dienen.
- Alle Mitglieder der Bundesregierung, der Landesregierungen sowie alle Vorsitzenden der im Parlament und in den Landtagen vertretenen Parteien müssen ein klares Bekenntnis abgeben, dass Muslim\*innen, genauso wie Angehörige anderer Religionsgemeinschaften und Menschen ohne Religionsbekenntnis, ein wichtiger Bestandteil Österreichs sind.
- Die Gleichwertigkeit und Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen, unabhängig von Religionszugehörigkeit oder Nichtreligionszugehörigkeit, muss von allen politischen Akteur\*innen als Grundwerte unserer Demokratie anerkannt werden.
- Antirassistische Grundwerte müssen in Bildungsprogramme für junge Menschen ebenso wie in Bewusstseinskampagnen für Erwachsene einfließen.

---

<sup>229</sup> <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2020/09/expertenkreis-muslimfeindlichkeit.html>

<sup>230</sup> <https://www.regjeringen.no/contentassets/b2a6fd21c6a94bae83d5a3425593da30/handlingsplan-mot-diskriminering-av-og-hat-mot-muslim-2020-2023.pdf>

Für SOS Mitmensch ist klar: Das Ausnutzen der Corona-Pandemie für antimuslimisch-rassistische Spaltung und Agitation zeigt einmal mehr das gefährliche Potenzial von Rassismus. Daher braucht es in Österreich mehr Bewusstsein und Sensibilität gegenüber der zerstörerischen Kraft von Ideologien der Ausgrenzung und Spaltung. Es braucht eine Immunisierung gegen die wiederkehrenden Versuche, Feindbild- und Sündenbockideologien salonfähig zu machen.

Es darf kein Schweigen und kein Wegschauen mehr geben, weder bei antimuslimischem Rassismus noch bei Antisemitismus noch bei anderen Formen des Rassismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit.

Österreich braucht eine breite, starke und von Politik, Medien und Zivilgesellschaft unterstützte und geförderte Gegenbewegung gegen jede Form des Rassismus.

**Weitere Informationen:** [www.sosmitmensch.at](http://www.sosmitmensch.at)